DER WEG IST DAS ZIEL

Frankfurter StudentInnenzeitung

diskus

Nr. 2 · Mai 1990 · 39. Jahrgang

Demo:

12. Mai
11 Uhr
Alte Oper

GETEILTES LEID IST HALBES LEID

NIE WIEDER DEUTSCHLAND!

Fest:

Der Fremde
Die Goldenen Zitronen
Huah!/Die Lolitas
Tom G. Liwa
Günther Jacob (Spex-DJ)

12. Mai/20 Uhr
Uni-Neue Mensa

ASTA
Linke Liste

Redaktionelle Mitteilung:

Aus technischen Gründen fehlt in diesem *diskus* das Editorial. Ebenso werden zumindest einige LeserInnen einen Beitrag zum »Frauenförderplan« vermissen. Auf seiner einzigen Sitzung des letzten Semesters diskutierte der Konvent – das nach Präsident Ring »eigentlich demokratische Gremium der Universität« – den eingebrachten Entwurf. Äußerst gewitzte Bemerkungen der fast ausnahmslos männlichen Wissenschaftler begleiteten die Debatte:

»Tun Sie doch nicht so, als würden auf dem Campus ständig Frauen vergewaltigt...«

Der für diese Ausgabe vorgesehene Artikel zum »Frauenförderplan« konnte nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden. Er erscheint im nächsten *diskus*.

Schwacher Trost: Nach 39 Jahren haben wir den bis dato unveränderten Untertitel dieser Zeitschrift dem heute üblichen Sprachgebrauch angeglichen.

Die Redaktion

impressum:
diskus
Frankfurter Studentenzeitung
Heft 2, Mai 1990
Anschrift:
diskus-Verlag,
Jügelstraße 1
(Studentenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069/798-3188

Herausgeber: Tim Darmstädter, Bernd Eichhorn, Andreas Fanizadeh, Michael Hintz.
Redaktionelle Mitarbeit: Birgit Michalek, Katharina Pühl, Dagmar Ganssloser, Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Gerhard Fischer.

Erscheinungsweise: Vierteljährlich
Satz: W. Röckel/CARO-Satz
Druck: CARO-Druck, Ffm.
Titelmontage: Henry Rapior
Auflage 10000
Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 5. Juni 1990.

Öffentliche Redaktionssitzung im diskus-Raum (Raum 106, Studentenhaus, erster Stock) jeweils dienstags von 10.30-13.30 Uhr
Bürozeiten: Mittwochs von 14-17 Uhr und donnerstags von 10-13 Uhr

inhalt

Freiburger Juristen 4
Für Volk, Nation und Umweltschutz

KulturAnalysen 5
Rezension der neuen Zeitschrift

DDR 6
Die Macht der Ducke

Teutschland 8
Was passiert in Alemania?

Kultbuch 14
Agnolis „Transformation der Demokratie"

Zementbrocken 16
Situativer Bericht eines Londoner Studenten

Ein Heldenlied 18
auf die Frankfurter Bürgeruniversität,
Teil 2: Aus Hammersteins Aktenschrank

Mexikanische Intellektuelle 21
diskutieren über den Sozialismus

Stalinismus? 26
Über Nicaragua, Kuba und den Kommunismus

Kapitalismus ohne Alternative? 28
Zum neuen Buch von Joachim Hirsch

Fußball-Fans 30
und Selbstorganisation in Großbritannien

Die multikulturellen Freunde 33
und ihre Gesellschaft

Rassismus 38
und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus

Die Räuber 46
vom Liang Schan Moor

Für Volk, Nation und Umweltschutz

Berufungsverfahren an der Uni Freiburg

In der Regel pflegen Berufungsverfahren für ProfessorInnen hinter verschlossenen Türen stattzufinden. Das ist in Frankfurt nicht anders als in Marburg oder Tübingen. In den Gremien der universitären Selbstverwaltung wird üblicherweise *zur Kenntnis genommen* und zur Tagesordnung übergegangen. Welche Machtkämpfe und Mauscheleien der Aufstellung von Berufungslisten vorangegangen sind, bleibt insbesondere für die studentischen VertreterInnen in Fakultätsräten, Berufungskommissionen und Senat im Verborgenen. Die tatsächlichen Entscheidungen werden zumeist woanders gefällt. Und das, obwohl mit der Berufung von ProfessorInnen in den meisten Fällen Universitätspolitik mit weitreichenden Folgen betrieben wird. Die Berufung an eine Hochschule, mit der ihr Ruf gewahrt werden soll, vollzieht sich oft nach parteipolitischem Proporzdenken, bevorzugt in der Regel Männer und hat in den seltensten Fällen die pädagogische Qualifikation der BewerberInnen im Auge. Nach außen hin wird scheinheilig auf die wissenschaftliche Qualifikation der Kandidaten und Kandidatinnen verwiesen, die als allein seligmachendes Kriterium bei der Auswahl berücksichtigt werde.

Berufungsverfahren, die Schlagzeilen machen, sind die Ausnahme. Nichts scheut der professorale Klüngel mehr als das Licht der Öffentlichkeit. Zumal, wenn das Verfahren rechtswidrig und der auserwählte Kandidat rechtslastig ist.

So geschehen erst jüngst am juristischen Fachbereich der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg, die sich anschickte, einen Nachfolger für den scheidenden Bundesverfassungsrichter Böckenförde zu bestimmen. Nach vierjähriger erfolgloser Suche und verschiedenen Körben prominenter Wissenschaftler wollte die juristische Fakultät im Sommer 1989 endlich *zu Stuhle kommen*. Im Eilverfahren stieß man auf den Göttinger Staatsrechtler Dietrich Murswiek und plazierte ihn als einzigen Kandidaten auf der Berufungs*liste*.

Ein Vorschlag, der es in sich hatte: So lag mit Erstellung der Einerliste ein klarer Verstoß gegen das baden-württembergische Universitätsgesetz vor, das drei Kandidaten vorschreibt. Begründet wurde dieser Schritt mit der Eilbedürftigkeit des Verfahrens; eine Argumentation, die angesichts 51 eingegangener Bewerbungen für den Staatsrechtslehrstuhl mit dem Gesetz kaum in Einklang zu bringen ist, das Einerlisten nur dann zuläßt, wenn nicht genügend geeignete BerwerberInnen vorhanden sind. Die Professorenschaft mußte mit Widerstand gerechnet haben. Und das nicht ohne Grund: Scheiterte die Berufung von Dietrich Murswiek an die *Universität des Saarlandes* in Saarbrücken doch nicht zuletzt an dessen rechtsextremer Geisteshaltung, die insbesondere in einem Artikel zum Ausdruck kam, der im publizistischen Flaggschiff der *Neuen Rechten*, dem Magazin *Criticon* 1987 erschienen war.[1] Unter der Überschrift „Umweltschutz als nationale Aufgabe" präsentierte sich Murswiek dort als Vertreter eines deutschnationalen Ökologismus, der Ausländer als ökologische Bedrohung für die Existenz des deutschen Volkes betrachtet. „Umweltbeeinträchtigungen", so der Freiburger Wunschkandidat, „lassen sich nur dann und insoweit rechtfertigen, als sie der Selbstbehauptung des Volkes dienen." — „Ausländer, die in die Bundesrepublik strömen, (haben) sicherlich kein existentielles Interesse daran, unser Land in einen ökologisch akzeptablen Zustand zu bringen." Seine eigene Position definiert Murswiek, der 1972 in die CDU eingetreten war, rechts vom bestehenden Parteienspektrum. Eine „Volkspartei" ist seiner Auffassung nach strukturell nicht in der Lage, „Umweltschutz als *nationale Aufgabe* zu betreiben".

Das dubiose Berufungsverfahren und die politische Gesinnung Murswieks ließen rund 500 JurastudentInnen auf einer Vollversammlung Krach schlagen. „In einer Zeit sinkender Hemmschwellen gegenüber rechtsextremem Gedankengut kann für einen Professor wie Herrn Murswiek am juristischen Fachbereich der Albert-Ludwigs-Universität kein Platz sein" beschlossen die StudentInnen in einer Resolution und forderten Fakultäts- und Universitätsleitung auf, den Göttinger Staatsrechtler nicht zu berufen. Um das Faß nicht zum Überlaufen zu bringen, hatte sich dieser noch flugs von seiner rechtsextremen Vergangenheit losgesagt. In den 60er und 70er Jahren hatte er sich für die NPD engagiert und in verschiedenen rechtsradikalen Publikationen gegen „kritische Juristen", Gewerkschaften und publizierende „Schmierfinken" wie Walter Jens gehetzt.

Der Stein war indes längst ins Rollen gekommen. Die örtliche und überregionale Presse berichtete regelmäßig über das „skandalöse Berufungsverfahren"[2], der Widerstand innerhalb und außerhalb der Universität wuchs. Der Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen (ASJ), die GEW, die Humanistische Union und FreiburgerStadträtInnen solidarisierten sich mit dem Protest der Studierenden. Wissenschaftliche MitarbeiterInnen und ProfessorInnen aus verschiedenen Fachbereichen meldeten sich zu Wort. Es gelte „aufzumerken, wenn ein aussichtsvoller Bewerber publizistisch im Sinne rechtskonservativer oder gar rechtsextremer Positionen tätig ist", hieß es in einem von 18 ProfessorInnen unterschriebenen Brief an die Kollegen vom Fach Jura. Schließlich beschäftigte sich auch der Stuttgarter Landtag mit dem Berufungsverfahren. Im zuständigen Ausschuß des baden-württembergischen Parlaments hatte die SPD den „Fall Murswiek" auf die Tagesordnung setzen lassen.

Die Professorenschaft am juristischen Fachbereich ließ dies alles zunächst noch ungerührt. Etwas Rechtslastiges könne er in Murswieks Beiträgen nicht entdecken, bemühte sich Dekan Martin Bullinger bei jeder Gelegenheit festzustellen. Murswiek wurde Verfassungstreue bescheinigt, und überhaupt wäre die wissenschaftliche Qualifikation eines Kandidaten das einzige Kriterium ...

Gereizt reagierte man allerdings auf alle Versuche, das Berufungsverfahren an der Universität zu diskutieren. Dem Arbeitskreis kritischer JuristInnen (akj), der das Berufungsverfahren publik gemacht hatte, wurde ein Raumverbot an der Universität erteilt, den studentischen GremienvertreterInnen ein Maulkorb verpaßt. Die Reaktionen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Mentalität derer, die die Berufungen in ihren sicheren Händen zu halten glauben. Mit den höheren Weihen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts ausgezeichnet, lassen sich die ProfessorInnen beim kollegeninternen Lehrstuhlschacher nicht gerne in die Karten schauen. Da wird schnell auf die grundgesetzlich verbriefte Freiheit von Wissenschaft und Forschung verwiesen, aus der über einige verfassungsrechtliche Winkelzüge die Hegemonie der ProfessorInnenschaft auch über Berufungsverfahren abgeleitet wurde.

Im Fakultätsrat verstieg sich der Dekan des juristischen Fachbereichs sogar dazu, dem akj-Vertreter eine „illegale Diffamierungskampagne nach Methoden nationalsozialistischer Studentenverbände" vorzuwerfen. Via Fernschreiben beschimpfte Murswiek die Studierenden als private Gesinnungskontrolleure.

Aller Eifer, die universitäre Opposition mundtot zu machen, hielt die Studierenden jedoch nicht davon ab, in den Räumen der Universität Kandidat und Verfahren öffentlich zu diskutieren. Die Kritik wuchs, die Rufenden verloren das Gesicht.

Von soviel Aufhebens um die Berufung eines Kollegen schließlich doch beeindruckt, entschloß sich das Dekanat zu einem taktischen Wendemanöver. Die Berufung Murswieks wurde von der Tagesordnung des Senats genommen, der über die Weiterleitung an das Stuttgarter Wissenschaftsministerium zu entscheiden gehabt hätte. Eiligst wurde eine Dreierliste aus bereits eingegangenen Bewerbungen zusammengeschustert. Darauf hatten dann plötzlich auch wieder C4-Professoren Platz, obwohl von solchen Kandidaten wegen „Aussichtslosigkeit der Rufannahme" bis dahin Abstand genommen worden war. Den Spitzenplatz auf dieser offensichtlichen „Scheinliste" mußte sich Murswiek nun mit einem Kollegen aus Bochum teilen. Den Vorwurf der formalen Rechtswidrigkeit waren die Rechtsprofessoren somit los. Der Schwarze Peter wurde dem Stuttgarter Wissenschaftsministerium zugeschoben. CDU-Minister Engler zögerte dann auch nicht lange und berief seinen Parteifreund Murswiek nach Freiburg. Dabei setzte sich der Minister über alle demokratischen Spielregeln hinweg. Die Anhörung des Wissenschaftsausschusses wurde gar nicht erst abgewartet, die Parlamentarier vor vollendete Tatsachen gestellt. Auch das denkbar knappe Abstimmungsergebnis im Senat, in dem sich nach mehrstündiger Debatte nur 17 von 33 Mitgliedern für Murswiek entschieden hatten, ließ das Ministerium offenbar unbeeindruckt.

Die Professoren an der juristischen Fakultät in Freiburg konnten aufatmen. Das vom Universitätsgesetz vorgeschriebene Procedere, das ohnehin nur als lästige Pflicht empfunden worden war, war endlich durchgestanden. Wenn Berufungsverfahren in derartig unzulässiger Weise ans Licht der Öffentlichkeit gelangen, mäkelte der Dekan, müsse man sich für die Zukunft allerdings überlegen, ob Studierende überhaupt noch daran beteiligt werden sollten.

In der Tat: Wenn einem Vertreter der Professorenschaft im Fakultätsrat Glauben geschenkt werden darf, so war auch dieses Berufungsverfahren wie die meisten seiner Vorgänger nur eine Farce. Danach wäre die Berufung Murswieks auf einer Juristentagung im Sommer 1989 bereits eine „ausgemachte Sache" gewesen.

Georg Restle

(studentisches Mitglied im Senat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Mitglied des Arbeitskreises kritischer JuristInnen)

1 *Criticon* 100/101, 1987, S. 79ff.; vgl. dazu Haselbach, *vorgänge* 103, 1/1990, S. 19ff.
2 Vgl. insbesondere *taz* vom 28.10.1989; *FR* vom 4.1.1990, 15.3.1990.

Auf der Suche nach dem verborgenen Sinn

Zur Zeitschrift KulturAnalysen

Im Herbst letzten Jahres ist ein mittlerweile zehn Jahre zählendes Forschungsprojekt an der Frankfurter Universität mit einem regelmäßigen Publikationsorgan an die Öffentlichkeit getreten. Die Zeitschrift ‚KulturAnalysen' verbindet nun bereits in ihrem Untertitel die *Tiefenhermeneutik* mit einer wesentlich älteren Forschungsrichtung, der *Sozialisationstheorie*.

Spiritus rector ist in beiden Fällen Alfred Lorenzer, der Freuds psychoanalytische Theorie mit der materialistischen Geschichtsauffassung neu verknüpft und im Begriff der „Interaktionsform" zusammenführt. „Interaktionsform" ist sowohl zu verstehen als „Begriff für die (...) allererste Figur, die im Subjekt entsteht als Niederschlag des Zusammenspiels zwischen mütterlichem und kindlichem Organismus, aus dem die Grundmuster aller sinnlichen Lebensentwürfe erwachsen", als damit auch als Schnittstelle von objektiver und subjektiver Struktur, dem Punkt, wo die Außenwelt ihren Eingriff auf die ‚Triebschicksale' vorzunehmen vermag. Damit folgt Lorenzer Marcuses Freudverständnis, für den „Freuds ‚Biologismus' (...) Gesellschaftstheorie in einer Tiefendimension (war), die von den neofreudianischen Schulen konsequent verflacht worden ist". Gemeint ist Freuds Triebtheorie, welche für Lorenzer den Angelpunkt sowohl der Sozialisationstheorie, als auch der tiefenhermeneutischen Kulturanalyse darstellt. In den Kulturzeugnissen kann etwas von den unterdrückten Lebensentwürfen sichtbar werden, verbotene Wünsche, die „unsagbar" sind, weil sie gegen herrschende Normen und Werte verstoßen. Schon bei Freud ist der Zivilisationsprozeß als Antagonismus zwischen den Triebforderungen und den Einschränkungen der Kultur gefaßt. Marcuse differenziert diese Einschränkungen. Zu einer für das menschliche Zusammenleben notwendigen fügt er im Begriff der „zusätzlichen Unterdrückung" eine darüberhinausgehende, nicht notwendige, hinzu, die sozialer Herrschaft. Diese ist jedoch nicht als bloße Repression, also gewissermaßen äußerlich zu verstehen, sie begreift vielmehr in den Konstitutionsprozeß des Individuums selbst ein, bis hinein in seine ‚Natur': die Triebe. Dennoch bleiben die Triebe ein Hort des Widerständigen, sie sind nicht normierbar, weil sie selbst physiologischer Natur sind. In der Phantasie findet sich noch etwas von dem, was dem sozialisatorischen Zugriff entging. Diese wird nach Lorenzer von „sinnlich-symbolischen Interaktionsformen" als „nichtsprachdomestizierte Praxisfiguren" gebildet, die „das utopische Potential künstlerischer Kreativität" enthalten. Die „sinnlich-symbolischen Interaktionsformen" sind als vorsprachliche Symbolisierungen gedacht, deren Gehalt in bildhafter Form in Kunsterzeugnissen erscheint und mittels „szenischen Verstehens" — analog der psychoanalytischen Behandlungsmethode — entschlüsselt werden kann. Dazu dient die tiefenhermeneutische Kulturanalyse.

Die beiden bisher erschienenen Hefte der ‚KulturAnalysen' widmen sich in ihren Schwerpunkten der psychoanalytischen Sozialisationstheorie (1/1989) und der tiefenhermeneutischen Literaturinterpretation (1/1990). Letztere hat auch insofern paradigmatischen Charakter, als versucht wird, Theorie nicht als vom Untersuchungsgegenstand, dem jeweils konkreten Inhalt, getrennt zu betrachten. Will man die tiefenhermeneutische Kulturanalyse auch als ein Stück Gesellschaftstheorie verstehen, so ergibt sich jedoch eine Schwierigkeit. Bernhard Görlich stellt für die Sozialisationstheorie das methodologische Postulat auf, „daß zwei analytische Perspektiven auf getrennten Wegen ihre klar unterschiedenen Erkenntnisziele anzuvisieren hätten, die Wunsch- und Erlebnisdimension dort, das Bedingungsgefüge gesellschaftlicher Verhältnisse hier. Erst auf der Ebene der Resultate ist ein Inbeziehungsetzen sinnvoll — und notwendig." Dies gälte in ähnlicher Weise für eine Kulturanalyse, wie sie die Tiefenhermeneutik vorstellen möchte, wenn sie beim Aufzeigen latenter Bedeutungsgehalte nicht stehenbleiben will.

Vom Gelingen des „Inbeziehungsetzens" der Ergebnisse, der Vermittlung von beschädigter Subjektivität und ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit in der konkreten Analyse, hängt es ab, ob der selbstgesetzte Anspruch erfüllt werden kann: kritische Theorie, wie sie die Frankfurter Schule vorgezeichnet hat, weiterzuführen.

Tim Darmstädter

KulturAnalysen, Zeitschrift für Tiefenhermeneutik und Sozialisationstheorie, herausgegeben von Alfred Lorenzer, Ulrike Prokop, Bernhard Görlich, Nexus Verlag Frankfurt, erscheint dreimal im Jahre, Einzelheft 16,- DM, Jahresabonnement 40,- DM

DDR — Die Macht der Ducke

Trödel

Plötzlich merken die Fanatiker des Brüder- und Schwestern-Klamauks, daß diese ihnen heilige Kühe kosten. Die Fanatiker retten sich in den Heiligen Geist: Die bloße Hoffnung auf die DM soll ein großes Geschenk sein. Eine giganteske Abstraktionsleistung für die Alltagsgeldtheoretiker der DDR! Welch eine Festung des deutschen Idealismus umschließt doch noch die Westmark! Freilich, es ist eine geschleifte. Der Idealismus im Trödlerladen. Da steht ein Schild, „Frisches Fleisch"; man geht hinein und erfährt: Es ist nur das Schild. Trödelware.

Der Trödel wird enorm sein. Secondhand-Läden werden aus dem Boden sprießen; auch der Rausch des Essens, Pommes-frites-Buden und McDonald-Paläste, wird die Sinne schleifen. Die Zeit wird sich verkürzen und allmählich digital werden. Gegenwärtig weist noch jeder Restaurantbesuch ein Stück Kasernenhof aus. Schlangestehen vorm halbbesetzten Lokal ist eingeübt; auch das Verrücken eines Stuhles von Tisch zu Tisch bedarf obrigkeitlicher Genehmigung — ohne daß etwa die Bedienungsbrigaden Schulterklappen trügen. Es ist dann ein Segen, wenn der Kellner vor verblichener und verlöcherter Öltapete hinter vorgehaltener Hand zur Vorsicht mahnt, „vom Kuchen würde ich abraten, er ist von vorgestern". Dieser geheime Widerständler gerät gewiß alsbald zu einem rückhaltlosen Apologeten des Fast-food. Selbst ein vertrockneter Kuchen wird dann ein anderes Gewicht bekommen.

Volkshygiene

Rostock ist eine Hafenstadt. Ernst Busch, der Spaniensänger, ließ hier noch das Meer rauschen und einen weiten Wind die Segel blähen. Doch wehe dem Seemann, der hier einläuft! Zwar kündigt ein Schild am Seemannsheim, Hotel *Sonne*, bevorzugte Behandlung von Matrosen an. Doch diese Einladung wird sofort zurechtgerückt durch ein weiteres in der Vorhalle, das in aller Bestimmtheit dekretiert, auf Kleidung und Benimm sei zu achten, man habe hier ordentlich zu sein, „damit das Niveau unseres Hauses erhalten bleibt". Selbstverständlich ist auch die einzige Häuslichkeit, die einen salzigen, befreiteren Geruch erwarten ließe, nämlich der *Internationale Club der Seeleute*, wegen vorgeblicher Renovierung geschlossen.

Eindämmungen von Sinnlichkeit gehören zu den Einübungen des Gehorsams. Nicht irgendwelche Schmiergegenstände, Jagden oder Kunstgaben, sind der Skandal, sondern die Untertänigkeit, die Hetze gegen Langhaarige, Polen und der ganze Plunder. Die vierzigjährige Herrschaft der sozialistischen Einheitspartei hat alles Libertäre niedergewalzt. Keine Hecken und Sträucher wuchern mehr auf den Latifundien, keine Dickichte bieten Schutz in den großen Städten vor Plastik und Zement. Ein ganzes Land wartet darauf, daß ihm gesagt wird, was es gefälligst zu machen hat. Straßenzüge, Stadtteile, Fabriken, Landschaften — was hätte man alles besetzen, verwalten, in die eigenen Hände nehmen können!

Freiwillige Knechtschaft

Beim StudentInnenkongreß vom 16.-18. Februar in Leipzig — die Westdeutschen benahmen sich in ihrer Artikulationssucht, vor allem die gremienfixierten Jusos, so recht als Spanientouristen — kam es gegen den Aufmarsch Waigels, seiner Blasmusikanten und Wahlkampffreunde auf dem Karl Marx-Platz vor der Oper zu einer spontanen Demonstration linker Studenten. Wie man es bei jeder anständigen Demonstration aus der Bundesrepublik kennt, konterte das Volk mit „An die Wand stellen", „Aufhängen" und den üblichen Sprüchen. Das Volk manifestiert sich wieder zu seiner Kenntlichkeit. Aus den pastörlichen Sammlungen wurden pfäffische Anbiederungen; sie landeten gerechterweise mit den eiligeren Opportunisten aus SED und Wirtschaft in der Bonner Christenpartei. Die schmierigsten SED-Agenten sind heute alte Widerständler in der Union. Und das Volk hetzt die Linke, autonome Gruppen. Die Zeit eines McCarthyschen Volkszorns hat begonnen. Der fortlaufende Sieg der freiwilligen Knechtschaft der Deutschen kündigt sich an.

Die Knechtschaft kriecht weiter, aus den Kellern, den Fensterhöhlen verfallener Häuser, den Amtsstuben; es riecht nach Nachkriegsbahnhöfen und den Zuchthäusern der sechziger Jahre. Das ganze Land dünstet einen Feldzug gegen Ungeziefer aus: Die Hygienisierung eines gigantischen Zerfalls oder die Macht der Ducke.

Schwarz, Rot, Gold

Die Farben Schwarz, Rot, Gold standen für die deutsche Einheit und signalisierten die Republik. Unter der schwarzrotgoldenen Fahne sollte eingeholt werden, was die Franzosen nach ihrer Revolution auch rechtsrheinisch verbreitet hatten: Citoyenhaftes. Das Vorwärtstreibende dieser Farben wurde dann schon in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848 in der Frankfurter Paulskirche kupiert. Sie wurden dem Preußenkönig hilflos untertänig offeriert, wiewohl sich Preußen, wie die Schleswig-Holstein-Frage gezeigt hatte, keinen Deut um eine einige deutsche Nation kümmerte.

Die Französische Revolution befreite die Erde. Sie verteidigte die ehemaligen Knechte gegen die Alliierten — als Nation. Die Bedeutung der Erde kommt noch in Jacob Grimms Antrag zum Paragraphen 1 der Grundrechte des deutschen Volkes in der Nationalversammlung kämpferisch — zumal er den polnischen Freiheitskampf unterstützte — zum Ausdruck: „Das deutsche Volk ist ein Volk von Freien, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei." Ein solcher Freiheitsbegriff konnte in Deutschland nie heimisch werden. In Frankreich dagegen blieb die Erde freiheitliches Terrain, man fand hier Exil während des Faschismus; man berief sich auf diese Erde. Es gibt Gegenden im Odenwald oder in Schleswig, die noch den Namen *Freiheit* tragen; ehemals eine Art Niemandsland zwischen den Grenzen, deshalb wild bewachsen mit Dickicht. Für Unfreie und Flüchtlinge waren dies die engen Landstriche der Freiheit. Die Resistance trug noch den Namen dieser Verstecke: man ging in den Maquis, „prendre le maquis".

Es stimmt heimatlich und es ist allemal rührend, wenn sich versprengte Stämme oder Volksteile zusammenfinden, um auf Grund der Erfahrung oder Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte eine gemeinschaftliche Gegenwart herzustellen. Dies können geschichtliche Befreiungsakte sein, die Regionen, Sprachen und Gewohnheiten vereinen und hierdurch gleichermaßen jeweilige Autonomien zu freier Äußerung bringen können. Der Nationalismus, der in Deutschland immer den Begriff der Nation erschlich und kompensierte — damit auch denunzierte — hatte seinen Ursprung in der Zerschlagung des deutschen politischen Gebildes durch den Dreißigjährigen Krieg. Die Schwächung dieser Identität als möglicher Nation mittels Kleinstaaterei wurde schließlich durch ein Übermaß an staatlicher Stärke ersetzt; dem Citoyen blieb kein Raum. Der Nationalsozialismus bot dann ein vorläufiges erzwungenes Ende dieser Trennungen durch Ausgrenzung und Expansion.

Eine Nation konstituiert sich — dies hatte Jacob Grimm der miserablen deutschen Geschichte wegen an den Anfang stellen wollen — auf freiem Territorium, befreiend für andere. Die Ausgegrenztheit von Fremden, Flüchtlingen oder auch nur Anderen kennzeichnet indessen den Alltag der BRD. Auch nach der vierzigjährigen realsozialistischen deutschen Variante — in Übersiedlerheimen wird gegen Polacken und Kanaken offen vom Leder gezogen — kommt dieses *Deutschtum* wieder ans Licht. Unter der Einheitsflagge kann man es zumal offener sagen, als im freien Marktgelände der BRD. Identitätsfindungen gehören zur Personalität eines Volkes. Retrograde Identitätsfindungen erzeugen Neurosen.

Revolution

Die Wahrheit erschließt sich aus den Extremen — für diese Einsicht ist die DDR eine erkenntnistheoretische Fundgrube. Was läßt sich aus den (Selbst-) Disziplinierungsstrategien und Untertänigkeitsbekundungen nicht alles aus- und rückmitteln auf ihre versteckteren Seiten in der BRD, auf gesamtdeutsche Identitäten! Zu den Schönheiten dieser Selbstbeschneidungsprozesse gehört doch, daß in der DDR nur die reinere Logik jener Wahrheiten ans Licht gerückt ist, die in der BRD verschleiert sich abspielt. Wir sehen gleichsam in eine retrospektive Zukunft. Zur Zeit der portugiesischen Revolution 1974 gab es ein Poster von höchstem Erkenntniswert: Marx, Engels, Bakunin, Lenin, Mao, Che, Fidel, Marcuse, Lukacs und die ganze Gang starren gebannt auf das kleine Portugal auf der Landkarte — offener Ausgang in aufsteigender Linie. In der DDR/BRD hat sich bereits dieser Anfang verkehrt.

Die Revolution in Deutschland kam nie über die Verschwörung von Kleinbürgern hinaus. Ihre Revolutioniertheit bestand darin, die Revolution der Gleichen und Libertären als gewaltsame Verschwörung abzutun und zu liquidieren. Das Plebiszit der Straße wurde in Deutschland immer als Stimme der Gewalt heruntergemacht. Der Gewalt des Staates steht die Gewalt des Mobs gegenüber. Das Volk wird zum Mob. Es erstürmt Staatssicherheitstrakts und verteilt dessen Inventar an Oppositionsgruppen. Das sind Feinheiten auf dem Wege zum Mob. Und dieser Mob wird — der Logik gemäß — in Leipzig mittlerweile wieder durch die Straßen gejagt, montags, wenn das Volk sich manifestiert, von jenen Trägern der schwarzrotgoldenen Einheitsfahne, die nun wieder das Volk ausmachen.

Das Wort Revolution wird mittlerweile derart umstandslos in den Mund genommen, daß es schon fast nicht mehr wahr ist, als hätte es sie einmal — umwälzend — geben sollen. Aber diese Akkomodation trifft die Logik des Desasters:
Das war keine Revolution, das war ein Kollaps.

Die Südstaatlerflagge

In der DDR findet der Durchreisende die Schwarz-Rot-Goldene Fahne an Fabrikgebäuden, Bürgerhäusern oder Schrebergartenbuden. Von Rügen bis hinunter zum Vogtland. Nur kommen hier noch die sächsischen Fahnen hinzu; vielleicht steckt in manch einer noch die Monarchie. So wehen vereinigte Sentiments nach hinten.

Wer in entlegenen Gegenden der Bundesrepublik — und am entlegendsten waren bislang die einher der sogenannten Zonengrenze —, wer in solchen Gefilden sich herumbewegt, der wird dort, wo er kaum noch eine Menschenseele vermutet, vielleicht doch noch einige Häuser entdecken. Über dieser ganzen Abgelegenheit kann der Seumesche Spaziergänger oder beherzte Reiter das Zeichen eines eigenen ruralen Selbstverständnisses flattern sehen, die Südstaatlerflagge.

Die Rock-Revolte trug dieses Emblem. Für Rocker gilt die Südstaatlerflagge; überhaupt hat die Südstaatlerflagge auch heroische Tage gesehen: als Symbol der Young Patriots, einer sozialrevolutionären Ghettogruppe in den USA. Die Young Patriots bildeten — als einzige weiße Gruppe — mit den Young Lords (Puerto-Ricaner) und den Black Panthers die „Rainbow Coalition". Der Chief der Young Patriots — Ghetto-Weiße und Südstaatler, eine eigentümliche Konfiguration — sagte damals, 1970 — „Die Südstaatlerflagge? Sie symbolisiert für uns den Süden, die Armut. Wir sind arme Weiße, unsere Vorfahren waren arme Weiße. Sklaven hatten wir nie. Wir wollen die White-folks in den Ghettos und in den Bergen mobilisieren." Die Young Patriots beriefen sich auf die weiße Guerillatradition — gegen die Sklaverei — von John Brown (gehängt 1859).

Die Südstaatlerflagge, die im Frankenwald oder bayerischen Wald über einem erbärmlichen Gehöft flattert, ist ein Zeichen für *Country*, für Ressentiments gegen jedwedes Yankeetum. Nicht nur in den großen Städten sprießen Country-Clubs aus dem Boden; auch in den Marginalien symbolisiert *Country* und die Flagge eine verschwommene Rebellion, die Einheit von Revolte und Backwardness. Sie signalisiert enorme Beschädigungen. Aber man ist stolz darauf. Sie ist das Zeichen der Rebellion gegen die Yankees.

Die Zeit der Yankees hebt nun im Randgebiet DDR an. Zweigniederlassungen von Banken, die Ableger der Neuen Heimat, McDonalds-Ketten, Landkäufer, Versicherungsagenten und Werbespots werden das Land vernetzen. Gerade deshalb werden nicht die *Stars und Stripes* die Sentiments bewegen, sondern die Südstaatlerflagge, dieses Symbol der nach hinten verlorenen Revoltform. Die Yankees, welche die Südstaatlerflagge verramschen, werden die besten Geschäfte machen.

Helmut Reinicke

Trödel-P.S.:
Seelow, den 27. März 1990
Ich möchte Ihnen hiermit die bekannte Gesamtausgabe von „Marx-Engels-Werke" (MEW) in 42 Bänden des Berliner Dietz Verlages zum Kauf anbieten. Trotz aller Veränderungen in den Ländern Osteuropas stellt das sozialwissenschaftliche Gedankengut dieser beiden Repräsentanten einen wichtigen Bezugspunkt für das Verständnis der Geistes- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert dar.

Die hartkartonierte Gesamtausgabe mit Kunstledereinband kostet inclusive persönlicher Überbringung 460,- DM — ein einmaliges Angebot für eine original-ladenneue Ausgabe.

Bei Interesse am Erwerb der Gesamtausgabe erwarte ich ihre Zuschrift.
Mit freundlichen Grüßen
gez. Dr. P. Krumrey
E. Weinert-Str. 31
1210 Seelow
DDR

Was passiert in Alemania ?

Die gegenwärtig erstrebte Vereinigung der Republica Federal de Alemania (RFA) mit der Repblica democrática alemana (RDA) erscheint als die Wiederherstellung eines alemanischen[1] Nationalstaates, der Nationalismus als sein Pendant in den Köpfen der Menschen. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der alemanischen Nation und des alemanischen Nationalismus.

Die Nation und der Nationalismus sind keine alemanische Erfindung oder Besonderheit, sondern konstituierend für alle bürgerlichen Gesellschaften und stehen in einem engen Verhältnis zur kapitalistischen Produktionsweise. Gleichzeitig unterscheidet sich die alemanische Nationsbildung und der zugehörige Nationalismus in starkem Maße von den durch bürgerlichen Revolutionen geschaffenen.

Die Äußerungsformen des im Zuge der Annäherung der beiden Staaten erstarkenden Nationalismus sind daher in der Darstellung analytisch zu trennen in solche, die in anderen Nationen vergleichbar vorkommen, solche, die in einem direkten Verhältnis zur kapitalistischen Produktionsweise stehen und zuletzt solche, die speziell alemanischer Couleur sind.

Jeder dieser drei Stufen von Erscheinungsformen des heutigen alemanischen Nationalismus korrespondiert eine Ebene des Nations- beziehungsweise Nationalismusbegriffs, dessen Gehalt und Geschichte ihr jeweils entgegenzuhalten ist. Es ergeben sich folglich drei Gegenstandspaare als Grundlage für die Untersuchung der aktuellen Entwicklung in Alemania:

— Die implizite Aggression gegen alles, das fremd erscheint (innerhalb und außerhalb dieser Gesellschaft), das ist der exzessive Gebrauch des Begriffs der Nation im allgemeinen.
— Die penetrante Apologie der bestehenden Verhältnisse in der RFA, verbunden mit einer Ignoranz gegenüber der Situation in der sogenannten Dritten Welt, das ist der Nationalismus als Ideologie im Kapitalismus.
— Die kollektive Verdrängung des Nationalsozialismus, als auch der Haß gegen alle (und alles), die an jenes Faktum erinnern, das ist der Nationalismus als historisch am meisten zu sich gekommener in seiner alemanischen Form.

Erstens: Begriff der Nation im allgemeinen

Jede bestehende Nation praktiziert notwendigerweise den Ausschluß derer, die nicht Teil von ihr sind. Diese Gleichheit in der Erscheinung verschiedener Nationen hat aber unterschiedliche Hintergründe:

In der französischen Revolution, der bürgerlichen Revolution par excellence, wurde ein Staat geschaffen, dessen eigener Begriff es war, die formalen Schranken der Gesellschaft aufzuheben und alle Menschen rechtlich gleich werden zu lassen. Die Nationalversammlung diskutierte bereits 1789 über die rechtliche Gleichstellung von Minderheiten, Juden wurden als eigene Nationalität anerkannt und ihnen volle Bürgerrechte zugesprochen. Die Menschenrechte wurden für alle erklärt, das heißt auch für Nicht-Franzosen.

Aber in der gleichen historischen Etappe beschloß die Nationalversammlung, militärisch in alte Kolonien einzumarschieren, wenn dort die Verwirklichung der Freiheits-

rechte die Versorgung Frankreichs mit Rohstoffen oder Lebensmitteln gefährdete. Am 17. März 1808 schränkte Napoleon mit dem „décret inârme" die Freiheitsrechte und Gleichstellung der Juden ein. Seit 1807 wurden sie bereits nicht mehr als eigenständige Nationalität, sondern nur noch als religiöse Gruppe anerkannt. Ab diesem Augenblick war zum Erlangen der Staatsbürgerschaft, das heißt hier der Bürgerrechte, wieder die „richtige" Nationalität notwendig; andere, gleichberechtigte Nationalitäten innerhalb des französischen Staates waren nicht mehr akzeptiert, französische Juden mußten eben als Franzosen gehen, um formal gleichberechtigt zu sein. Der Prozeß der Diskriminierung hatte begonnen.

Der Prozeß war also ein widersprüchlicher, der sowohl starke Momente der Gleichberechtigung als auch solche der Ausgrenzung hatte. Es wird dabei im allgemeinen davon ausgegangen, daß der Begriff der „nation" direkt an den Kampf um die Freiheits- und Gleichheitsrechte gekoppelt war, also ursprünglich ein emanzipatorischer Begriff ist. Es verhält sich aber so, daß das Wort „nation" in der ersten Phase des Umsturzes von untergeordneter politischer Bedeutung gegenüber dem Wort „patrie" war, eher einen neutralen, rein beschreibenden Charakter hatte. Patriotisme hingegen hieß immer zugleich auch Liebe zur oder Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und Glück. (Zumindest in theoretischen Diskussionen vor der Revolution wurde der Begriff auch abstrakt auf das Land bezogen verstanden, in dem die angestrebten Ideale verwirklicht sind.[2] „Nation" wurde erst im Moment der Etablierung einer neuen Ordnung und der Kriege mit anderen Staaten zum vorherrschenden Begriff. Die vormals königlichen Institutionen wurden nationale: gendarmerie nationale, garde nationale, armée nationale, éducation nationale, assemblée nationale. Aus „lèse-majesté" (Majestätsverbrechen) wurde „lèse-nationale".[3]

Der politisch-emphatische Begriff der „nation" ist also von Beginn an an die Existenz fester, versteinerter Verhältnisse geknüpft gewesen und hatte so trotz seiner anfänglichen fortschrittlichen Implikationen, anders als der Begriff der patrie, immer auch schon jenes ausschließende Element. (Selbstredend ist hiermit nichts über den heutigen Begriff der patrie oder des Patriotismus ausgesagt.)

In Alemania hingegen war dieses ausschließende Element des Nationsbegriffs nicht in einem Spannungsverhältnis zum anderen, emanzipatorischen, sondern es war selbst konstitutiv für den Nationsbegriff, der sich hier rassisch und kulturell, das heißt völkisch bestimmte. Dies sind die unterschiedlichen Hintergründe des allgemein zu bestimmenden ausschließenden Elements des Begriffs der Nation.

Gemeinsam ist der materiellen Gestalt aller Nationalstaaten, daß es neben der Abgrenzung nach außen auch eine Diskriminierung nach innen gibt. Um das Nationalkollektiv als stabiles zu etablieren, bedarf es einer Norm, die notwendigerweise auch Menschen ausschließt, die sich auf dem Nationalterritorium befinden. Diese Norm definiert sich entweder rassistisch-völkisch (die Staatsbürgerschaft erhalten diejenigen, deren Eltern/Großeltern die Nationalität haben[4]), oder definiert sich über eine Mindestfrist der Teilnahme an der nationalen Produktion durch die Eltern (diejenigen, die auf dem Nationalterritorium geboren sind[5]) oder durch das Individuum selbst (diejenigen, die z.B. seit mindestens zwei Jahren in der nationalen Ökonomie arbeiten[6]). In allen diesen Fällen sind Menschen aus anderen Ländern, zum Beispiel Flüchtlinge, von dem Recht, in einem bestimmten Staat sofort die Staatsbürgerrechte zu erhalten, ausgeschlossen.

Diese in jedem Nationalstaat notwendigerweise zu findende Ausgrenzung und die damit verbundene Aggression gegen alle, die fremd erscheinen, nimmt in Alemania im Zuge der Annäherung zwischen RFA und RDA stark zu. Dies äußert sich unter anderem im oben angesprochenen Umgang mit Flüchtlingen: Auf die zunehmend sich öffentlich äußernde Stimmung, die große Anzahl von RDA-Bürgern, die in die RFA umziehen, werde zum unlösbaren Problem, antworteten führende Christdemokraten, davon könne überhaupt keine Rede sein, solange nicht die „dreihunderttausend" in der RFA lebenden Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde, „konsequent" abgeschoben würden. Die Politik, die Grenzen für Flüchtlinge immer dichter zu machen, findet bis ins Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main Zustimmung.

Der Antisemitismus nimmt ebenso wieder offenere Formen an. So kann der Herausgeber des renommmierten, als links-liberal geltenden Nachrichtenmagazins ‚Spiegel', Augstein, dem Auschwitz-Überlebenden Elie Wiesel in diesem Magazin „das Recht" absprechen, seine Vorbehalte gegen eine allzu schnelle Vereinigung der RDA mit der RFA öffentlich kundzutun.[8] Das selbe Magazin bringt Anfang des Jahres eine Reportage über den SED-Vorsitzenden Gysi, in der dieser mit den bekannten antisemitischen Klischees beschrieben wird.[9]

Über diese Gemeinsamkeit in solchen international vergleichbaren, das heißt allgemeinen, Ausgrenzungstendenzen von Nationen geht die spezifische Form der Verfolgung fremd Erscheinender qua systematischer physischer Vernichtung, die in Alemania ihren Hort hat, hinaus; dies ist darzulegen in der dritten Stufe der Erörterung.

Auf der hier abzuschließenden ersten Darstellungsstufe war aber die Gemeinsamkeit jedweden Nationalismus zur Anschauung zu bringen, um der irreführenden Ansicht zu begegnen, der alemanische Nationalismus sei ausschließlich aufgrund des Faktums des Nationalsozialismus ein bedrohliches Ding.

Zweitens: Nationalismus als Ideologie im Kapitalismus

In der gegenwärtigen Epoche des Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung steht dem nationenübergreifenden Gehalt der Warenproduktion eine nationale Organisationsform gegenüber. Der Doppelcharakter der gesellschaftlichen Produktion als sowohl nationale als auch internationale entzieht sich im allgemeinen der Wahrnehmung, da man dem fertigen Produkt nicht ansieht, wo überall in der Welt Arbeitskraft für seine Herstellung verschlissen wurde und zum anderen die Arbeitsteilung so hochorganisiert und starr ist, daß keiner der Beteiligten den ganzen Produktionsprozeß auch nur einer international hergestellten Ware kennen kann. Es entsteht der Eindruck, die Produktion sei rein nationaler Natur, woraus geschlossen wird, daß der Reichtum einer Nation selbständig existiere. Die eigene Nation wird als Zentrum des Universums angesehen und versucht, die inneren Verhältnisse aus sich heraus zu erklären, ohne dabei auf die internationalen zu reflektieren.

So ist es heute in der RFA bis hinein in linke Kreise verbreitet zu denken, der Kapitalismus sei nun „gezähmt", das heißt, es gebe keine brutale Ausbeutung oder offene Repression mehr. Diese erkenntnistheoretisch (von den materiellen Verhältnissen ausgehend) zu erklärende Borniertheit, die das, was sich woanders abspielt, einfach ignoriert, beziehungsweise die internationalen Zusammenhänge nicht erkennt, wird dadurch bestärkt, daß die weltweiten Verknüpfungen in der Hauptsache wirtschaftlicher und politischer Art und nicht gesamtgesellschaftlicher sind. Das bedeutet: Während VW und Bayer zum Beispiel in Mexiko fast ebenso produzieren wie in der RFA, ist dieses Land für die Alemanen weiterhin jenseits aller Alltagserfahrung oder Einsicht, woran auch der Besuch der Fußballweltmeisterschaft oder der Neckermann-Urlaub in Acapulco nichts ändern kann.

Gleichzeitig bestärkt die jüngste Entwicklung Alemanias diese verengte Weltsicht auch noch, da in Massenmedien und politischen Diskussionsrunden der Eindruck erweckt wird, daß die Welt bloß noch aus zwei Teilen besteht: Westalemania und Ostalemania — eventuell noch jeweils mit ihnen anhängenden Mächten.

Die zweite Borniertheit, das ist Mystifikation, die der Nationalismus beinhaltet, ist die einer Vorstellung von Nation als Einheit Gleicher unter Gleichen. Das heißt, es gibt keine Ausgebeuteten oder Ausbeuter mehr, sondern eben nur noch Alemanen. Diese Borniertheit hängt mit der ersten zusammen, hat also paradoxerweise wie diese ihre materielle Grundlage in den weltweiten Verschränkungen.

Zum einen ist sie gleichermaßen von den die Erkenntnis verstellenden gesellschaftlichen Verhältnissen verursacht, hängt mit der Suche nach der „nationalen Identität" zusam-

men, die in der ständig steigenden „Internationalisierung" von Lebensformen begründet ist. Kurz gesagt: Nachdem Coca-Cola den Waldmeister als Erfrischungsgetränk verdrängt hat, aber das Festgeklebtsein in der RFA fortbesteht und auch kaum jemand die Möglichkeit hat, nach Gusto nach New York zu fliegen, bedarf es irgendeiner neuen Identitätsfindung, um die eigene Eingesperrtheit zu ertragen. Bornierte Verhältnisse erträgt nur, wer sein borniertes Bewußtsein behält.

Zum anderen ist die zweite Borniertheit auch ein interessiertes Vorurteil insofern, als von einer Korrumpierung der Arbeiterklasse in den Industrienationen gesprochen werden kann, die einen Pakt mit den jeweiligen nationalen Konzern-Zentralen eingehen und sich gemeinsam gegen Forderungen und Kämpfe von Arbeiterbewegungen in der sogenannten Dritten Welt abschotten. So können zum Beispiel gemeinsam dortige Streiks sabotiert werden durch Sonderschichten in den hiesigen Werken, siehe zum Beispiel VW in Puebla/Mexiko und in Wolfsburg in den 70er und 80er Jahren.[7]

In der gegenwärtigen Entwicklung wird auch diese Tendenz des nationalen Wohlstandschauvinismus verstärkt. Die Entwicklungshilfe für die sogenannte Dritte Welt wird gekürzt. In der RFA wird jetzt alles für die RDA beziehungsweise für die neue Nationalstaatsbildung benötigt, und die RDA hat plötzlich kein Geld mehr für Krankenhäuser in Nicaragua oder ähnliches.

Das dargestellte Verhältnis von Nationalismus und Kapitalismus spielte in der neuesten Entwicklung in der RDA gewiß eine bedeutende Rolle. Hierbei ist umstritten, ob dabei das ökonomische Interesse sich nationalistisch äußerte, also der Nationalismus als interessiertes Vorurteil zu verstehen ist, oder ob er eine starke, von direkten ökonomischen Interessen unabhängige, Eigendynamik zeigt, also ein erkenntnistheoretisch zu erklärendes Problem ist, das heißt notwendig falsches Bewußtsein.

Dies ist ausgehend von einer Rückschau auf die Entwicklung der RDA seit dem August 1989 zu untersuchen:

Die Anti-SED-Bewegung wurde initiiert von Gruppen der unabhängigen Linken, Radikaldemokraten und kritischen Kreisen innerhalb der evangelischen Kirche, als Bewegung gegen die Omnipotenz weniger über den ganzen Staat, als radikaldemokratische oder demokratisch-sozialistische. Die große Mehrheit der politischen Oppositionsgruppen publizierte ohne Unterlaß in den ersten Wochen der Bewegung, daß sie auf keinen Fall eine Gesellschaft wie die der RFA etablieren wollten. Sie suchten den „dritten Weg" jenseits von Kapitalismus und realexistierendem Sozialismus. Diejenigen, die sich nicht entschieden, in die RFA zu gehen, riefen, daß sie eine Gesellschaft erkämpfen werden, ohne die Repressionen der alten Ordnung und ohne die Unerbittlichkeit des Kapitalismus.

In diesem Augenblick war klar, daß die Opposition in der RDA eine Alternative zur RFA etablieren wollte, und niemand sprach von einer Vereinigung der beiden alemanischen Staaten. In den unterschiedlichsten Zusammenhängen wurde die westalemanische Gesellschaft wegen ihrer enormen inneren Ungleichheiten und wichtigen Rolle bei der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt kritisiert. Die Linke in der RFA setzte viele Hoffnungen in diese Oppositionsbewegung, die als die progressivste in ganz Osteuropa erschien. Die Rechte und die Konservativen in der RFA unterstützten sie wegen ihres Anti-SED-Charakters, den sie mit ihrem eigenen Antikommunismus identifizierten.

Das heißt: Die Bewegung war in den ersten Wochen sehr widersprüchlich und ihr Ende völlig offen. Es gab keine organisierte rechte Opposition in der RDA, nur linke Gruppierungen leisteten in den letzten Jahrzehnten kontinuierliche Kritik an der SED. In diesen Tagen des Sturms und des Drangs nach Neuem schien es keinen Eingang von rechts in die Bewegung zu geben. Kurz darauf, vielleicht gerade noch im letzten Moment, wurde diese so ersehnte Eingangstüre gefunden: der Nationalismus.

Wenn das, was „naturgegebenerweise" zusammengehört, zwei verschiedene Entwicklungen nimmt, muß etwas falsch sein. Wenn ein Teil Alemanias kapitalistisch ist, und der andere versucht, es nicht zu sein, müssen die „Naturverhafteten" sich Fahnenschwenkend erheben.

Es war dabei klar, welche der beiden möglichen Entwicklungsrichtungen die gegebene zu sein hat. Diejenige, die mehr Kapital, mehr Territorium, mehr internationalen Einfluß, mehr Macht hat. Die der RFA, die „soziale Marktwirtschaft", die kapitalistische Produktionsweise.

(Die Einführung dieser Gesellschaftsform in einem eigenen Staat, etwa wie Polen oder Ungarn, zu versuchen, kam gar niemandem erst in den Sinn. Dies liegt unter anderem daran, daß die RFA dadurch, daß sie als einziger Staat der Welt bis heute die RDA nicht als souveränen Staat anerkannt hat, diese immer schon als einen entwendeten Teil ihres eigenen Staatsgebildes betrachtet und dies auch so in ihrem allgemein hochgelobten Grundgesetz festgeschrieben hat.)

Die Kombination des Versprechens der supervollen Supermärkte und der Versprechung der ursprünglich-paradiesischen Einheit machte den fundamentalen Wechsel der „öffentlichen Meinung" der RDA möglich. Kurz nachdem die ersten nationalistischen Vereinigungs-Transparente auf den Leipziger Montagsdemonstrationen auftauchten, wurde es bereits unmöglich, an einer Kritik am Kapitalismus, seinen Unterdrückungen und seiner inneren und internationalen Ausbeutung festzuhalten. Wer es tat, wurde als ‚Staatssicherheits'-Agent beschimpft, bekam eingedroschen, was jetzt Sache ist.

Bleibt die Frage, inwieweit die von der Regierung der RFA mitprovozierte Phantasie von Wohlstand für die RDA-Bürger nicht irgendwann enttäuscht werden wird. Anfang April, zwei Wochen nach der Wahl zur Volkskammer der RDA, führten die Aussagen des Regierungschefs der RFA über einen Umtausch der Mark der RDA in Mark der RFA in einem Verhältnis von bestenfalls zwei zu eins zu großen Protestdemonstrationen in verschiedenen Städten der RDA. Auf diesen Kundgebungen waren keine Flaggen Alemanias mehr zu sehen. Die Aussage des Kohls, die bedeutete, daß die RDA-Bürger nur die Hälfte der versprochenen Warenmenge erhalten sollen, wurde wieder aus der öffentlichen Diskussion genommen: Es stehen ja noch die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 an.

Inwieweit eine mögliche erneute Enttäuschung nach jenem Datum sich im politischen Bewußtsein, beziehungsweise Räsonnement, niederschlagen wird, bleibt der Spekulation vorbehalten.

Wir sehen jedoch nur die Möglichkeit, daß dies entweder zu einem Stimmungswandel zu Gunsten der Sozialdemokratie führen wird oder daß es bewirkt, daß der Nationalismus als Moment der Erhebung erst recht Bedeutung bekommt, da die erhoffte und versprochene schnelle Konsumausdehnung in allzuferne Zukunft, ins Ungewisse rückt. Der Nationalismus in der RDA als Triebkraft und Konsequenz des Geredes um die alemanische Kopulation wird zwar bestärkt durch die Wohlstandsphantasien, ist aber nicht auf Gedeih und Verderb an sie geknüpft.

(Auch die Interessen der Herrschenden standen in diesem Prozeß eine Zeit lang offen gegeneinander, Nationalismus und ökonomische „Vernunft" schienen sich zu widersprechen. Im Februar diesen Jahres äußerten sowohl der Chef der Staatsbank der RFA als auch der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin große Bedenken gegen eine allzuschnelle Vereinigung und Währungsunion. Ob diese Bedenken alle ausgeräumt sind oder aus anderen Gründen in der Presse nicht mehr für Verwirrung sorgen, bleibt unklar.)

Die Eigendynamik des Nationalismus als ideologisches Phänomen in Alemania ist nicht zu unterschätzen.

Der Gegenbeweis würde uns sehr freuen — das Fehlen der Alemania-Wimpel auf den oben genannten Protestdemonstrationen ist aber ein solcher nicht: Au contraire. Wären Alemania-Banner einzig Symbol für Wohlstandserwartungen, wie so oft behauptet, dann hätten die Demonstrierenden von Leipzig und anderswo (die zum Großteil genau die waren, die sie kurz vorher noch begeistert geschwenkt haben) mit ihnen das gleiche gemacht, wie die RFA-Regierung mit ihren Versprechungen: halbiert.

Dies geschah nicht, die Fähnchen blieben zuhause, eingepackt bis zum nächsten Mal, da

sie wieder passend erscheinen. Einige Gründe für diese starke Eigendynamik des Nationalismus in Alemania werden im folgenden näher beleuchtet.

Drittens: Nationalismus als historisch am meisten zu sich gekommener in seiner alemanischen Form als Vernichtung des fremd Erscheinenden

Gab es in bürgerlichen Revolutionen und in Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt noch die Möglichkeit, irgendeine, wenn auch noch so vage Verbindung zwischen einer revolutionär-fortschrittlichen Bewegung und dem Begriff der Nation zu sehen, so ist dies in Alemania eigentlich seit 1848, endgültig aber seit 1933 nicht im entferntesten mehr möglich.

In Frankreich beispielsweise wurde die durch die Revolution hergestellte Rechtsgleichheit für jüdische Franzosen auch mit der Verfestigung der Nation nicht einfach aufgehoben. Der Nationsbegriff hatte die aggressive Ausgrenzung nach innen nicht so nötig. Die juristische Emanzipation der Juden wurde zudem in den von den französischen Truppen eingenommenen alemanischen Gebieten durchgesetzt. Dies rief dort einen Sturm der Empörung hervor. Nachdem die französische Einflußnahme in den „Befreiungskriegen" beendet wurde, hatten die Alemanen nichts eiligeres zu tun, als diese inneren Gleichheitsrechte wieder aufzuheben. Die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main ging mit leuchtendem Beispiel voran: Hier wurde als erstes, bereits im Jahre 1815, das Ghetto wieder geschlossen, nachdem sich die Bürgerschaft (einschließlich Goethes) der Öffnung des Ghettos im Jahre 1811 mit aller Zähigkeit widersetzt hatte und durchsetzen konnte, daß die jüdische Gemeinde als Vorbedingung 440000 Gulden Lösegeld zur „Entschädigung" für die nun entfallenden Schutzgelder zahlen mußte.

Da die „Nation" in Alemania nicht gegen die Herrschenden durchgesetzt wurde, national also der Gegenbegriff zu royal nicht sein konnte, bedurfte es eines anderen Gegenübers, um sich zu konstituieren: Der äußere und der innere Feind machte es ideologisch erst möglich, daß völlig unterschiedliche gesellschaftliche Klassen sich vereinigten, das Bürgertum, anstatt die Fürsten zu köpfen, sich mit ihnen die Macht teilend arrangierte: die ökonomische Macht dem Bürgertum und die politische dem Adel.

Der alemanische Nationalstaat wurde nicht in einer inneren Auseinandersetzung von den Rechtlosen erkämpft, sondern in den erwähnten „Befreiungskriegen" gegen die napoleonischen Truppen (Völkerschlacht Leipzig 1813) und im späteren Eroberungskrieg gegen Frankreich. Alle historischen Bewegungen, die in eine andere, emanzipatorische Richtung tendierten, waren zu schwach; zu stark die Tendenz, sich immer wieder den je Herrschenden zu Füßen zu werfen.

Die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten verspätete kapitalistische Entwicklung hat ihren Anteil an dieser Tendenz. Auf die genaueren historischen Hintergründe, insbesondere ökonomischer Natur, kann hier aber nicht eingegangen werden.[10]

Die Analyseansätze, die, von der These der verspäteten alemanischen Nation ausgehend, die Ursachen für die verheerende Entwicklung des Nationalismus in Alemania zum Nationalsozialismus suchen, sind in Gefahr, bei aller richtiger Beschreibung der Unterschiede, implizit die „normale", das heißt nicht verspätete Nationalstaatsbildung und damit den „normalen" kapitalistischen Nationalstaat zu verklären.[11]

In Alemania kulminierte der Nationalismus im Nationalsozialismus, das heißt, im perfektesten industriellen Genozid und im blutigsten Aggressionskrieg der Geschichte. Es waren zwar die Massen, die sich in Bewe-

Foto: Abisag Tüllmann

gung setzten, nicht aber um ihre Unterdrücker einen Kopf kürzer zu machen, sondern um diejenigen, von denen sie glaubten, daß sie sich noch nicht vollständig unterworfen hätten wie sie selbst, in den Gaskammern millionenfach zu ermorden. Nationalismus war dabei selbstredend in nichts mit Freiheit, Solidarität oder Gleichheit verknüpft (auch wenn das Gerede von der Volksgemeinschaft so etwas suggerieren wollte — selbstverständlich nur für Alemanen und ohne einen Begriff der Freiheit), sondern hieß, Verfolgung bis zur physischen Vernichtung aller, von denen vermutet wurde, daß sie an die Möglichkeit der Freiheit auch nur im entferntesten erinnern konnten. (Dies heißt nicht, daß Juden oder Sinti und Roma tatsächlich freier oder glücklicher lebten als Alemanen, nur der Umstand, daß einige des jeweiligen Kollektivs — und sei es bereits zwei Generationenher — sich nicht völlig assimiliert, auch in der Diaspora eine eigene Identität bewahrt hatten, erregte Argwohn: Es könnte ja sein, daß in diesem abweichenden Leben das Schlupfloch im versperrten Weg zum freien Leben sich befindet.)

Während also die napoleonischen Truppen von fortschrittlichen Kreisen in vielen Ländern zumeist ersehnt und begrüßt wurden, hieß es für Alemanias ‚Mission': „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" (Paul Celan).

Die sechs Millionen Juden, Roma und Sinti sowie andere von Ermordeten in Oswiecim, Chelmno, Warszawa, Lódz, in tausenden von Orten der Sowjetunion, an fast jeder Stelle Europas, mußten mit ihrer kollektiven Ermordung den Preis dafür bezahlen, daß die Alemanen sich völlig in dem Wahn der Vollkommenheit wiegen konnten.

Das quälende Spannungsverhältnis zwischen der Möglichkeit der Freiheit (das heißt der freien Gesellschaft) und ihrer realen Unterdrückung sollte in der französischen Revolution durch die Zerschlagung des Repressionsstaates und im Nationalsozialismus durch die Beseitigung des Gedankens an diese Möglichkeit selbst gelöst werden.

Die Tatsache aber, daß es noch Überlebende gab, die darüber redeten und reden, daß es deren Nachfahren gibt und andere darüber hinaus, die sich darum kümmern, daß es einfach nicht ruhig wird um den Genozid, ist der Hintergrund, auf den sich die Gesinnung bezieht, die Adorno in dem Satz faßte: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen." Diejenigen, die durch ihr (potentielles) Anderssein ihre eigene Vernichtung — so die „Logik" — erst provoziert hatten, hacken jetzt auch noch darauf herum, halten die Möglichkeit des besseren Lebens immer noch im Gedächtnis, wenn auch in ihrer absoluten Negation: dem Zivilisationsbruch.

Denn solange es noch Erinnerung an *die* Tat gibt, haftet Auschwitz noch der Makel der Unvollkommenheit an. (Auch so ist der Versuch zu verstehen, durch die Sprengung der Gaskammern und Krematorien in fast allen Konzentrationslagern, alle Spuren des Genozids auszulöschen.) Erst das völlige Vergessen der „Endlösung der Judenfrage", löscht die quälende Idee der eigenen gesellschaftlichen Unvollkommenheit aus, denn nur eine Gesellschaft, die keine Alternative zu sich kennt, kann sich einbilden, der Höhepunkt der Geschichte zu sein. (In der RFA wurde dabei glänzend in den letzten Jahren bewiesen, daß über etwas reden und es verdrängen sich keineswegs widersprechen muß.) Es ist daher auch nicht als Zufall zu verstehen, an welchem Tag ausgerechnet die Grenze RDA-RFA geöffnet wurde:

„Welcher Tag ist es, den viele Deutsche schon zum Staatsfeiertag machen wollen, da sie ihn als Symbol eben dieser ‚Wiedervereinigung' sehen?

Der neunte November.

Dieser graue Herbsttag ist also der Tag, an dem der brave Deutsche so richtig zu sich kommen kann. Gefeiert werden soll dann seit 1989 die Öffnung der Grenze DDR-BRD, so schlägt es zum Beispiel der SPD-Chef Vogel vor. An welchem Tag da in Zukunft die Sektkorken knallen sollen und auf der Straße man mit Tanzenden zu rechnen haben wird, wurde von jenem Vogel nicht näher gesagt. Vergessen scheint plötzlich das Getue, das noch ein Jahr vorher an eben diesem Tag von fast allen Seiten inszeniert wurde, um den fünfzigsten Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht würdig und unter Einbeziehung der jüdischen Gemeinden in der BRD zu begehen. Die braucht man jetzt aber nicht mehr. Seit dem neunten November Neunzehnhundertneunundachtzig kann man diesen Tag in ‚Deutschland' wieder ohne Juden gut feiern.

Es ist so etwas eingetreten wie eine Normalisierung. Ein deutscher Bundeskanzler braucht keine Kniefälle mehr zu machen, er geht aufrecht durchs Brandenburger Tor. Die Zeit der Sühne ist vorbei, noch bevor sie wirklich begonnen hat. Mit der Öffnung der Grenzen DDR-BRD ist das letzte Symbol dessen, was Deutschland den Platzverweis in der Geschichte eingebracht hat, beiseite geschafft."[12]

Konklusion: „Wiedervereinigung" und Emanzipation.

Auf der Grundlage der bisherigen Darstellung ist eine „Wiedervereinigung" weder als realer Prozeß, noch sind seine ideologischen Implikationen als etwas Emanzipatorisches oder Vernünftiges vorstellbar. Dies ist in der Diskussion zweier Themengebiete begreifbar:

— Nation/Nationalismus/völkischer Rassismus und
— Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zum ersten bleibt bloß noch zu sagen, daß es in der vorliegenden historisch-gesellschaftlichen Situation Alemanias keinen Grund gibt, sich sicher zu sein, daß vergleichbare nationalistisch-barbarische Exzesse nicht nochmals entstehen. Dabei gehen wir sowohl von unserer allgemeinen Nations- und Nationalismus-Kritik als auch davon aus, daß das, was den Nationalsozialismus möglich gemacht hat, (leider) nicht einfach aus den Köpfen der Menschen und der ideologischen Basis der alemanischen Gesellschaften verschwunden ist. Nationalismus bedeutet heute in Alemania notwendigerweise die kollektive Barbarei des Nationalsozialismus zu verdrängen, den Anteil der RFA an den internationalen Ausbeutungsverhältnissen nicht zugeben zu wollen und die inneren Verhältnisse zu zementieren. Dieser Nationalismus treibt aber den Prozeß der „Wiedervereinigung" nicht nur voran, sondern wird selbst durch ihn nochmals dynamisiert. Gleichzeitig verringert dieser Prozeß die materiellen Sicherheiten gegen die oben erwähnte Gefahr.[13]

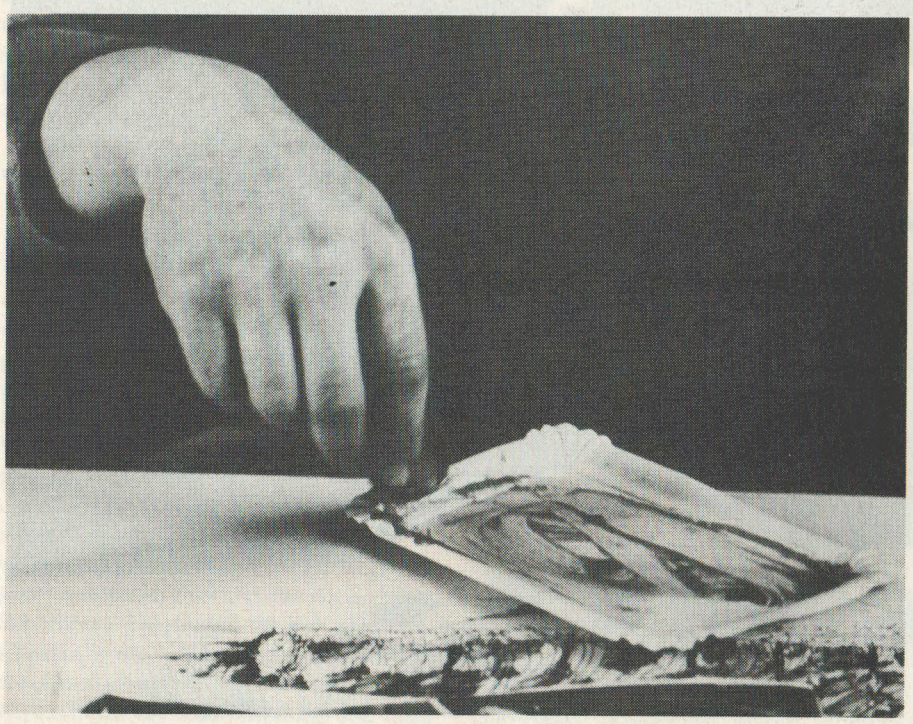


Foto: Abisag Tüllmann

Dagegen wird des öfteren mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker argumentiert, das auch auf den alemanischen Fall anzuwenden sei. Es wird gesagt, es sei anti-emanzipatorisch zu versuchen, die Fesseln, die von außen um Alemania gelegt wurden, zu erhalten.[14]

Aber genau aus der Tatsache, daß es notwendig war, Alemania von außen zu fesseln, um die Fortsetzung des Genozids und des Zweiten Weltkriegs zu verhindern, da es keinen nennenswerten inneren Widerstand gab, resultiert unser Mißtrauen; und wir sehen nicht, warum wir heute optimistischer sein sollten. Es hat niemals in breiten Kreisen der Bevölkerung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der massenhaften Beteiligung an seinen Taten und dem fehlenden inneren Widerstand dagegen gegeben.

Mit der „Trauer" um alle Toten, den SS-Tätern von Bitburg und den Konzentrationslageropfern von Bergen-Belsen, durch Bundeskanzler Kohl und weiland US-Präsident Reagan wurde das begonnen, was über den „Historikerstreit", in dem die „wahre" Ursache der nationalsozialistischen Greultaten in „Asien" verortet wurde, im Gerede um die „Wiedervereinigung" ihre Krönung findet: Die Alemanen sind die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus, und die Täter sind ... Neben diesem allgemeinen Mißtrauen gibt es noch einen speziellen Grund gegen die „Wiedervereinigung" und gegen die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf Alemania, der sich auf die konkrete Form der gegenwärtigen Entwicklung bezieht:

In allen offiziellen Verlautbarungen wird als juristische Grundlage der „Wiedervereinigung" fast immer nur vom ‚Grundgesetz' der RFA gesprochen. Nur wenn mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Nicht-Alemanen das Recht abgesprochen werden soll, sich gegen diese Vereinigung zu äußern, erinnert man sich zumeist unausgesprochen des Völkerrechts, das diese Norm enthält. Aber das internationale Recht in seiner Form von Normen der Vereinten Nationen (UNO) wurde als Reaktion auf den Nationalsozialismus und die alemanischen Aggressionskriege geschaffen. Die UNO selbst entstand aus einer großen „Anti-Hitler"-Koalition, an der wesentlich mehr Länder beteiligt waren als die vier Alliierten. In allen Originaltexten dieser Organisation ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß sie als Konsequenz auf die Erfahrung mit Alemania formuliert wurden. (Später wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf kolonialisierte Länder angewandt, ist aber als Passiv- oder Verteidigungsrecht per se nicht auf dominierende Staaten, wie die RFA heute einer ist, anzuwenden.)

Genau der Staat, der sich selbst als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs definiert, will nun Nutznießer jener Norm sein, ohne aber das Ergebnis des verlorenen Kriegs zu akzeptieren — verloren gegen jene „Anti-Hitler"-Koalition. Nach der Interpretation des höchsten Gerichts der RFA bedeutet das Wort „Alemania" im Grundgesetz der RFA „Alemania in den Grenzen vom 31.12.1937." Das heißt: Nach ihrer Rechtsgrundlage beansprucht die RFA Gebiete Polens und der Sowjetunion, die diesen Ländern von den vier Alliierten zugesprochen wurden.

Dies ist mehr als eine Formalie. Verschiedene Ministerien in der RFA verwenden, wenn von der Republik Polen die Rede ist, die Formulierung „polnische Gebiete"[15]. In den RFA-Schulatlanten wurden noch in den 80er Jahren die ehemaligen alemanischen Gebiete, die heute zu Polen gehören, „alemanische Gebiete unter polnischer Verwaltung" genannt.

Damit wird das Selbstbestimmungsrecht der Republik Polen und der Sowjetunion durch die Konstitution der RFA in Frage gestellt. Dies ist nur möglich, weil bis heute kein Friedensvertrag mit den Gewinnern des alemanischen Aggressionskrieges abgeschlossen wurde. (Formal besteht weiterhin Kriegszustand, im Stadium des Waffenstillstands nach Besetzung und bedingungsloser Kapitulation. Daß in diesem völkerrechtlichen Zustand die RFA auf ihr Selbstbestimmungsrecht pocht und gleichzeitig immer wieder Gebietsansprüche durchblicken läßt, kann nur heißen, daß die Erklärung der *bedingungslosen* Gesamtkapitulation vom achten Mai Neunzehnhundertfünfundvierzig gegenüber der Kommandantur der Roten Armee in Berlin-Karlshorst nachträglich für unwirksam erachtet wird. Trotz aller Unterschiede erinnert dies an die damalige alemanische Position zu den Versailler Verträgen.)

Es gab nun im Januar diesen Jahres den Vorschlag vom vorhergehenden Ministerpräsidenten der RDA, Modrow, als Vorbedingung für die alemanische Vereinigung diesen Friedensvertrag zu schließen und damit auf der Ebene des internationalen Rechts den Kriegszustand zu beenden. Der Kanzler der RFA sagte dazu, daß das zu kompliziert sei und voraussichtlich Jahre dauern würde. Dies aber kann nur heißen, daß die RFA die Kriegsschuld und -ergebnisse nicht anerkennen will und somit auch nicht ihre territorialen Konsequenzen.[16]

Gleichzeitig wollen sie nun keine neue Verfassung für ein vereinigtes Alemania erarbeiten. Aber das Grundgesetz der RFA sagt ausdrücklich, daß es nur ein Provisorium für eine „Übergangszeit" ist, und sich dann das „ganze alemanische Volk" eine neue Verfassung zu geben hat.

Die Tatsache, daß sie das nun nicht tun wollen, bedeutet logischerweise, daß die Übergangszeit noch nicht beendet sein kann mit der Vereinigung von RFA und RDA.

Doch was fehlt denn dann noch zur alemanischen Vollkommenheit, wo wird sie gesucht werden?

□Und wie wird sie gesucht werden?

Stefan Gandler

Anmerkungen

1 Nicht zu verwechseln mit alemannisch — der kleine Volksstamm der Alemannen ist nicht gemeint.

2 Siehe die Auseinandersetzung zwischen Voltaire und Rousseau. Der erste vertrat den kosmopolitisch-übergreifenden Begriff des patriotisme („... patrie, ce n'est ni le pays natal, ni le lieu où l'on vit, mais celui où ‚on est bien': ‚Patria est ubicumque est bene'"), der zweite meinte, daß dies zu abstrakt sei, Menschen nur für ihre eigenen direkten Anliegen bereit seien, sich zu erheben und daher der Kampf um Freiheits und Gleichheitsrechte zuerst auf dieses bezogen sein müsse.(„... c'est l'amour du pays natal — la patrie — qui rendra les hommes vertueux, libres, heureux ..."). Siehe: Jacques Crodechot: Nation, patrie, nationalisme et patriotisme en France au XVIII[e] siècle. In: Ders., Regards sur l'époque révolutionaire. Toulouse 1980, S. 53-68. Hier: S. 57f. Crodechot bezieht sich dabei auf folgende Originalexte: Voltaire, Dictionnaire philosophique. Artikel patrie. 1764; J.J. Rousseau, Le Contrat social. In: Oeuvres complètes, III, S. 287.

3 Ebd. S. 62

4 Regelung des Grundgesetzes für die RFA.

5 Regelung der klassischen bürgerlichen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, USA.

6 Vorschlag aus dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main.

8 Siehe Spiegel 2/90

9 Siehe Spiegel 3/90

10 Siehe dazu z.B.: Georg Lukács, Über einige Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. (Erstes Kapitel von: Die Zerstörung der Vernunft. Darmstadt 1973) Siehe auch Walter Grab, Zur Dialektik von Nationalidee und Demokratie. Entstehung und Bedeutungswandel des Nationalbegriffs in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. In: Hajo Funke/Dietrich Neuhaus (Hrsg.), Auf dem Weg zur Nation? Über deutsche Identität nach Auschwitz. Frankfurt/M. 1989.

11 Siehe dazu: Helga Grebing, Der ‚deutsche Sonderweg' in Europa 1806-1945. Eine Kritik. Stuttgart 1986.

12 Aus: Flugblatt ‚Vereinigen und Vergessen' als Aufruf zur Vollversammlung zu Nationalismus und Wiedervereinigung am 15.2.1990 an der Uni Ffm. Unterzeichnet: AG gegen Nationalismus, GIS (Gruppe Internationaler StudentInnen), AStA/Linke Liste.

13 Eine dieser Sicherheiten war (ist?) der in der Friedensbewegung mit Entsetzen immer wieder beschriebene Umstand, daß im Falle eines Krieges in Europa mit großer Wahrscheinlichkeit Alemanen gegen Alemanen zu kämpfen gehabt hätten. (So wäre es nicht völlig problemlos gewesen, mit einer nationalistischen Begründung einen weiteren Aggressionskrieg gen Osten zu beginnen.) Zwei alemanische Staaten und Armeen, in zwei militärischen Blöcken stehen der freien Entwicklung nationalistischer (Kriegs-) Propaganda im Wege.

14 Mit „Fesseln" ist u.a. die Besetzung und Aufteilung in Besatzungszonen gemeint. Die spätere Teilung war zwar auch Teil des kalten Kriegs, aber bloß aufgrund des erstgesagten möglich.

15 „‚Bei Antragstellern aus dem polnischen Bereich, aus Ungarn und der CSSR wird in der Regel ein Kriegsfolgenschicksal/Vertreibungsdruck nicht mehr vorliegen.' So heißt es in einem Erlaß des niedersächsischen Bundesratsministerium zur Anerkennung als Aussiedler. Nach Recherchen der niedersächsischen Grünen dürfen Ministerien und Landesdienststellen in Absprache zwischen der hannoverschen Staatskanzlei mit dem Bundesinnenministerium nur vom ‚polnischen Bereich' sprechen, nicht aber von ‚Polen' oder der ‚Republik Polen'. Für Ministerpräsident Albrechts Staatskanzlei sind die Grenzen von 1937 verbindlich. (4.4.90)" aus: Günter Saathoff, Deutschland, eisig Vaterland. Polnische Westgrenze und bundesdeutsche Pflicht zur Entschädigung von NS-Opfern. In: Nie Wieder Deutschland (NWD) Nr.1 vom 12.April 1990.

16 Ein Friedensvertrag hätte auch zur Folge, daß über die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern im Nationalsozialismus, z.B. aus Polen, und über die alemanischen Kriegsschulden aus dem Zweiten Weltkrieg verhandelt werden müßte. Beide Fragen wurden im „Londoner Schuldenabkommen" von 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages verschoben.

Ernüchterndes über den Rechtsstaat

Zu Johannes Agnolis »Die Transformation der Demokratie«

„Die Mitteilung . . ., die da zu machen ist seitens der politischen Wissenschaft, bezieht sich nicht auf das gestörte Verhältnis der Politik zur Verfassung. Sie zeigt vielmehr an, daß die Verfassung die Regelung eines gestörten, gesellschaftlichen Verhältnisses ist." (S. 17)
„Der bürgerliche Verfassungsstaat, das heißt: die politische Form der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse hat alles Emanzipatorische abgestreift und entwickelt von sich aus und innerhalb ihrer Einrichtungen nichts mehr Innovatorisch-Humanes." (S. 213)

Der Freiburger Verlag der „Initiative Sozialistisches Forum" (ça ira) hat im Frühjahr einen Band politischer Schriften von Johannes Agnoli herausgebracht. Die Ausgabe ist einesteils eine Aufmerksamkeit für den Verfasser, der im Februar 65 Jahre alt geworden ist, und andernteils Erinnerung an ein Buch, das er gemeinsam mit Peter Brückner in die Studentenbewegung hinein geschrieben hat und das dem Namen nach bekannt geblieben ist: „Die Transformation der Demokratie". &Ccda ira hat diesen Titel für den Sammelband übernommen. Agnolis damaliger Anteil und eine aktualisierende Nachschrift bilden denn auch den Schwerpunkt des Bandes. Die übrigen Aufsätze schließen thematisch eng an sie an. Alle stehen sie für ein Programm: „Kritik der (bürgerlichen) Politik". Es ist ein Analogon zu Marxens „Kritik der politischen Ökonomie" und gedacht als deren Ergänzung: Kritik des bürgerlichen Staats. Marxistisch konzipiert, verfolgt es den doppelten Zweck, die politische Praxis der herrschenden Klasse zu analysieren und die Bedingungen einer auf die Abschaffung des Staats gerichteten Opposition zu formulieren.

Tatsächlich haben Agnoli und Brückner 1968 mit der „Transformation der Demokratie", als einer marxistischen Revision der Thesen zum „autoritären Staat" und „autoritären Charakter", der studentischen Protestbewegung wichtige theoretische Argumente geliefert. Die Schrift paßte in die Situation der Großen Koalition und des „2. Juni"; sie war dazu angetan, den Wahrnehmungshorizont und Aktionsbereich der Bewegung auszudehnen; und sie hat sicherlich dazu beigetragen, ihr Selbstverständnis als einer ‚Außerparlamentarischen Opposition' zu festigen.

Brückner schrieb über die starre Reaktion des Staatsapparats und der bürgerlichen Öffentlichkeit auf die Erschießung von Benno Ohnesorg; er untersuchte sie als Symptome obrigkeitlicher Zustände. Agnolis Beitrag ging ins Allgemeinere: er befaßte sich mit dem Verhältnis von Verfassung und praktischer Politik in der Nachkriegsdemokratie. Den Anlaß gab die verbreitete Auffassung, das Regierungsbündnis der Christ- und Sozialdemokraten sei eine Perversion des parlamentarischen Repräsentativsystems. Agnoli hielt dies für eine verkürzte Kritik. Er interessierte sich für das Funktionieren der Norm, nicht für den Skandal der ‚Abweichung'. — Er bestimmt den modernen Rechtsstaat, so wie er aus der bürgerlichen Revolution hervorgeht, als die politische *Form* der bürgerlichen Klassenherrschaft. Dieser ist demnach kein selbständiges, sondern ein heteronomes Institut und gebunden an den Zweck, die Eigentumsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern und mit der kapitalistischen Produktionsweise die soziale Macht der besitzenden Klasse zu garantieren. Diese funktionelle Abhängigkeit des Staats ist aber keineswegs evident. Die Grundsätze der demokratischen Verfassung — die Volkssouveränität, die parlamentarische Repräsentation und Regierungskontrolle — dementieren diese Funktionsbestimmung vielmehr in aller Form und scheinen, zumindest seit der Ablösung des Klassen- durch das allgemeine Wahlrecht, darauf angelegt zu sein, sie auch praktisch zu annullieren. Denn was sollte die zur Teilhabe an der Politik zugelassene Volksmehrheit, die gewiß nicht der Klasse der Besitzenden angehört, davon abhalten, über eine entsprechende Majorisierung des Parlaments die Regierung zu stellen und auf diesem Wege, wie Engels es erhoffte, die sozialen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verkehren? Sie hat es bekanntlich in den kapitalistischen Ländern trotz gelegentlicher revolutionärer Außenangriffe nicht vermocht. Dies zu erklären, ist Agnolis Thema.

Er nennt zwei Ursachen: das „Vertretungsprinzip" selbst als Wurzel der politischen Ideologie sowie seine „Umkehrung" bzw. „Involution" (S. 24, 78). Der langfristige Effekt des allgemeinen Stimmrechts sei gewesen, daß sich das — bis dahin an Vermögen und Bildung gebundene — „Staatsbürgerbewußtsein" auch in den unteren Klassen habe festsetzen können: der Gedanke des Teilhaberechts an der politischen Macht und die Erwartung einer durch den Staat zu bewirkenden Verteilungsgerechtigkeit. An dieser „Verstaatlichung des Bewußtseins" (S. 59) setze „die Transformation des Verfassungsstaates . . . an. Sie spiegelt die Reduktion des Antagonismus auf den Pluralismus wider" (S. 38). Eine Reduktion, die zuerst die Köpfe verdreht, dadurch aber auch praktisch wirksam wird und in die Gesellschaft eine neue Handlungsebene einführt. „Diese Verkürzung — das . . . technisch-politische Kernstück des (sozialen) Friedens — trägt wesentlich zur Anpassung und schließlich zur Auflösung eines antagonistischen Bewußtseins gegenüber den Oligarchien bei" (S. 45). Die Rede ist von ideologischer Konditionierung: von der Idealisierung des Staats und zugleich von einer halbierten Wahrnehmung der eigenen sozialen Existenzbedingungen, von einer Überlagerung des für diese Bedingungen entscheidenden Klassenkonflikts durch ein Konkurrieren um Gruppeninteressen, das als politisch regulierbar erscheint.

Diese sozialstaatliche Befriedung hat freilich eine lange Vorgeschichte. Sie ist das vorläufige Resultat einer Kette von betriebs- und volkswirtschaftlichen Operationen, politischen Repressions- und Reformmanövern, von denen Agnoli nur einige Aspekte aufgreift. Mit Marx spricht er von dem Risiko, das die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Massen, also die formale Realisierung des Verfassungsgrundsatzes, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, anfänglich in sich barg. Sie setzt die Bourgeoisie der Gefahr aus, die „politische Garantie" ihrer sozialen Macht zu verlieren. „Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Siege verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen" können (S. 40). Er spricht von der „Ambivalenz", in die das parlamentarische System durch die Zulassung von Arbeiter- und kleinbürgerlichen Massenparteien geriet, solange diese noch das Klasseninteresse ihrer Mitglieder vertraten und in deren Sozialverhältnissen verankert waren, also von der „Möglichkeit, den Basiskonflikt auf die staatliche Ebene zu übertragen und den Klassenkampf mit den Mitteln des politischen Staates auszufechten" (S. 39). — Diese „Chance einer *demokratischen* Transformation des Verfassungsstaates" (S. 40) sei inzwischen infolge der diesem innewohnenden „Involutionstendenz" entschwunden. Agnoli führt als Hebel und Kennzeichen dieses Mechanismus den Einbau der Massenparteien in das parlamentarische Regierungssystem, ihre Verwandlung in Staatsorgane sowie die Umpolung ihrer Organisationstätigkeit und Willensbildung an: sie wirkten aus dem Inneren des Staatsapparats heraus und vermittelten dessen Direktiven in die Gesellschaft. Allerdings sei ihre Integration in den Staat nur insofern von Interesse für das System und allgemein die Verkehrung der „Volksvertretung in Repräsentation von Herrschaft", also die Konzentration der Macht und die Durchsetzung des politisch vorformulierten Allgemeininteresses *gegenüber* den Massen, nur solange effektiv, als die Massenparteien das Vertrauen ihrer Wähler und den Nimbus einer nötigenfalls „funda-

mentalen Opposition" behielten (S. 87). Infolgedessen bleibe die Konstellation, zumindest in Gesellschaften, die „noch nicht ganz pluralistisch verdeckt sind", instabil.

Agnoli erklärt die „Involution" für eine Tendenz; sie sei niemals endgültig durchgesetzt. Das unterscheidet seine Thesen von dem endgültigen, politisch unpraktikablen Befund des „autoritären Staats". Die damals von der Großen Koalition genährte Debatte um den Funktionsverlust oder die „Lähmung des Parlaments", um die Machtverschiebung zugunsten der Exekutive und die „Substanzentleerung der politischen Auseinandersetzung" (S. 68) lenkt nach Auffassung Agnolis von der Sache ab. Es sei zwecklos, die Teilinstitutionen des Staatsapparats nach einem sich verlagernden Machtzentrum abzusuchen. Ausschlaggebend für die Funktionstüchtigkeit des parlamentarischen Regimes sei seine Legitimation:

„Die Tendenz zur restlosen Entmachtung des legislativen Organs findet ihre Grenze an den ideologischen Erfordernissen des Regierungssystems selbst. (...)
Da ... die verfassungsmäßig vom Volke ausgehen sollende Staatsgewalt sich institutionell in der *Fiktion* der legislativen Volksvertretung äußert, würde zum Behufe der Volksentmachtung ein Parlament gar nicht dienlich sein, das lediglich als mechanische ... Registriermaschine fungiert. In der modernen, transformierten Demokratie hat das Parlament in einem erhöhten Maße für die Verbindung zwischen staatlicher Herrschaft und Volk zu sorgen — und mit Recht lautet hier die Parole: ‚Macht uns das Parlament nicht schlecht'. (...) Nur ein geachtetes Parlament verschafft den ... Herrschaftsakten (gemeint ist die Gesetzgebung, *G.L.*) moralische Autorität — und ... Volksnähe. Das ist gewiß eine Fiktion, aber auch eine sehr reale Machtfunktion." (S. 71, 77)

Darin lag die Begründung für ein langfristiges Konzept außerparlamentarischer Politik. Sie verlangte, daß sich die APO nicht etwa nur als Stellvertreterin der parlamentarischen Opposition begriff, sondern sich mit dem Selbstverständnis einer „gesellschaftlichen Opposition" gegen das Repräsentationsregime (S. 83) behauptete. Und sie forderte in der Konsequenz, daß die Protestbewegung in eine „fundamental-oppositionelle Organisation" (S. 82) zu überführen sei. Agnoli warnte vor einer „Parlamentarisierung der Linken". Deren Folgen führte er an der Transformation der SPD zu einer „Volkspartei" vor Augen.

Die Aktualität dieser Staatskritik und des aus ihr sich ergebenden Organisationsprinzips für eine radikale Opposition erweist sich an dem ausweglos scheinenden Dilemma der Grünen, in anderer Weise an der ideologischen Orientierungslosigkeit der ‚Bürgerbewegungen' und wiederum anders an der Rückbesinnung vieler Linker auf die Grundrechte als vermeintlich der Kandarre, die das Staatsungeheuer einigermaßen in der Bahn halte, einer von der Einleitung in der Wendeperiode verorteten „rechtsstaatlichen Euphorie" (S. 8), die bei dem Frankfurter APO-Kongreß zutage getreten ist und die sich seit dem Bankrott der kommunistischen Parteien in Osteuropa noch einmal verstärkt haben dürfte. — Agnoli selbst führt diesen Aktualitätsnachweis in dem genannten Nachtrag zur „Transformation der Demokratie", der den Sammelband beschließt. Diese Verteidigungsschrift ist als Reaktion auf eine sozialwissenschaftliche Tagung über den „SDS in der Nachkriegsgeschichte" entstanden, die 1985 an der FU Berlin stattfand und sich u.a. mit Agnolis Analyse des Parlamentarismus befaßte; anscheinend ist dabei sein Kritik-Ansatz in rüder akademischer Manier auf geistige Vorbilder und lebensgeschichtliche Motive zurückgeführt worden. Was Agnoli in Harnisch brachte, war der biographisch gestützte Vorwurf des Linksfaschismus. Seine Erwiderung ist scharf, hält sich aber bei der Polemik nicht lange auf und kommt auf den politischen Streitpunkt zu sprechen: das „Verhältnis der (westdeutschen) Linken zur Demokratie".

Daß er daraus eine Nachhilfestunde gemacht hat, ist ihm nicht zu verdenken. Nur meine ich, daß er sie zu schulmeisterlich vorträgt. Und er borgt ein bißchen leichtsinnig dem Gefährten Brückner, dem er übrigens ein dankbares Gedächtnis (da mich das beeindruckt und es sich im Italienischen leichter sagt: il ricordo commosso) bewahrt, psychologische Betrachtungen ab, die die eigene Argumentation, wenigstens anfänglich, verdunkeln. Denn zu Anfang seiner Erzählung führt er die Niederlage der Neuen Linken, daß sie also nicht imstande war, das parlamentarische System zu destabilisieren, darauf zurück, daß sie der „Faszination" durch den „Verfassungsstaat" erlegen sei. Was sie geblendet habe, soll einerseits der Schein des „Gemeinwesens" und die Erbschaft der „politische(n) Romantik" (S. 184) sein, andererseits die „Rationalität" der institutionellen Regelungen und die rechtliche „Formalisierung der Macht" (S. 186). Wenn mit der letzteren das Regieren nach und mit Gesetzen gemeint ist, so paßt damit das Erstere, sozusagen das innere Entgegenkommen oder, wie Agnoli sagt, die „Staatsgesinnung", die auf eine korporative Einbindung der unordentlichen Gesellschaft in den Staat hinausmöchte, schlecht zusammen und hat gewiß einen anderen und allgemeineren (von Agnoli selbst ja auch ausgemachten) Grund: nämlich die Verselbständigung der politischen Sphäre, die Ohnmachtserfahrung des sozial vereinzelten ‚Bürgers' gegenüber dem Staat und, vielleicht noch immer, das Trugbild von der staatlichen Übermacht, wenn sie nur durchgreifen wolle, über Besitzinteressen.

Überdies ist mir nicht klar, warum Agnoli in Erwägung zieht, daß Machtgelüste oder das Bedürfnis öffentlicher Geltung die Grünen zum ‚Eintritt in den Staat' bewogen haben könnten; es war ohne Zweifel das Programm einer Intervention und das Vorhaben, dem Konsortium der staatstragenden Parteien auf die Finger zu schauen. Am Ende billigt er ihnen das auch zu; ja mehr noch — womit er meines Erachtens wieder übertreibt —, er würdigt ihr oppositionelles Standvermögen und ihren Enthüllungseifer. Nur wenn er sie ernst nimmt, eignen sie sich schließlich als Studienobjekt der „Involutionstheorie". Nur unter der Voraussetzung, daß sie bemüht sind, Minderheitsinteressen zur Sprache und Geltung zu bringen, kann er an ihnen demonstrieren, was sich aus einem solchen — ohne strategische Vorklärung und historische Erinnerung eingegangenen — Engagement ergibt: die Apathisierung der Basis und „frischer Wind" im Parlament. Nur unter der Bedingung, daß sie überzeugt sind, die Verfassung ‚ein Stück weit' in die Gesetzgebung einzubringen oder gar zu realisieren, kann er ihnen vorhalten und sie vielleicht damit beeindrucken, daß sie einer Verkehrung ihrer Absichten zum Opfer gefallen sind, die er ihnen hätte voraussagen können und vorausgesagt hat, und daß sie in der Hauptsache etwas erreicht haben, worum es ihnen gewiß nicht zu tun war: den Legitimationseffekt. Statt der westdeutschen Politik die biedermännische Maske abzureißen, haben sie sie revitalisiert und, wie Agnoli formuliert, zur „Aufwertung" des Parlamentarismus beigetragen. Das Fundament ihrer Partei aber ging darüber in die Brüche; ein Teil der Basisaktivisten ist zur Verfassungsloyalität bekehrt, ein anderer hat sich aus den Initiativen von ehedem in anderweitige Konfessionen zurückgezogen.

Um die Tragweite dieser Kritik noch einmal zu beleuchten, will ich aus der Abhandlung von 1967 eine weitere Bestimmung und aus der Nachschrift von 1986 eine Parabel anführen. — Das Parlament, der Ort also, zu dem die Grünen vorgedrungen sind, sagt Agnoli, gehört zu denjenigen „symbolische(n) Einrichtungen, die über keine effektive Macht verfügen, im Machtsystem jedoch spezifische Aufgaben erfüllen — ohne die (das) Machtsystem brüchig" wird (S. 66). — Das Gleichnis, etwas frei referiert, lautet: Das Volk wird niemals in den ‚Palast' vordringen, es sei denn, um ihn zu zerstören; es wird dann aber darin nichts weiter vorfinden als den Weihrauch unverständlich gewordener Ritualhandlungen und einige Amtsdiener, die sie auch nicht mehr werden erklären können.

Gisbert Lepper

Johannes Agnoli, „Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik", ça ira-Verlag, Freiburg 1990

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

Richtig ordentliche Zementbrocken

Ein ganz normaler Londoner Student erzählt

Im März kam es in vielen Städten Großbritanniens zu heftigen Revolten gegen die Einführung der *poll tax*, der kommunalen Kopfsteuer. Im *New Statesman* erschien zu dieser Gelegenheit folgender Artikel. Verfasser ist ein 25jähriger Londoner Student, der an den poll tax riots in London beteiligt war.

Der Trouble begann in Whitehall. Wir gingen den Embankment runter, als wir ein gewaltiges Gebrüll hörten und zwischen den MOD-Gebäuden (Ministry of Defence) hindurch sahen, wie den Polizisten, die versuchten, Maggies riesige neue Sperren über Downing Street zu beschützen, Holzstücke und Flaschen entgegenflogen. Das sah weit interessanter aus als die Rückseiten zweier Polizeiwannen, die uns den langen Weg hin zum Trafalgar Square eskortierten, also liefen wir los.

Die Polizei wußte nicht, was sie tat. Ihre Pferde galoppierten herum und die unberittene Polizei drohte genauso wahrscheinlich niedergetrampelt zu werden wie wir — wir, das waren meine Mama und ihr Freund, meine Freundin und ich. Anscheinend wollte die Polizei nicht, daß Leute auf der Straße saßen, doch im nachhinein denke ich, daß sie das wohl der Reaktion vorgezogen hätte, die durch ihr hartnäckiges Leutewegschleppen verursacht wurde.

Dann sah ich etwas, das für mich ein wundervoller Anblick war. Union Jacks vor einem MOD-Gebäude wurden runtergezogen und angezündet und Feldmarschall Montgomery, einen Anti poll tax Sticker auf seiner Uniformmütze, guckte zu. Er gehörte zur Menge (er teilte sogar seinen Sockel mit uns): einer Menge, die beim Anblick von Union Jacks jubelte, die auf der Downing Street und nicht in Teheran oder Hong Kong verbrannt wurden. „Stah-zee! Stah-zee! Stah-zee!" schrien die Leute der Polizei im Sprechchor zu.

Der Trouble verpuffte so langsam, aber die entspannte Atmosphäre des Marsches war dahin. Ein gemächlicher Spaziergang in der heißen Sonne, Bands anhören und sich wundern, warum keiner mit einem guten Song über die poll tax aufkreuzte, war in Aufruhr umgeschlagen. Eine nervöse Anspannung beschleunigte jedermanns Schritte. Wir kamen an den äußeren Rand vom Trafalgar Square, um mehr Leute vorzufinden als ich jemals in meinem Leben zusammen gesehen habe, und ich habe Spurs gegen Liverpool in Wembley verlieren sehen.

Ich wollte gehen. Ich sah keinen Sinn darin, mich aufzuregen, außer Hörweite von Rednern, die ich nicht hören wollte. Der Marsch war die interessante Sache, und das war vorbei. Man sagte mir, daß Tony Benn dagewesen sei. Wenn er einen Labour Sticker trug, dann war er der einzige. Die Leute, die Socialist Worker, Next Step, Mersey Militant, Dying Marxism verkauften, verpißten sich gerade nach Hause.

Die Atmosphäre auf dem Platz erinnerte einen an Karneval, mit Samba-Bands und tanzenden Leuten in hellen Sommersachen. Leute auf den Baugerüsten spannten Spruchbänder über das Sicherheitsgestänge; es gab einen Wettbewerb, um zu sehen, wer sein Transparent am gefährlichsten Platz anbringen konnte. Ein Mann hing vom Baugerüst, 20 Meter hoch. Wo immer man hinschaute, passierte etwas, es war eine spielerische Machtdemonstration, *Trafalgar Square gehörte uns.*

In der Mitte der dichtgedrängten Menge tat sich plötzlich eine Lücke auf. Leute am Rand wollten dort nicht sein und schoben, um andere Körper zwischen sich und was immer da passierte zu bekommen. Die Polizei stürmte Whitehall hoch. Die Wucht der in Panik geratenen Leute, die in die zusammengedrängte Menge rannten, löste auf dem Platz Kämpfe mit der Polizei aus, als diese versuchte, ihre Stellung zu halten. Meine Freundin und ich liefen, um besser sehen zu können. Was wir sahen, war die normale ‚tit-on-the-head'[1]-Polizei, umzingelt und verängstigt, sie rannten mit weit offenen Augen und Mündern herum, um sich irgendwo neu zu gruppieren oder einfach zu verstecken. Es war einfach unglaublich, daß an diesem schönen sonnigen Tag Trafalgar Square unter Belagerung stand.

Wir hätten unsere Beine in den Springbrunnen baumeln lassen sollen. Stattdessen bejubelten wir jeden blutbespritzten Polizisten, der von anderen Polizisten, die der Menge nicht ihren Rücken zukehren wollten, in Sicherheit gebracht wurde. Größere, bessere Geschosse begannen zu fliegen: jetzt nicht mehr die leichten Randverstärkungen von Transparenten, sondern Steine und Flaschen. Sie begrüßten die Einsatzpolizei, die in Zweierreihen angejoggt kam. Sie sahen aus wie eine absurde Kreuzung aus Sonntagsjoggern und American Footballern in Spielanzügen, aber man hatte das Gefühl, daß sie die großen Jungs waren, mit denen man sich besser nicht anlegt. Der uniformierte Haufen rannte davon, die Einsatzpolizei stürmte heran und riß eine Lücke auf, die sie unmöglich halten konnte. Ihre Front brach auf und sie füllten das Vakuum selbst und wurden umzingelt. Sie wurden mit Stöcken, Ziegelsteinen, allem möglichen, sogar Papierbechern bombardiert.

Dann kam noch mehr Polizei in die Menge gerauscht, um sie zu retten, oder das dachten wir zumindest. Sie verstreuten uns über den ganzen Platz, rannten jedoch in eine unnachgiebige Wand von Leuten, die sich nicht rühren konnten oder wollten. Ich sah, daß sie verängstigter waren als wir: sie waren keine Kavallerie, sie rannten weg — verfolgt von einem Mob, der immer dreister wurde, als er erkannte, daß die Polizei nicht wußte, was sie tun sollte, und es selbst dann nicht konnte, wenn sie es wußte. Es gab viel zuviel aufzunehmen: Geräusche von regelrechten Feldschlachten überall, da ein Feuer. Wir waren verrückt und aufgekratzt, lachten und sprangen ständig hoch.

Sie hatten uns jetzt eingekesselt — weil wir sie ließen. Die Straße war eingedeckt mit Wurfgeschossen, Leitplanken, einzelnen Turnschuhen, einer ein Nike Air Trainer, und irgendwo in dem Schutt die Sonnenbrille meiner Freundin. Ich sah mich unter den Leuten um: die meisten jung, Arbeiterklasse, studentisch, die meisten in Jeans, T-Shirts, Turnschuhen. Es gab so viele Frauen wie Männer, da der Marsch ursprünglich gewaltfrei sein sollte, und eine Menge Pärchen schmusten und küßten sich und lachten, „Schau, was wir getan haben!"

Einige Leute waren ärmlich gekleidet und sahen schlechter ernährt aus als ihre Mischlingsköter, einige trugen die Uniform- und Ledersachen, die den Medien *Anarchist!* signalisieren. Die große Masse jedoch, immer noch mehrere tausend, war ein überwiegend *normal aussehender* Haufen von Leuten, und ich hoffe nur, daß sie Marxisten und Anarchisten waren, denn wenn, dann gibt es sie in jeder gesellschaftlichen Schicht Englands. Jedes Heim hat einen.

Die Front zwischen Polizei und Menge war unangenehm ruhig. Sie drängten uns zurück auf den Platz. Das Gerücht verbreitete sich, daß das Südafrika-Haus in Flammen stünde. Ich hatte seit acht Uhr morgens nicht gegessen und fühlte mich — zum ersten Mal an diesem Tag — hungrig. Meine Freundin machte nachhause-gehen-Geräusche. Also machten wir uns auf unseren Weg zur Charing Cross Road, an der Polizei vorbei, die das Südafrika Haus bewachte. Leute standen Nase an Nase mit ihnen, bespuckten und beleidigten sie. „Du beschissener Blödmann (You fuckin' moron)", sagte eine Frau. „Warum bewegen sich deine Lippen nich, wennde sprichst? Freud hätt da wohl was drüber zu sagen." „Sein Mundwerk ist schneller als sein Hirn", sagte jemand anderes. Ein verletzter berittener Polizist klammerte sich an den Hals seines Pferdes. „Schade dassas Arsch nich tot is (Shame the cunt ain't

dead)", sagten welche. Die Polizisten hatten die Nase voll, sie wandten nicht mal mehr die immergleichen höhnischen Randbemerkungen an, die sie normalerweise benutzen, als wären sie aus dem *Hendon manual* (Dienstvorschrift).

Die Polizei schien unsinnig vorzugehen. Wenn die Menge den Platz verlassen wollte, versuchte sie, sie aufzuhalten. Wenn sie auf den Platz wollte, versuchte die Polizei, sie aufzuhalten. Leute, die sich garantiert noch nie getraut hatten, einem Bullen in die Augen zu schauen, schrieen ihnen nun wüste Beschimpfungen zu. Die meisten Leute hatten noch nie Polizei angreifen sehen, doch sie nahmen jeden Angriff gelassener hin. Anstatt zu fliehen, wichen die Leute seitwärts aus und hinterliefen die Polizeiangriffe. Dort konnten sie handliche Wurfgeschosse aus dem an der vorherigen Stellung der Polizei liegengebliebenen Schutt aufheben, um sie wieder zu bewerfen, wenn sie zurückstürmte.

Wir bewegten uns die Straße hoch. Die Gewalt schien uns überall hin zu verfolgen. Fußgängerinseln wurden aufgerissen und richtig ordentliche Zementbrocken auf die Polizei in den Spielanzügen geworfen. Plötzlich hatte ich einen Stein in der Hand. Mit dem ersten zielte ich auf eine Gruppe von Polizisten. Ich sah ihn von einem Schild abprallen. Mein zweiter Stein war genauer auf ihre Frontlinie gezielt. Er wurde wiederum gut abgewehrt. Ich sah einen Stein gegen das Visier eines Polizisten schlagen und er blinzelte nicht mal. Die Polizisten schützten sich vor den runterregnenden Wurfgeschossen, doch ihre Beine und Unterleiber blieben ungeschützt.

Die Polizei stand unter Belagerung. Hin und wieder ging ein Polizist in die Knie und die Menge brüllte. Ich konnte nicht glauben, was wir taten, Fenster wurden eingeschlagen, Polizeiangriffe umlaufen, und die ganze Zeit schrie die Polizei „Auf den Bürgersteig!". Der Mumm einiger Leute war verblüffend. Ein Mann in Jeans ging zur Polizeifront hin, hob ein paar Steine auf, schritt zurück und warf auf die Knie des Polizisten, der das Kommando zu haben schien. Ein anderer packte einen Besen und machte eine Schau daraus, keine zwei Meter von der Polizei entfernt den Schutt wegzufegen. Paare von Männern sprinteten mit Mülleimern los, schleuderten sie und schlenderten zurück, um das gleiche nochmal zu tun. Eine Frau stand drei Meter entfernt, warf Steine und lachte. Wir lachten auch. Ich war überhaupt nicht mehr hungrig. Ich wollte nicht, daß das aufhörte.

Die Menge war weggetreten, irres Lächeln überall. Sowas hatte ich noch nie erlebt. Kraft durchströmte mich. Ich war jenseits jeglicher Ordnung, die die Polizei auferlegen konnte, sie würden angreifen und ich vielleicht laufen, aber ich würde wiederkommen. Die Menge schien anzuschwellen. Es kam mir verdammt wie eine Revolution vor (It felt like a bloody revolution). Doch die ganze Zeit wechselten die Ampeln wie gewöhnlich: *rot, gelb, grün.* Leute standen Schlange, um Kebabs an einem Stand zu kaufen und Cokes und 99s an einem Eiswagen. Und nebenan war ein Aufruhr im Gange. Ein Mülleimer prallte von einem Fenster der Barclays Bank ab. Das große Fenster brach ein und ich sprang hinein und entwurzelte einen Gummibaum im Schaufenster. Ich war überrascht, daß er echt war und nicht aus Plastik. Er war meine Trophäe und ich schwenkte ihn herum.

Die Leute hüpften und tanzten herum. Dann startete die Polizei ihren bis dahin heftigsten Angriff. Wir stürzten in einen Eingang. Es müssen 20 von uns in diesen Eingang hineingestopft gewesen sein und ich kauerte hinter meiner Pflanze, als die Polizei uns mit ihren Knüppeln eindeckte. Ich hatte zum ersten Mal Angst. Sie achteten kaum darauf, wen sie schlugen. Dann rief jemand „Hier sind Kinder drin!", und sie hörten sofort auf. Ich war von ihrer Zurückhaltung überrascht. Aber vielleicht hatten sie auch gemerkt, daß ihre Kameraden weitergezogen waren.

Es war zu diesem Zeitpunkt ein Aufruhr, bei dem ziemlich genau unterschieden wurde: es traf Banken, Fast-Food-Restaurants, Spielsalons, Clubs, Autoausstellungsräume. Geschäfte mit Leuten drin wurden verschont. Ein Polizeiauto wurde von einer Dose mit roter Farbe getroffen. Dann vermischten sich Touristen und Samstagabend-Spaziergänger und opportunistische Gruppen junger Schwarzer mit uns, die nichts mit dem Marsch zu tun gehabt hatten und nun die Gelegenheit ausnutzten. Aber wir wußten, wer wer war, man brauchte nur in die Gesichter zu schauen: die Demonstranten hatten irre, weit aufgerissene Augen, aufgeputscht durch Adrenalin und Erfolg.

Der Marsch-plus-Aufruhr breitete sich auf das West End aus. Wir waren 4000, gefolgt von etwa 20 Polizisten. Wir ließen sie tun, was sie wollten, außer jemanden festnehmen. Sie packten eine junge Frau und waren schnell von Leuten umzingelt, die „Laßt sie gehen!" riefen, und das taten sie auch. Ihre Uniformen waren staubig und zerfetzt, sie waren geschlagen.

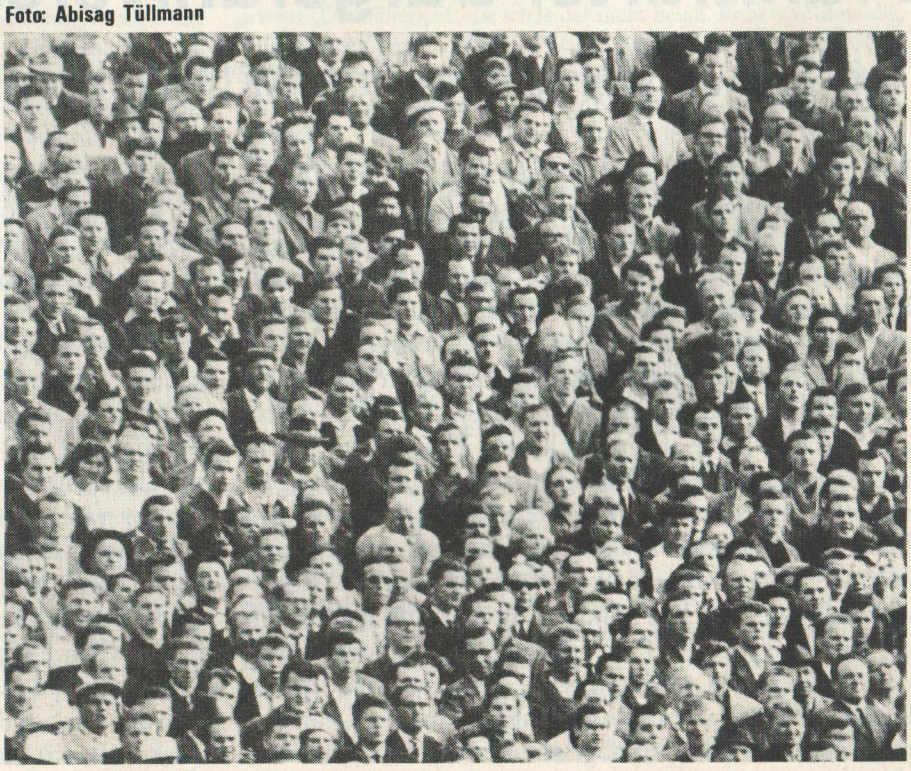
Diesen Aufruhr als politisch motiviert oder organisiert, oder als „kriminell" abzutun, geht meilenweit am Ziel vorbei. Solange es so gesehen wird, braucht sich die Polizei nicht damit auseinanderzusetzen, daß man ihr mißtraut und sie haßt. Es ging nicht mal um die poll tax — das war nur der Anlaß. Es war ein Aufruhr junger Leute, ein spontaner Ausbruch von Leuten aus dem ganzen Land, das machte es so toll. Ich tat, was ich tat, weil ich konnte.

Was passierte, war mehr das Ergebnis mangelnder politischer Führung. Die Leute erkannten, daß sie nicht alleine waren und entdeckten, wie vereinzelt und verärgert und unzufrieden sie waren. Und diese Gefühle manifestierten sich in roher Gewalt. Wie kann man Zielgerichtetheit und Disziplin von Leuten erwarten, die nie ein Ziel hatten. Ich fürchte, daß es eine einmalige Sache war, da Labour den Protest genauso hirnlos verurteilt wie die Tories. Wir können von ihnen keine intelligente Analyse oder Richtungsweisung erwarten. Wir sind nach Hause zurückgegangen und wissen, daß wir etwas Großes getan haben, wissen jedoch nicht, wohin wir als nächstes gehen sollen.

Aus dem Englischen von
Raimund Burghardt

1 Helm der englischen Polizei

Foto: Abisag Tüllmann



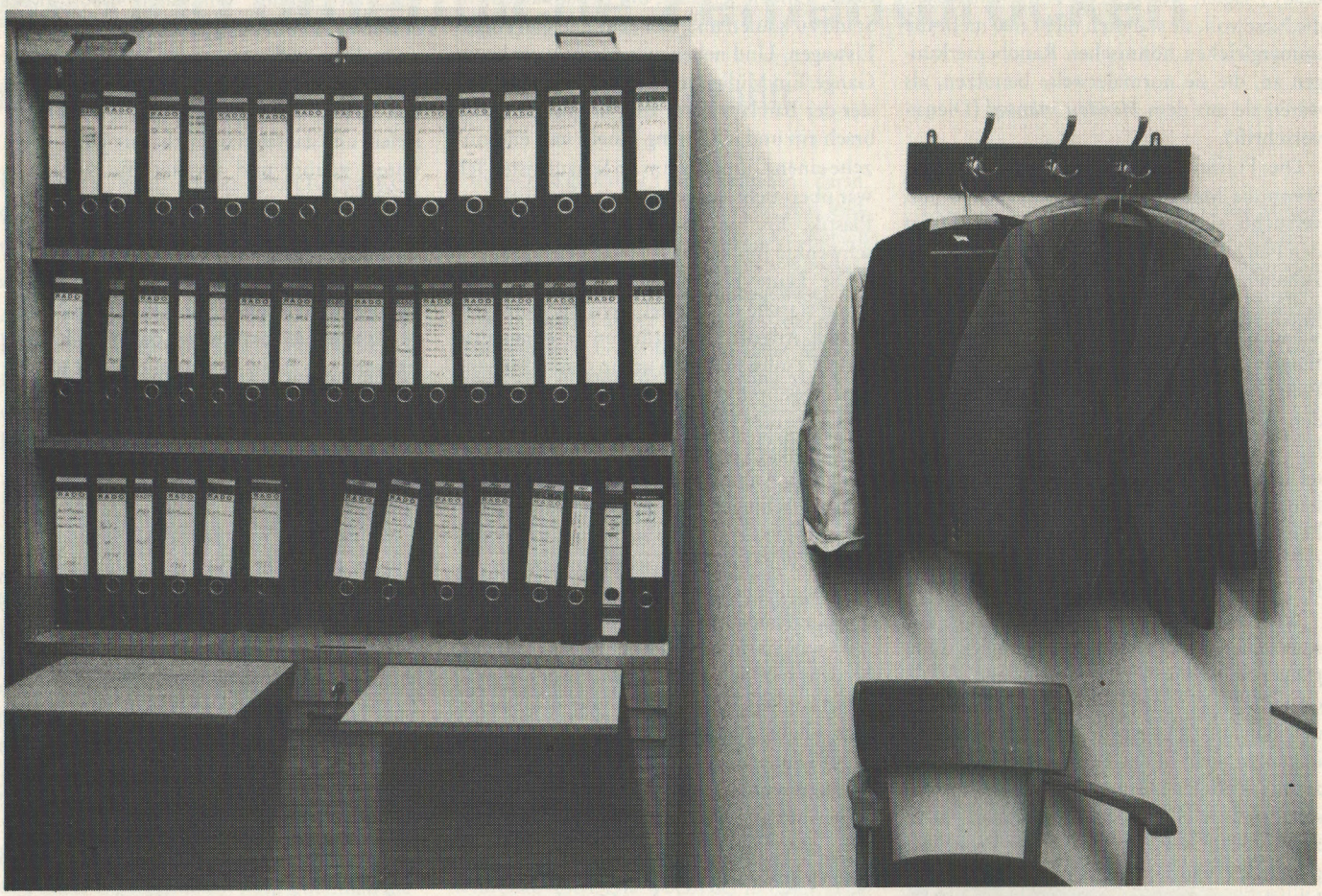


Foto: Abisag Tüllmann

Ein Heldenlied auf die Frankfurter Bürgeruniversität

Teil 2: Aus Hammersteins Aktenschrank

In unserer vorletzten Ausgabe veröffentlichten wir eine Kritik an der neuesten Universitätsgeschichtsschreibung, in der der Haushistoriker Hammerstein den Hausgeist ‚solide Wissenschaft' durch die Jahre 1933-45 hindurch beschwört — und hießen ihre Betreiber auch Joseph Mengele. Unser Autor bemängelte die Behauptung, der Nationalsozialismus sei gewissermaßen von außen in die Universität eingedrungen, die braunen Männchen in der Studentenschaft — die ansonsten keinen Platz fand in Hammersteins 800seitigem Werk — zu suchen. Der SS-Rang eines Professors sei nicht etwa Zeichen dafür, daß dieser Anhänger des Nationalsozialismus gewesen sei, sondern eine besonders ausgeklügelte Form von Widerstand. Kontinuitätslinien zwischen völkisch-elitären Auffassungen in der Germanistik vor 1933 zum Beispiel und dem nationalsozialistischen Gedankengut, das daran nahtlos anknüpfen konnte, wenn es nicht daraus entsprang, von den personellen einmal ganz abgesehen, vermochte Hammerstein nicht zu entdecken. So war für ihn die Entfernung der jüdischen Professoren aus dem Hochschuldienst, die auch einen Großteil der linken Intelligenz ausmachten, eher eine lästige Begleiterscheinung, die die Substanz der Universität nicht ernstlich gefährden konnte. Resümierend brachte der Geschichtsschreiber das Kuriosum zustande, Nazifunktionäre letztlich als Leidtragende erscheinen zu lassen.

Ist der öffentliche Aufschrei ausgeblieben — an ‚unserer' Universität lehrt bekanntermaßen sogar ein Professor, der weiland 1986 den sogenannten Historikerstreit entfachte; man hätte also etwas Empörung durchaus erwarten können —, so scheint es nun, daß es in dieser Institution verborgene Kanäle gibt, die ihrer Wirksamkeit nicht entbehren. Hammersteins Historiengemälde reicht nur bis 1950, der Rest steht noch aus, und dies ließ uns nach der Vorlage des ersten Teils Schlimmstes befürchten. Doch jetzt, um den Schaden zu begrenzen, entschloß sich

der Haushistoriker, sein Konzept zu ändern, auf wissenschaftlichem Gebiet (hier: der Geschichtswissenschaft) die Fortschritte des 20. Jahrhunderts zumindest ansatzweise zu berücksichtigen.

Ein laues Lüftchen oral-history weht in Hammersteins staubige Stube, ein wenig Geschichtsschreibung ‚von unten' soll die Scharte der ‚Heldengeschichte' auswetzen helfen. Hammerstein bot uns den Vorabdruck einer seiner Quellen an, auf die er seine Fortsetzung gründen möchte. Zum Zeichen unseres und seines guten Willens wollen wir diese gekürzt veröffentlichen unter dem Titel: Aus Hammersteins Aktenschrank. (Orthographische Eigenheiten haben wir unverändert übernommen.)

Schade nur, daß die Studenten wieder nur als Objekte vorkommen, aber wir hoffen, daß sich auch dies noch ändern wird. Zeit dazu ist genug, die 100-Jahrfeier findet erst in 24 Jahren statt.

Der Zufall brachte mich 1963 hierher, als ich mich beim Arbeitsamt um eine Nebenbeschäftigung als Rentner bewarb. Im Juni 1963 vermittelte mich das Arbeitsamt an das Deutsche Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. Ich wurde beim damaligen geschäftsführenden Direktor, Prof. von See, als Seminarwache halbtags eingestellt. Sein Assistent Dr. Richert machte mich mit meinen zukünftigen Aufgaben bekannt. Gleichzeitig wurde noch ein zweiter Rentner, mein erster Kollege Herr Rohr, eingestellt, mit dem es bei der Dienstzeiteinteilung zu einer Meinungsdifferenz kam. Rohr wollte nur vormittags Dienst machen, weil er nachmittags Schülern Klavierunterricht gäbe. Als er seinen Beruf als ‚Malermeister' nannte, konnte man ihm diese ‚faule' Ausrede nicht recht glauben. Wir einigten uns auf eine 14-tägige Ablösung. Die Dienstzeit betrug in den ersten zehn Jahren ca. 10 Stunden am Tag, von 9-19 Uhr. Die Überstunden wurden in den Sommersemesterferien abgefeiert.

Die Aufgaben der Seminarwache bestehen in der Buchkontrolle und der Aushändigung der Seminarscheine über die Teilnahme an Lehrveranstaltungen. In den ersten Dienstjahren kam noch die Ausgabe von ‚Paper' über Unterrichtsthemen gegen eine Gebühr von 5 Pf hinzu. Später hat das Sekretariat dies übernommen. Die Buchkontrolle sollte verhüten, daß die Bibliotheksbücher ‚geklaut', d.h. ohne Ausleihschein aus der Bibliothek von den Studenten mitgenommen werden. Diese Kontrolle war in den Jahren von 1963-1969 besonders schwierig: Die Bibliothek war auf vier verschiedene kleine Räume und auf den Gang im I. Stock verteilt. Da diese Räume nicht einzeln überwacht werden konnten, wurde die Seminarwache neben dem einzigen Eingang im zweiten Stock aufgebaut. Über diesen Eingang wickelte sich der ganze Seminarbetrieb ab. Um 9 Uhr öffnete die Wache das Seminar. Nur das Lehrpersonal, die Bibliothekarin und die Sekretärin hatten noch Schlüssel zum Betreten des Seminars. Dem Eingang gegenüber befanden sich Regale für die Ablage von Kollegmappen, sowie Kleiderhaken für die Mäntel. Für den Aufenthalt im Seminar galten strenge Vorschriften. Jeder Germanist mußte sich zum Semesteranfang eine Seminarkarte besorgen, die er beim Betreten des Seminars der Wache vorzuzeigen hatte. Dann konnte er passieren. Mappen und Mäntel mußten auf den Regalen abgelegt werden. Ich mußte besonders im Winter alle Überredungskunst bei manchen Studentinnen aufbringen, damit sie diesen Anordnungen nachkamen. Ich hatte viel Verständnis für ihre Einwände, ohne Mappen ihre vielfältigen Utensilien, wie Schreibmaterial, eigene Bücher, Geldbörse und Toilettensachen, auf bloßen Händen balanzieren zu müssen. Um diesem Übel abzuhelfen, setzte ich mich bei der Geschäftsführung dafür ein, daß die Damen kleinere Handtäschchen mitnehmen durften. Nach längeren Bemühungen wurde es stillschweigend genehmigt. Ich war immer bemüht, Erleichterungen für die Bibliotheksbesucher zu schaffen. Im Umgang mit Studentinnen und Studenten erwarb ich mir ihre Sympathie durch mein väterlich-freundschaftliches Verhalten und meine persönliche Anrede mit dem vertraulichen ‚Du' als Zeichen gegenseitigen Verständnisses und persönlichen Vertrauens.

Bei einem Massenandrang zu den Seminaren kam man mit der Kontrolle oft in Schwierigkeiten, um gleichzeitig Buchausgaben und Personenkontrolle zu bewältigen. Nachdem ich im ersten Jahr die Situation überblicken konnte, wurde mir bewußt, daß die Kontrolle erheblich vereinfacht werden müßte. Ich wurde bei dem geschäftsführenden Direktor vorstellig und machte den Vorschlag, die Bibliothek in einem große Raum zusammenzulegen.

In den ersten drei Jahren mußte ich mit den Schwierigkeiten auf meine Weise fertig werden. So hatte ich am Anfang besonders im Winter meine Probleme mit der Ablage. Die Haken reichten nicht aus. Mehrere Mäntel wurden übereinander ‚geknäult'. War ein Seminar aus, strömte die Masse zu den Regalen und Kleiderhaken. Es gab oft ein Gedränge und Verwechslungen mit den Mänteln. Kamen mehrere Studenten und Studentinnen zu den Veranstaltungen zu spät, rannten sie an der Wache mit Mappe und Mantel vorbei, während ich gerade mit der Ausgabe von Büchern am Apparatschrank beschäftigt war. Dann kamen die Beschwerden: „Herr Jacobs, unten im I. Stock habe ich Studenten mit Mappe und Mantel angetroffen." etc. Peinlich, peinlich . . . Ich wurde daraufhin manchmal sauer und reagierte entsprechend. Ich verwies bei dem jeweiligen Beschwerdesteller auf meine wiederholte Anregung, sämtiche Bibliotheksbücher in einem großen Raum unterzubringen. Dann wären alle Probleme mit der Ablage von Mappen und Mänteln gelöst. Außerdem könnten sämtliche Eingangstüren ohne Kontrolle geöffnet werden. Die Studenten könnten die jeweiligen Zimmer der Veranstaltungen direkt aufsuchen. Die Ablage von Mappen und Mäntel würde erheblich einfacher sein, weil diese dann nur noch vor der Bibliothek abgelegt werden müßten.

1968 wurde dann mit der Bibliothekarin Frl. Prügel die Bibliothek im Raum 215 eingerichtet, der vorher als Seminarraum benutzt wurde.

Von 1963-1970 war Frau Winkel als Sekretärin im Seminar tätig. Ich verstand mich ganz gut mit ihr. Sie fühlte sich uns Seminarwächtern gegenüber manchmal als Vorgesetzte, wobei sie mir sogenannte Verhaltensmaßregeln inbezug auf Kontrolle erteilte. So stand sie am Anfang auch meinem Vorschlag passiv gegenüber. Mein Kollege Rohr bewarb sich besonders um ihre Gunst, indem er kleine Bilder, Vögel, malte und ihr schenkte. Dieses Talent konnte ich leider nicht aufweisen. Ich versuchte mit meinem Kollegen gut auszukommen. Dazu gehörte eine gewisse ‚Dickfälligkeit', die ich leider nicht besaß. Rohr war of neidig, weil ich einen besseren Kontakt zu allen hatte. Aber ich mied größere Differenzen mit ihm. In den Jahren 1963-1968 verlief der Semesterbetrieb in ruhigen Bahnen. Im Gang des II. Stocks, wo sich die Sprechzimmer der Professoren und das Sekretariat befanden, herrschte ständig ein lebhafter Verkehr. An den Tischen bei den Fenstern wurde teils gearbeitet, teils diskutiert. Auf dem Gang bildeten sich Gruppen von Studentinnen und Studenten. Man lernte sich dabei näher kennen, auch ‚zarte Bande' wurden geknüpft.

Die Geselligkeit wurde gepflegt, indem noch in den Jahren 1967/68 Kostümfeste und Faschingsbälle in den Seminarräumen veranstaltet wurden. Ich konnte mich dabei aktiv beteiligen, indem ich mit Herrn Dr. Schlosser die Anlieferung der alkoholischen Getränke organisierte. Eine Tanzkapelle sorgte für flotte Unterhaltung. Studenten und Studentinnen beteiligten sich an der Ausschmückung und Gestaltung der Kostümbälle.

Damals war Frau Schäfer noch Bibliothekarin und Herr Rohr mein Arbeitskollege. Frau Schäfer verließ 1965 das Seminar. Frl. Brügel nahm ihre Stelle ein. Auch mein Kollege Rohr verließ 1966 das Seminar. Er kündigte plötzlich und kam von seinem Sommerurlaub nicht mehr in das Seminar zurück. An dessen Stelle kam mein Kollege Katzenbach. Dr. Schlosser bat mich, für das plötzliche Ausscheiden von Rohr einen Ersatzmann zu besorgen, damit der Posten sofort neu besetzt werden konnte und ich im Dienst ordnungsmäßig abgelöst wurde. Katzenbach war leider kein vollwertiger Ersatz, er war schwerhörig und den Anforderungen nicht gewachsen. Er hat kaum drei Jahre

durchgehalten. 1970 schied er aus und ich mußte für den dritten Seminarwächter sorgen. Ich fand in Herrn Köhlinger einen sympathischen Kollegen, mit dem ich gut harmonierte.

In den Jahren 1970-73 bediente ich noch das Photokopiergerät, nachdem die Sekretärin Frau Winkel weggegangen war. Sie hatte es vorher bedient.

Der Arbeitsplatz im Gang war leider nicht angenehm, weil wir ständig der Zugluft bei offenem Fenster etc. ausgesetzt waren, im Sommer bei großer Hitze zu heiß, im Herbst und Winter oft zu kalt. Diese Zugluft machte meinem Kollegen Köhlinger unangenehm zu schaffen. Ein Nierenleiden zwang auch ihn frühzeitig, 1975, auszuscheiden. Zum vierten mal auf Suche nach einem neuen Seminarwächter hatte ich leider einen Rentner gefunden, der sich im Dienst allzu oft krank meldete. Nach einem Jahr schied er aus. Dann wurde dieser Posten nicht mehr von einem Rentner besetzt. So bleibe ich bis Ende 1983 der einzige Rentner, der 20 Jahre als Seminarwächter hier tätig sein wird.

Ab 1968 begann am Seminar, wie auch an den anderen Fakultäten die politisch unruhige Zeit. Es bildeten sich damals verschiedene linke Gruppierungen, wie ‚Rote Zelle', ‚Spartakusbund' etc. Die Wände im Gang wurden mit Parolen bemalt, die Studierenden wurden zu den Vollversammlungen aufgerufen, wo in endlosen Debatten beraten wurde, wie das große Problem der Studienordnung gelöst werden sollte. Ich selbst konnte den revolutionären Drang der Studenten für die Veränderung der bisherigen Formen des Studiums verstehen, nach dem Motto ‚alte Zöpfe' abschneiden und dem Fortschritt auch in der Wissenschaft und Lehre seinen Lauf zu lassen. Ich hatte nur darauf zu achten, daß die Bibliothek in der Hektik des Geschehens bei Streiks und Protesten keinen Schaden nahm. Ich kannte die Sprecher der einzelnen politischen Gruppen und verständigte mich mit ihnen, daß Boykottierungen von Seminaren, Proteste und Streiks keine nachhaltigen Auswirkungen auf die Bibliothek hatten. Im allgemeinen verlief der Semesterbetrieb mit wenigen Ausnahmen normal. Plakatierungen und Bemalen der Wände mit Propaganda, sowie eine Papierflut von den einzelnen Gruppen prägten damals den revolutionären Geist der Studentenschaft. Unter anderem war damals das Seminar von Prof. Brackert in der Jügelstraße 13 vom Studentenstreik betroffen. In meinem Roman ‚Mord im Deutschen Seminar' habe ich davon erzählt.

Inzwischen waren schon 10 Jahre vergangen und ich feierte 1973 mein 10-jähriges Dienstjubiläum. Frau Ilka Werner war 1970 als Bibliothekarin gekommen. Ich mußte mich im ersten Jahre ihrer Tätigkeit mit ihr sozusagen ‚zusammenraufen', weil ich manchmal mit ihrer Verhaltensweise nicht einverstanden war. Sie verwickelte sich öfter in Widersprüche bei ihren Anordnungen als Bibliothekarin. Aber bald entwickelte sich zwischen uns ein harmonisches Arbeitsverhältnis. Frau Werner organisierte mit der Sekretärin mein 10-jähriges Dienstjubiläum. Professoren, Assistenten und Studenten nahmen an dieser kleinen Feier teil. Man überreichte mir einen Zinnkrug und einen Blumenstrauß. Der Nachmittag verlief in gemütlicher Runde bei Wein und Brezen. Ich verteilte mein dazu geschriebenes Gedicht: ‚Rückblick 1963-1973' unter den anwesenden Gästen. Prof. Karnein hielt die Festansprache. Ich freute mich sehr über diese Ehrung. Es war mir ein Beweis, wie sehr ich mit dem Deutschen Seminar verwachsen war und dort Freunde gewonnen hatte.

1975 entschloß ich mich, über meine Erlebnisse als Seminarwächter ein Buch zu schreiben. Studenten und Professoren beredeten mich, meine Erinnerungen schriftlich niederzulegen. Nach längeren Überlegungen, weil mir eine trockene Erzählung für die Interessenten zu langweilig vorgekommen wäre, kam ich zu dem Entschluß, einen Schlüsselroman als Kriminalfall zu schreiben, worin Professoren, Studentinnen und Studenten mitwirken sollten, die während dieser Zeit im Seminar lehrten, bzw. studierten. Ich glaube, daß mir dieser Roman gut gelungen ist.

Da ich von Natur aus ein froher und geselliger Mensch bin, habe ich hier meine persönlichen Feste gefeiert, wie sie fielen. Diese Feiern fanden stets Anklang bei Professoren, Belegschaft und Germanisten. Alle folgten meiner Einladung, und gemeinsam mit der Sekretärin und der Bibliothekarin wurde eine kleine Feier in der Bibliothek ausgerichtet.

Der Seminarbetrieb verlief im ruhigen Rhythmus des Jahres ohne hervorstechende Ereignisse. Es gab keine revolutionären Stimmungen mehr wie von 1969-73. Mit der Studienordnung hatte sich das Lehrpersonal und die Studentenschaft abgefunden. Als meine 15 Dienstjahre zusammengekommen waren, gab es wieder einmal Grund zu feiern. Das Sekretariat und die Bibliothekarin übernahmen wieder die Organisation. Prof. Brackert verstand, es in seiner humorvollen Ansprache über meine Tätigkeit als Seminarwächter, Weinkenner und Autor die anwesenden Gäste zu erheitern. Bei rheingauer Wein kam sofort eine fröhliche Stimmung auf. Man überraschte mich mit einem Geschenk aus ca. 30 Weingläsern mit eingravierten Namen der Spender.

Im gleichmäßigen Verlauf des Semesterbetriebes sorgten meine diversen Feiern für eine angenehme Abwechslung. Ich hatte mich im Laufe der Jahre mit den jüngeren Professoren angefreundet, die bei meinem Eintritt teilweise noch studierten. So durfte ich mich allgemeiner Beliebtheit erfreuen. Ich war stets bemüht, meiner Arbeitspflicht vollauf zu genügen. Ich hatte oft dabei einen schweren Stand. Acht Jahre vor meiner Tätigkeit am Seminar, war meine Frau an der Multiple Sklerose erkrankt und zu 80 % gelähmt. Ich pflegte sie allein und mußte meine Arbeitszeit entsprechend einteilen. Am Anfang konnte ich noch vormittags Dienst tun. Dann konnte ich nur noch nachmittags kommen. Mein Kollege Köhlinger war mir mit dieser Diensteinteilung entgegengekommen, worüber ich sehr froh war. Im Juli 1976 verstarb meine Frau. Jetzt konnte ich meinen Dienst nach den Wünschen der übrigen Seminarwächter einrichten.

18 Jahre lang befand sich mein Arbeitsplatz im Gang, seit zwei Jahren nehme ich meinen Arbeitsplatz in der Bibliothek ein. Hier habe ich die Übersicht über die Besucher der Bibliothek. In den vergangenen Jahren herrschte öfter eine Unordnung unter den Büchern, die nach der Benutzung oft auf den Tischen liegen blieben und nicht in die Regale zurückgestellt wurden. Der Besuch der Bibliothek konnte hier besser kontrolliert werden. Diese Misere wurde behoben. Um die Ruhe nicht zu stören, übe ich meine Kontrolle entsprechend leise aus und überwache die Bücherei ohne ständigen Kontrollgang durch den Bibliotheksraum. Dadurch störe ich die Anwesenden nicht. Die Ablage vor meinem Arbeitstisch dient mir gleichzeitig zur Buchkontrolle. Ich bemühe mich, die Bibliothek vor Verlusten zu bewahren.

Während meiner Dienstzeit beschäftige ich mich auch mit Bücher schreiben, wie schon erwähnt. Im hohen Alter betreibt man auch Ahnenforschung. Meine Neugierde verführte mich, in den Bänden ‚Neuere Deutsche Biographie', die in den Regalen hinter meinem Arbeitstisch stehen, nachzuforschen: So fand ich heraus, daß ein Johann Jacobs, geb. 6.5.1721 in meinem Heimatort Ensheim, gest. 1800 in Bamberg, ein großer Mathematiker und Meteorologe war. Er war Jesuit und ein Urgroßonkel von mir. Er lehrte nach seinem Studium in Würzburg und Mainz als Professor in Fulda, Würzburg und Bamberg an den dortigen Universitäten und schrieb wissenschaftliche Bücher, nachzulesen in der ‚Neueren Deutschen Biographie'. Ich vermute, daß ich erheblich vorbelastet bin, daß es mich im Alter noch einmal an den Ort wissenschaftlicher Auseinandersetzung geführt hat und sei es nur als Seminarwächter am Deutschen Seminar. Andererseits hat ein Enkel von mir seine Promotion zum Dr. phil. mit sehr gut abgeschlossen. Die Erbmassen vergangener Jahrhunderte lassen sich also bei den Nachkommen nachweisen.

Zum Abschluß meines Berichtes habe ich einen ‚frommen' Wunsch an alle Studenten und Studentinnen, mit denen ich im Laufe der 20 Jahre hier in Berührung gekommen bin: Da mir klar ist, daß im Laufe meiner Dienstzeit nicht alle, ob entliehene oder ohne Entleihschein mitgenommene Bücher, die heimlich, still und gut verborgen die Seminarwache passierten, wieder zurückgekommen sind, bitte ich alle, diese Bücher der Seminarbibliothek wieder einzuverleiben. Diese Bücher wollen wieder in der Gemeinschaft der 42 000 Exemplare zurückkehren, statt vergessen in einer trostlosen Ecke zu verkommen. Heimlich, leise, wie sie gegangen wurden, könnten sie ebenso zurückkommen.

Ich werde später öfter nachfragen!

Wir werden dafür bezahlen müssen

Mexikanische Intellektuelle diskutieren über Sozialismus und Kommunismus

Wenn in México linke Wissenschaftler zu einem Gespräch über den Sozialismus in der Krise zusammenfinden und diese Auseinandersetzung auch über die Medien verbreiten lassen, dann steht hinter diesem Bemühen ganz offensichtlich ein politisch-praktisches Ansinnen. Vor dem Hintergrund der mexikanischen Verhältnisse des Jahres 1990 lassen sich die scharfe Kritik an bürokratischer Planwirtschaft und die vehemente Forderung nach wirklicher Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch als Demaskierung der gegenwärtigen Regierungspolitik des Landes lesen. Die mexikanische Einheitspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) hat sich in den vergangenen fünfeinhalb Jahrzehnten von der legendären Politik der Verstaatlichung der gesamten Erdölindustrie am vielzitierten 18. März des Jahres 1938 unter dem Präsidenten Lázaro Cardenas weit entfernt: Unter dem neuen Präsidenten und Harvard-Studenten Carlos Salinas de Gortari erfährt sie eine neue politische Ausrichtung, die mit immer weitergehenderen Gesetzesvorlagen das ausgebrannte Land der großindustriellen Ausbeutung durch internationale Konzerne preisgibt. Eine groteske Formen annehmende Bürokratie tut ein übriges, den Verelendungsprozeß großer Bevölkerungsteile zu beschleunigen. Eine politische Opposition ist nur in engen Grenzen möglich, die Repression zum Kennzeichen der Regierung Salinas geworden. Kritische Politiker und Journalisten sterben regelmäßig eines unnatürlichen Todes. Die uneingeschränkt positive Bewertung Gorbatschowscher Errungenschaften wie „Glasnost und Redefreiheit" wird vor diesem Erfahrungshintergrund schnell verständlich.

Verblüffen mag im ersten Augenblick auch der permanente Rekurs linker Intellektueller und Politiker auf die reformistisch anmutenden Forderungen nach Demokratie und Pluralismus. Innerhalb der Traditionen lateinamerikanischer Linker, geprägt durch Repression in fast allen Ländern des Kontinentes zu fast allen Zeiten der vergangenen 500 kolonialen Jahre, werden diese Begriffe durchweg

im Sinne sozialistischer Umgestaltung aufgefaßt und inhaltlich — wie auch in diesem Gespräch — gegen den ideologisierten Kampfbegriff der Demokratie durch die verschiedensten US-Regierungen abgegrenzt. Die gewalttätige Vorherrschaft der USA auf dem gesamten Kontinent bedingt diese Wendung, wie auch die sich aufdrängende Erkenntnis, daß das Überleben nationaler Revolutionen kaum zu gewährleisten sei.

Auf dieser zweiten Ebene des Gespräches fließen lateinamerikanische Erfahrungen der Unterdrückung durch Hegemonialmächte, die sich instrumentalisierter Machteliten zum Erhalt der Herrschaft bedienen, ein, deren Wurzeln fast fünf Jahrhunderte zurückreichen. Diese Erfahrung nährt die Aversionen gegen die sich von der Bevölkerung zusehends separierenden Interessengruppen, ganz gleich welcher politischen Ausrichtung. Nationalistisch motivierte Umbrüche, wie die in Osteuropa, kritisieren die mexikanischen Intellektuellen kaum. Zu stark ist das Motiv nationaler Befreiung und der gleichzeitigen Abgrenzung von der Übermacht USA mit emanzipatorischem Gehalt gefüllt. Viele Befreiungsorganisationen des Kontinents, wie aber auch der südafrikanische ANC, definieren sich durchaus als nationalistische Bewegungen.

So fließen in der Diskussion über die Zukunft des Sozialismus eine Vielzahl von historischen Motiven ein, welche für die politische Identität der Linken Lateinamerikas konstitutiv sind. Vor diesem Hintergrund gilt es, die formulierten Thesen einzuordnen.

In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres wurden in dem TV-Programm der mexikanischen Zeitschrift „nexos" zwei Programme über die Krise im Osten Europas ausgestrahlt. Im März dieses Jahres publizierte die Zeitschrift einen Mitschnitt der Diskussionen, an denen Rolando CORDERA, Redaktionsmitglied und TV-Verantwortlicher bei „nexos", Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ, Autor zahlreicher Bücher zur politischen Philosophie und der Theorie des Sozialismus, emeritierter Professor der Autonomen Nationaluniversität Méxicos (UNAM), Djuka JULIUS, Leiter der Auslandsredaktion der großen bürgerlichen Tageszeitung ‚Excelsior', Luis SALAZAR, ehemaliger Professor an der UNAM und augenblicklich am Philosophischen Forschungsinstitut der Universität beschäftigt, Eduardo MONTES, seit vielen Jahren in der politischen Linken Méxicos aktiv, Herausgeber der Zeitschrift ‚Sozialismus' und Mitarbeiter der linken Tageszeitung ‚La Jornada', teilnahmen.

Rolando CORDERA: Erleben wir das Ende des Kommunismus? Die Krise in Osteuropa, der Fall der Berliner Mauer, die Zersplitterung des real existierenden Sozialismus; erlaubt uns all dies von einem Ende des Sozialismus im allgemeinen zu sprechen? Welche Bedeutung haben diese Vorfälle, die uns mit ihrer Flut von Informationen zu ersticken drohen?

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Wir sehen uns mit einer Krise des Sozialismus konfrontiert, jedoch weder mit dem Ende, noch dem Tod des Sozialismus. Selbstverständlich muß man dies im Rahmen der außerordentlichen Veränderungen verstehen, die sich augenblicklich im Osten Europas vollziehen. Diese Entwicklungen haben mit der ‚Perestroijka' begonnen. Die Gesellschaft der Sowjetunion ist Paradigma der Länder des ‚real existierenden Sozialismus' gewesen, bis Gorbatschow mit seinen Reformen begann. Trotz alledem waren diese Gesellschaften nicht wirklich sozialistische Gesellschaften, weil sie zwei Bedingungen, die ich für fundamental halte, nicht erfüllt haben: gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und die Mitwirkung eines Staates unter gesellschaftlicher Kontrolle. Anstelle gesellschaftlichen Eigentums stand in diesen Ländern der staatliche Besitz, und statt eines Staates unter gesellschaftlicher Kontrolle existierte ein von der Gesellschaft separierter Staat unter der Kontrolle oder der Leitung der Bürokratie.

Dies bedeutet, daß der ‚real existierende Sozialismus' zusammengebrochen ist, was aber keineswegs die Möglichkeiten eines zukünftigen Sozialismus, so schwierig sich dieser auch gestalten mag, verstellt.

Djuka JULIUS: Die osteuropäischen Gesellschaften befinden sich am Scheideweg und vor einer großen Möglichkeit der Umgestaltung, einer Rückkehr zu einem demokratischen und pluralistischen Sozialismus. Am interessantesten erscheint die Rücknahme des Anspruches der kommunistischen Parteien auf das Machtmonopol. In vielen Ländern Osteuropas waren sowohl die sozialistischen Regierungen, als auch die kommunistischen Parteien in der Regierung von der Roten Armee eingesetzt worden. In einer ungeheuren Anstrengung, die es zu würdigen gilt, hat die Sowjetunion diese Länder, mit der Ausnahme Jugoslawiens, befreit. Dort gab es eine eigene Revolution und einen nationalen Befreiungskampf, was auch viele der Differenzen zwischen Stalin und Tito erklärt. In den übrigen Staaten jedoch wurden die Regierungen von der Roten Armee nach dem Abkommen von Yalta eingesetzt.

Rolando CORDERA: Eduardo Montes, ist der Verlust des Machtmonopols der kommunistischen Parteien der Anfang vom Ende gewesen?

Eduardo MONTES: Was in Wirklichkeit zusammengebrochen ist — und das ist auch gut so — war das sich seit den 30er Jahren verfestigende Modell der Einheitspartei, ohne Demokratie und Pluralismus und in jeder Hinsicht zentralisiert. Das bezieht sich nicht nur auf den wirtschaftlichen, sondern auch auf den kulturellen Bereich. Dieses Modell hat seine Unfähigkeit bewiesen, die großen Probleme der ökonomischen Entwicklung zu lösen. Mehr noch, es vermochte nicht, eine wirklich demokratische Gesellschaft zu gestalten. Das Staatsmodell wurde völlig mechanisch in der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und in anderen Ländern Osteuropas implantiert. Schon seit vielen Jahren fehlte die Kraft, die Gesellschaft vorwärtszubringen. Seit den 50er Jahren war bereits offensichtlich, daß es nicht funktionieren würde.

Luis SALAZAR: Ich würde in der Tat behaupten, daß dies die Krise eines von außen aufgepfropften Systems ist, darüberhinaus ist es jedoch auch die Krise einer Konzeption sozialistischer Politik, der Form, in der man die Utopie kommunistischer Politik zu realisieren gedachte. Als ob dies durch die Annullierung der gesellschaftlichen Vielfältigkeit oder durch die Erhaltung des Machtmonopols einer Partei jemals möglich gewesen wäre. Was die Krise ausmacht, ist das Mißverhältnis zwischen dieser revolutionären Politik utopischer Ausrichtung, sowie den Formen, Verfahren und Werten der politischen Demokratie.

Wenn uns die Krise im Osten Europas, der Sowjetunion und in China, vielleicht latent ebenfalls in Cuba, eines gezeigt hat, dann die Unmöglichkeit, den Sozialismus monolithisch zu denken. Wir müssen ihn überdenken — was seinen emanzipativen Charakter angeht, aber auch in den Kategorien der gesellschaftlichen Komplexität, des Pluralismus, der Demokratie, der politischen Repräsentation, den politischen wie individuellen Grundrechten für alle Bürger. Das erfordert eine radikale Transformation auch hinsichtlich der Idee des sozialen Eigentums. Es geht nicht an, zu sagen: „Dies und jenes hat versagt, aber das Eigentum des Staates an den Produktionsmitteln geht in Ordnung."

Ich glaube, daß wir die Idee des Sozialisierungsprozesses selbst, den Gedanken einer gemischten Wirtschaft neu überdenken müssen, die

Privatinitiativen weder verhindert, noch verbietet. Die zentrale Planung, das Kulturmonopol sind völlig unzureichende Kategorien, um eine moderne Gesellschaft in ihrer Gesamtheit abzudecken. Das, was jetzt in Osteuropa geschieht — ungeachtet seines ungewissen Ausgangs — enthüllt, daß eine komplexe Gesellschaft nicht autoritär und monopolistisch geführt werden soll und kann.

Djuka JULIUS: In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzuhalten, wie das Machtmonopol der kommunistischen Partei, das ganz offensichtlich zerstört ist, entstanden ist. Auf lange Sicht wird man sich die Idee zu eigen machen müssen, daß eine sozialistische Gesellschaft so organisiert sein soll, wie Luis Salazar gesagt hat: pluralistisch. Die Gesellschaften der sozialistischen Länder waren niemals homogen: Die Homogenität ist eine Erfindung gewesen. Desweiteren wurde das Staatseigentum in Wirklichkeit von der Bürokratie ausgenutzt, verwaltet und organisiert. Nicht einmal die Partei spielte hier eine Rolle; die Bürokratie regierte im Namen der Arbeiterklasse und der Partei. Das Konzept staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Die Wirtschaft tritt — besonders in der Sowjetunion — im direkten Vergleich mit den technologischen Entwicklungen weltweit auf der Stelle. Zum anderen ist die Bevölkerung politisch gereift und nicht mehr bereit, Uniformität und Repression hinzunehmen.

Adolfo SANCHES VAZQUEZ: Ich möchte nochmals auf die Gedanken des Genossen Djuka Julius eingehen, die sich mit der Entstehung des gesamten Prozesses beschäftigen. Abgesehen von den Gründen und Faktoren, welche diesen Transformationsprozeß bestimmten, haben all diese Probleme bereits mit der Trennung zweier Dinge begonnen, die noch für Karl Marx unauflösbar miteinander verschmolzen waren: Sozialismus und Demokratie. Dies hat nicht erst mit Stalin begonnen, sondern hat eine weit zurückreichende Tradition bis hin zu den Anfängen der Revolution. In dem Augenblick, als Lenin das Dekret zur Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung erlassen hat und die repräsentative Demokratie damit ausschloß — eine Entscheidung, die bereits 1918 Rosa Luxemburg mit der Bemerkung kritisierte, daß derjenige, der die repräsentative Demokratie eliminiere, dabei enden würde, jegliche Demokratie zu unterdrücken — bedeutete dies natürlich, daß es fortan nur noch eine Einheitspartei und eine Demokratie geben würde: die der Sowjets.

Rolando CORDERA: War dies ein historischer Zufall?

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Ich behaupte nicht, dies sei zufällig geschehen. Natürlich muß man die Umstände bedenken, unter denen die Oktoberrevolution in einem rückständigen Land mit einer proletarischen Minderheit stattgefunden hat. Lenin selbst hat formuliert, daß das Proletariat nur einen Tropfen in einem bäuerlichen Ozean ausmachte. Die Revolution vollzog sich im Kontext internationaler Isolation, unter den Verhältnissen eines Bürgerkrieges und im Angesicht der Drohgebärden der kapitalistischen Länder. All dies bedingte notwendig bestimmte Beschränkungen der Demokratie und Freiheit und erklärt einige Vorfälle von entscheidender Bedeutung. Selbstverständlich muß unterschieden werden zwischem dem, was aus historischer Notwendigkeit heraus getan werden muß, und der Politik, aus diesen Einschränkungen die Normalität zu machen, wie dies nach dem Tod Lenins und vor allem bei Stalin geschehen ist.

Rolando CORDERA: Ich möchte Eduardo Montes fragen, ob ein Prozeß der Selbstregeneration dieses Systems ernsthaft vorstellbar ist, obwohl derart starke und der sozialistischen Versprechung entgegenlaufende historische Wurzeln bestehen?

Eduardo MONTES: Ich glaube ja. Ich bin völlig davon überzeugt, daß im Inneren dieser sowjetischen Gesellschaft die Bedingungen für eine wirkliche Veränderung geschaffen wurden. Gründe dafür sind das Verlangen nach einer besser ausgebildeten Bevölkerung und auch — angesichts des offensichtlichen Versagens der zentralen Wirtschaftsplanung — die ökonomischen Notwendigkeiten. Fünf Jahre nach dem Beginn der Reformen in der Sowjetunion ist die Situation jedoch überaus schwierig, und die konservativen Kräften gewinnen an Einfluß.

Rolando CORDERA: Könnten nicht all diese Veränderungen in der UdSSR einen Bumerang-Effekt haben und sich eines Tages im Sinne der Stärkung konservativer Positionen gegen die Reformen wenden?

Eduardo MONTES: Natürlich gibt es diesen Effekt. Innerhalb der vergangenen 70 Jahre bildeten sich in der UdSSR Interessen einer überalterten Gruppe von Bürokraten, welche den Produktionsprozeß, die Partei und die sowjetische Gesellschaft dominiert haben. Es sind machtvolle Interessengruppen, die augenblicklich alle Kräfte mobilisieren, um die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft zu verhindern. Letztendlich aber ist die ‚Perestroijka', die Demokratisierung der Gesellschaft, eine große Hoffnung und in dieser Hinsicht, so glaube ich, müssen wir optimistisch sein.

Rolando CORDERA: Solange aber keine Veränderung hinsichtlich des Staatseigentums stattfindet, so wurde vorhin argumentiert, gibt es keine Möglichkeit echter Reformen.

Eduardo MONTES: Einverstanden. In der Sowjetunion findet augenblicklich über genau dieses Thema eine große Debatte statt. Dem Kongress der Volksdeputierten liegt ein Gesetzentwurf zum Eigentum vor. Unabhängig von dieser komplizierten Auseinandersetung ist eines jedoch deutlich: Es ist durchaus möglich, eine Gesellschaft ohne das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln zu organisieren.

Rolando CORDERA: Ich möchte Luis Salazar fragen, ob es wirklich die Frage des gesellschaftlichen Eigentums anders zu beantworten gilt.

Luis SALAZAR: Es gilt die Frage dahingehend zu stellen, ob wirklich Staatseigentum direkt gesellschaftliches Eigentum ist. Das ist meiner Meinung nach eine große Fehleinschätzung. Das Staatseigentum ist ein Verhältnis, welches die gleiche, oder sogar eine stärkere Trennung von Eigentum und Arbeitern hinsichtlich der Kontrolle des Produktionsprozesses bedingt, als dies bei kapitalistischem Eigentum der Fall ist.

Eines muß von Grund auf geprüft werden: Die utopische Vorstellung, daß es ausreiche, die Kapitalisten und Eigentümer zu eliminieren, um ein besseres Wirtschaftssystem zu schaffen. Diese Position bringt eine komplette Konzeption der Entwicklung gesellschaftlicher Transformationen ins Spiel. Solange sich in dieser Übergangsphase keine neuen Formen der gesellschaftlichen Produktion, die effektiver als die der privaten sind, entwickeln, macht es keinen Sinn, das Ende des Privateigentums als Lösung wirtschaftlicher Probleme zu deklarieren.

Djuka JULIUS: Offenkundig gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen den Veränderungen in der Sowjetunion und denen in Osteuropa. Dort begann die Krise in Wirklichkeit. Man braucht sich nur die Vorfälle 1956 in Ungarn und den Prager Frühling von 1968 in Erinnerung zu rufen. Es waren weiter entwickelte Gesellschaften als die sowjetische. In der Tschechoslowakei beispielsweise gab es eine lange demokratische Tradition, die bis auf den heutigen Tag existiert. Diese Gesellschaften vermochten sich in der Ära Chruschtschows oder Breschnews nicht zu reformieren, weil jede Veränderung unmöglich war. Dies galt, bis Gorbatschow mit der ‚Perestroijka' begann. Die ‚Perestroijka' ist nichts anderes als Ausdruck objektiver Notwendigkeit von Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft. Dennoch bedeuten die Entwicklungen im Osten Europas ein großes Risiko für Gorbatschow, auch wenn er in vielen Ländern Verbündete hat.

Rolando CORDERA: Ist es angesichts dieser Situation noch sinnvoll, den Sozialismus als Aufgabe zu verstehen, als Hypothese politischer und organisatorischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, die ein anderes Leben zu versprechen vermag?

Adolfo SANCHES VAZQUEZ: Der Sozialismus hat keinen Sinn, wenn es sich nicht um ein emanzipatorisches Projekt handelt. Bereits vor Marx gab es einen utopischen Sozialismus, der ebenfalls emanzipatorischen Charakter hatte. Erst die Oktoberrevolution jedoch ver-

schaffte diesem Projekt die Möglichkeit seiner Realisierung.

Rolando CORDERA: Heute sprechen wir über seine Widersprüche.

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Wenn das Versagen dieses Projektes bedeuten soll, von der Idee sozialistischer Emanzipation abzulassen, dann antworte ich mit einem kategorischen: Nein. Aus einem ganz wesentlichen Grunde: Das sozialistische Projekt entstand nicht nur als notwendige, sondern realisierbare und wünschenswerte Alternative zu den bestehenden Verhältnissen.

Der gegenwärtige Kapitalismus hat zu nichts geführt, als die Gründe für die Notwendigkeit dieser Systemalternative weiter zu vertiefen. Wenn wir eine Aufzählung all dessen zustandebrächten, was der Kapitalismus den Individuen, den besitzlosen Klassen und Völkern antut, hätten wir anzuerkennen, daß der Sozialismus notwendiges Ziel bleiben muß.

Luis SALAZAR: In der Tat scheint das Beängstigende am Prozeß der ‚Perestroijka' zu sein, daß die Probleme und scharfen Widersprüche, welche der Kapitalismus vor allem bei Völkern der ‚Dritten Welt' verursacht, in den Hintergrund getreten sind. Und es könnte uns vergessen machen, daß diese Probleme mit ‚Demokratie' allein nicht zu lösen sind. Die Demokratie ist wichtig als Methode, um neue Wege zu finden, doch wäre es illusorisch zu glauben, mit ihr alle Probleme lösen zu können. Der Sozialismus bleibt weiterhin Alternative, muß jedoch effektive Antworten auf die Probleme formulieren, unter denen unsere Gesellschaften leiden. Ich fürchte, daß heute weder die politische Linke, noch die sozialistische Idee weltweit die Initiative haben, eher die Rechten und der Kapitalismus.

Eduardo MONTES: Ich stimme dem zu. In den vergangenen Jahren hat die Rechte an Einfluß gewonnen, doch bieten meiner Ansicht nach gerade die Prozesse im Osten die Möglichkeit einer demokratischen Neustrukturierung der Gesellschaften.

Rolando CORDERA: Vielleicht ist es sinnvoll, einige Unterscheidungen zu treffen. Ich bin nicht sicher, ob die Vorfälle in Rumänien auf die Möglichkeit einer demokratischen Erneuerung schließen lassen. Vorerst wird lediglich eine enorme Repression offenkundig.

Eduardo MONTES: Die Art und Weise, wie genau diese Repression abgeschüttelt wurde, ist entscheidend. So hat die Mobilisierung der rumänischen Bevölkerung beispielsweise vom Militär eine Änderung des Verhaltens erzwungen, bis es schließlich an der Seite des Volkes gegen Ceaucescus Sicherheitskräfte gekämpft hat. An diesem Punkt bewies das rumänische Volk eine große Durchsetzungskraft, wie auch die Völker der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und auch der Sowjetunion, wo ein Prozess massiver Politisierung und öffentlicher Partizipation zu beobachten ist. Was in diesen Ländern in Frage gestellt wird, ist das Fehlen an Demokratie, der Stalinismus, die Zentralisierung, die absurde Planung von allem und jedem.

Ich bin einverstanden, wenn Luis Salazar sagt, daß Staatseigentum alleine noch keine Sozialisierung der Produktionsmittel bedeutet, aber der Kampf in diesen Ländern geht genau in Richtung der Veränderung der übermächtigen Rolle, welche der Staatsapparat lange Zeit gespielt hat. Und man stellt sich viel weniger die Frage der konkreten Eigentumsformen. Es ist nur schwer vorstellbar, daß an dieser Stelle kapitalistische Gesellschaften heranwachsen würden, wie wir sie hier kennen, oder daß ‚importierte' Kapitalisten die Länder dominieren werden. Man wird einem Zeitungseigentümer nicht zugestehen, ‚Glasnost' und Redefreiheit wegen partikularer Eigeninteressen einzuschränken. Ich glaube nicht, daß dies geschehen wird.

Die zentrale Frage ist demgegenüber, wie diese Länder ihre Produktion organisieren, die Wirtschaft ausrichten und Formen des Eigentums realisieren werden.

Rolando CORDERA: Was hat diese Krise für den weltpolitischen Zusammenhang für eine Bedeutung?

Djuka JULIUS: Sie bedeutet eine grundlegende Neuordnung. Es ist Gorbatschow, der diesen Prozeß möglich macht. Als er in der Sowjetunion die Zügel in die Hand nahm, verabschiedete er sich vom Krieg als Mittel der Politik. Darüberhinaus war ihm bewußt, daß die Sowjetunion lediglich eine militärische Supermacht ist und in Wirtschaft und von Rüstung unabhängiger Wissenschaft und Forschung höchstens dritt- oder viertklassig ist. Um die politischen Veränderungen und eine Modernisierung der Wirtschaft zu erreichen, ist deshalb eine lange Periode des Friedens und der Stabilität nötig, damit außenpolitische Bedingungen für die interne Transformation geschaffen werden. Aus diesem Grund suchte Gorbatschow nach einem Gleichgewicht mit den USA.

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Das Ende des Rüstungswettlaufes ist insgesamt positiv zu beurteilen und für die gesamte Menschheit ein historisches Ereignis. Ganz ohne Zweifel jedoch wird die ‚Dritte Welt' auf kurze Sicht davon nicht profitieren. Gorbatschow beendete die Interventionen in anderen Ländern, klarer Beleg dafür ist der Rückzug aller Truppen aus Afghanistan und die bevorstehende Demobilisierung der Truppen in den osteuropäischen Ländern.

Ganz offensichtlich deckt sich die Interpretation der USA nicht mit dieser Position. Die USA fassen die neuen Vereinbarungen als globale auf und nehmen sich noch immer das Recht heraus, sich in ‚ihrer' Zone einer Politik der Interventionen weiterhin zu bedienen. Die Abkehr von dieser Politik durch die Sowjetunion demaskiert die interventionistische Politik des Gegners vollständig. Trotzdem haben wir auf traurige Weise erst vor kurzem während der US-Invasion in Panamá erfahren müssen, daß diese Veränderungen bisher keine praktischen und schnellen Resultate gezeigt haben. Die Politik der Einteilung der Welt in Einflußsphären durch eine der Supermächte, durch die USA, ist immer von Schaden für die ‚Dritte Welt'.

Eduardo MONTES: Es ist wichtig, eine Tatsache zur Kenntnis zu nehmen. Während der dunklen Tage der Unterdrückung in Rumänien wandten sich verschiedene westliche Regierungen an die Sowjetunion und signalisierten, daß sie es nicht ungern gesehen hätten, wenn die sowjetischen Truppen interverniert hätten, um bei der Zerstörung der ‚Securitate' zu helfen. Die Regierung Bush und andere Regierungen des Westens interpretieren das Verhalten der Sowjetunion auf fatale Weise. Es gibt die Auffassung, daß der Einflußsphäre der Sowjetunion zwar die Länder Osteuropas nicht mehr zuzurechnen seien, aber die Einflußsphären der USA und anderer imperialistischer Mächte nach wie vor Bestand haben. Möglicherweise sehen sie in der Regierungspolitik Gorbatschows — und dies wäre überaus gefährlich — ein Symptom der Schwäche und eine Art grünes Licht für jegliche Intervention. Es wäre fürchterlich, wenn die USA nicht verstünden, daß diese Friedenspolitik andere Bedeutung hat und einen neuen Typus internationaler Beziehungen anstrebt, die auf längere Sicht für Länder wie das unsere von Vorteil sein könnten.

Luis SALAZAR: Wir sehen solch große Veränderungen, daß es uns schwer fällt auszumalen, wie die internationalen Beziehungen nach der Lockerung des westlichen und der Auflösung des östlichen Blockes aussehen werden. Es scheint zumindest in den Ländern der Großmächte ein neues Bewußtsein zu geben, daß mit militärischen Mitteln Probleme nicht mehr zu lösen sind.

Rolando CORDERA: Das bezieht sich aber nur auf die Probleme untereinander!

Luis SALAZAR: Natürlich untereinander, was das Problem für uns nicht löst. Denn dieses neue Bewußtsein scheint nicht in der Lage, auszumachen, welchen Stellenwert die Probleme der ‚Dritten Welt' für die ‚Erste Welt' haben. Es wäre Selbstmord, diese Konflikte zu verdrängen, weil sie sich auf die eine oder andere Art auswirken werden. Das Schwerwiegendste in diesem Zusammenhang ist aber die völlige Konzentration auf die Möglichkeiten, die sich heute im Osten Europas eröffnen, welche zu vergessen einer gewissen Ignoranz gegenüber den Abenteuern der nordamerikanischen Cowboys in Lateinamerika und der ‚Dritten Welt' im Allgemeinen zur Folge hat. Man sollte sich dar-

über klar werden, daß es nicht das Problem der Sowjetunion oder Osteuropas, sondern der Länder der ‚Dritten Welt' ist, in internationalen Foren wieder auf sich aufmerksam zu machen und auch an dem neuen Gleichgewicht, das sich weltweit zu entwickeln scheint, teilzuhaben.

Rolando CORDERA: Der real existierende Sozialismus war ein Beispiel für ganze Völker. Jede wichtige linke Bewegung in der ‚Dritten Welt' und ihre Ziele wurden im Bewußtsein dessen diskutiert, daß die Bestätigung der Möglichkeit einer fortschrittlichen Veränderung existiert.

Dieses Modell ist für Sowjetbürger, Polen und Rumänen nicht mehr Zielvorstellung. Ist es ein Modell für die ‚unterentwickelten' Völker? Man könnte sagen, daß wegen der wirtschaftlichen Rückständigkeit unserer Länder dieses sozialistische Modell nach alledem noch immer Bedeutung hat. Können wir diese Hypothese aufrechterhalten? Fidel Castro verschafft dieser Hypothese eine gesellschaftliche Praxis, er hat darauf in den Reden der letzten Monate immer wieder hingewiesen. Luis Salazar sprach von einer latenten Krise in Cuba. Das heißt konkreter, welche Auswirkungen hat die Krise des Modells des real existierenden Sozialismus für die Hoffnungen auf Emanzipation und die sozialen Forderungen der benachteiligten Völker?

Luis SALAZAR: Ich denke, es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß der real existierende Sozialismus, zumindest in China, Cuba und Vietnam mehr mit dem weltweiten Gegensatz von Metropolen und Peripherie, mit dem Verhältnis zwischen kapitalistischen Mächten und wirtschaftlich zurückgebliebenen, ausgeplünderten Ländern, die von eben diesen Mächten drangsaliert werden, als mit sozialistischen Beweggründen im engeren Sinne, zu tun hat. Ich denke, es sind nationalistische Revolutionen gewesen, die einen antikapitalistischen — nicht sozialistischen — Charakter angenommen haben, genau wegen der Vehemenz imperialistischer Aggressionen. So sind die Bezüge zu sehen und was immer sich in unseren Ländern entwickeln wird, hängt in höchstem Maße von dem Verhalten der Großmächte angesichts der Probleme der ‚Dritten Welt' ab. Ein Gutteil der autoritären und antidemokratischen Strukturen in Ländern wie Cuba, China oder aber Vietnam lassen sich mit der unglaublichen Ignoranz der kapitalistischen Großmächte in Hinblick auf die Probleme der ‚Dritten Welt' und den Nationalismus der einzelnen Länder erklären.

Ausgehend von diesem Ansatzpunkt müssen allerdings einige Nuancen unterschieden werden. Relativ moderne Gesellschaften können diese bestehenden Modelle nicht als ernsthafte Alternative in Betracht ziehen, doch im allgemeinen hängt die fehlende Demokratie in diesen Nationen mit der Tatsache zusammen, daß dieses ‚Demokratie'-Konzept von den Supermächten aufgezwungen ist, welche gleichzeitig die Gefühle, Werte und Menschenleben der Völker der ‚Dritten Welt' mit Füßen treten.

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Man muß nicht nur das Problem aufwerfen, ob dieses Modell Wert hat oder nicht, sondern die Idee eines Modelles selbst sollte man bekämpfen. Wir sollten Schluß machen mit der Vorstellung, daß es ein sozialistisches Modell gibt. Wir sollten uns nach den Vorsichtsmaßnahmen Marx' richten und bei der Beschreibung von Utopien und dessen, was ein mehr oder weniger vollkommener Sozialismus im Detail bedeutet, große Zurückhaltung üben. Natürlich gibt es einige Wurzeln, die wir aufnehmen: Aus marxistischer Sicht ist der Sozialismus ein Projekt der Emanzipation, das sich bei der Veränderung an den bestehenden Verhältnissen orientieren muß, um nicht zum utopischen Projekt zu werden. Er soll eine Gesellschaft herbeiführen, in der das Eigentum eine bestimmte Form hat. Als gesellschaftliches Eigentum verstehen wir einen Staat, der wirklich unter der Kontrolle der Gesellschaft ist. Jede Art von Modell hieße jedoch zugleich, nationale und historische Eigenheiten zu verkennen, die der Sozialismus in jedem konkreten Fall mit sich bringt. Was das Modell des real existierenden Sozialismus im Hinblick auf die ‚Dritte Welt' angeht, habe ich bereits vor einiger Zeit angedeutet, daß dieses Modell weder für die Länder, in denen es zusammenbrach, noch für die Länder der ‚Dritten Welt' beispielhaft sein kann.

Rolando CORDERA: Sind darum ähnliche Krisen in Cuba, China und Vietnam zu erwarten?

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Einer der brilliantesten Analytiker des real existierenden Sozialismus, Rudolf Bahro, Autor der Schrift ‚Die Alternative', erklärte, daß der real existierende Sozialismus zwar weder in der Sowjetunion, noch in Europa funktioniere, aber trotzdem für die unterentwickelten Länder von Bedeutung sei. Wenn auch der Sozialismus eine neue Ausbeutung und neuen Zwang bedeute, so hätte er seine Effektivität hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung bewiesen und sei deshalb bewahrenswert für die in der Entwicklung befindlichen Länder.

Ich bin der Überzeugung, daß man weder in diesem eindimensionalen, noch in weiter gefaßtem Sinn von real existierendem Sozialismus als etwas für die in der Entwicklung befindlichen Länder Wertvollem sprechen kann. Das Problem des Sozialismus ist, ob er heute auf der Tagesordnung steht, oder nicht, ganz unabhängig von der Diskussion, ob der Sozialismus diese oder jene Eigenschaften haben sollte. Und wir befinden uns inmitten dieser Paradoxie.

Ich glaube, daß der Sozialismus heute notwendiger ist als je zuvor, weil die strukturellen Widersprüche des Kapitalismus eine Alternative sozialistischen Typs einfach verlangen. Aber ich realisiere auch, daß der Sozialismus heute nicht auf der Tagesordnung steht, weder in den entwickelten kapitalistischen Ländern, noch in den Ländern der ‚Dritten Welt'. Was heute in den Ländern der ‚Dritten Welt' für notwendig gehalten wird, ist eine demokratische Revolution. Denn nur mit einem Mindestmaß an Demokratie wird man in Richtung einer sozialistischen Umgestaltung weiterarbeiten können.

Eduardo MONTES: Man kann sich diese beiden Punkte auch aus anderer Perspektive verdeutlichen: In Gesellschaften wie der unsrigen bestehen immense soziale und wirtschaftliche Probleme, wie die Rückständigkeit, die Armut, die Arbeitslosigkeit und vieles mehr. Es gilt sich zu fragen, ob der Kapitalismus in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, oder nicht. Über viele Jahrzehnte hinweg ist diese Frage ohne Antwort geblieben und die Ungleichheit vertieft sich immer weiter. In Ländern wie México werden die Widersprüche immer schärfer, der Rückstand immer größer, die Möglichkeiten immer weniger, die Arbeitslosigkeit immer höher. Hier spricht man offiziell von 42 Millionen armen und 17 Millionen extrem armen Menschen. Es ist zu fragen, ob sich die Partikularinteressen der Industriellen und Großgrundbesitzer mit der Notwendigkeit, soziale Probleme zu lösen, jemals in Deckung bringen lassen.

Es sieht so aus, als ob die Geschichte bewiesen hat, daß dies unmöglich ist. Doch ist weder in México noch in vielen anderen Ländern der Sozialismus ernsthaft in der Diskussion. Natürlich ist die Erfahrung der Länder des real existierenden Sozialismus für die Linke eine Lehre gewesen. Die Völker der rückständigen, unterentwickelten Länder müssen ihren eigenen Weg der Befreiung, der gesellschaftlichen Emanzipation gehen und eigene Formen sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit suchen.

Djuka JULIUS: Die Gerechtigkeit kann die Freiheit nicht ersetzen. Was wir augenblicklich beobachten, ist eine Krise der Demokratie und der Freiheit im Sozialismus. Doch davon abgesehen gibt es eine große Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter, die bei uns nicht existiert. Diese Gesellschaften haben Vorzüge, die es zu verteidigen lohnt.

Rolando CORDERA: Ich möchte Adolfo Sánchez Vázquez darum bitten, mit den abschließenden Bemerkungen zu beginnen.

Adolfo SANCHEZ VAZQUEZ: Wenn ich eine abschließende Bemerkung machen soll, dann würde ich festhalten, daß ein Typ des Sozialismus, der real existierende Sozialismus, zusammengebrochen ist. Selbstverständlich werden wir hinsichtlich der Möglichkeit, in Zukunft einen wirklichen Sozialismus zu schaffen, für diesen historischen Zusammenbruch teuer bezahlen. Denn neben allen Untaten des Stalinismus und den politischen Mächten, die folgten, zerstörte man

die Möglichkeit einer sozialistischen, einer marxistischen Kritik am real existierenden Sozialismus.

Dessen ungeachtet behält das sozialistische Projekt seinen Wert, denn es ist notwendig, eine Antwort auf die Probleme zu geben, welche der Kapitalismus zu lösen nicht in der Lage ist. Es ist darüberhinaus ein erstrebenswertes Projekt, denn es ist dem, was der Kapitalismus anbieten kann, überlegen. Und auch wenn der Sozialismus heute vielleicht nicht auf der Tagesordnung steht, behält er seine Gültigkeit als Projekt, als Ziel auf dem Weg durch alle Zwischenstadien hindurch, die wir auf der Suche nach einer besseren Gesellschaft passieren müssen.

Luis SALAZAR: Ich möchte mit der Bemerkung enden, daß die Linke ein neues politisches Konzept braucht, welches sich von bloßer Negation, Opposition, Zerstörung und Konflikten abwendet und als Kraft der Erneuerung und Willensgemeinschaft sich auf die Lösung all der gesellschaftlichen Probleme konzentriert. Revolutionäre Konzeptionen, die den Sozialismus lange Zeit bestimmt haben, sind heute hinderlich und müssen überwunden werden. Wenn wir wollen, daß sich der Sozialismus zu einer echten Alternative entwickelt, ist es nötig einzusehen, daß die Frage der sozialistischen Demokratiekonzeption anders gelöst werden muß.

Eduardo MONTES: Die Krise des real existierenden Sozialismus ist der Sturz eines bestimmten Versuches gesellschaftlicher Reorganisation und ist in letzter Instanz positiv. Nach der Periode des Stillstandes, nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Ländern Osteuropas und der sozialistischen Kräfte vieler anderer Länder der Welt, erlebt der Sozialismus eine Etappe der Wiedergeburt, zumindest auf der Ebene der Reflexion und Diskussion. Alles wird in Frage gestellt. Nach der stalinistischen Periode und dem Stillstand unter Breschnew zeigen diese Gesellschaften eine große Kraft und ich halte dies für einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des sozialistischen Gedankens.

Die Frage, die sich alle Welt stellt, ist die, ob der Sozialismus weiterhin eine politische Alternative darstellt. Ich glaube ja, der Zusammenbruch ist der des stalinistischen Modells, und das war gut so. Ich gebe zu, daß ich — wie viele andere — lange Zeit dies für das Modell gesellschaftlicher Emanzipation gehalten habe. Nur fehlte diesem Modell bereits seit den 50er Jahren, die demokratische Komponente und eine grundlegende politische Reform. Es ist nicht mit der Enteignung der Produktionsmittel getan, wenn sie von einem undemokratischen Staat dirigiert werden. Die direkte Partizipation ist unumgänglich, denn zu guter Letzt bedeutet der Sozialismus nicht Regierung für das Volk, sondern eine Regierung des Volkes. Darum ist eine entwickelte, weitreichende Demokratisierung auch für unsere Länder nötig, in denen die Demokratie, wie Adolfo Sánchez Vázquez zu sagen pflegt, an den Toren der Fabriken, Banken und Konzerne endet.

Die Frage, die sich alle Welt stellt, ist die, ob der Sozialismus weiterhin eine politische Alternative darstellt. Ich glaube ja, der Zusammenbruch ist der des stalinistischen Modells, und das war gut so. Ich gebe zu, daß ich — wie viele andere — lange Zeit dies für das Modell gesellschaftlicher Emanzipation gehalten habe. Nur fehlte diesem Modell bereits seit den 50er Jahren, die demokratische Komponente und eine grundlegende politische Reform. Es ist nicht mit der Enteignung der Produktionsmittel getan, wenn sie von einem undemokratischen Staat dirigiert werden. Die direkte Partizipation ist unumgänglich, denn zu guter Letzt bedeutet der Sozialismus nicht Regierung für das Volk, sondern eine Regierung des Volkes. Darum ist eine entwickelte, weitreichende Demokratisierung auch für unsere Länder nötig, in denen die Demokratie, wie Adolfo Sánchez Vázquez zu sagen pflegt, an den Toren der Fabriken, Banken und Konzerne endet.

Übersetzung und Einleitung:
Michael Werz

Wenn ich Stalin wäre . . .

Über Nicaragua, Kuba und den Kommunismus

„Für uns ist der Kapitalismus", schreibt Eduardo Galeano, „kein noch zu verwirklichender Traum, sondern ein Wirklichkeit gewordener Alptraum." Eduardo Galeano (50) lebt seit Beendigung der Militärdiktatur wieder in Montevideo, Uruguay. Bekannt wurde er als Theoretiker der „Unabhängigen Linken" in Uruguay und als Autor von „Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents." Im nachstehenden Beitrag kommentiert Galeano die veränderte Weltlage.*

In Bukarest wird die *Lenin*-Statue mit einem Kran entfernt. In Moskau steht eine gierige Menge vor den Pforten von McDonald's. Die abscheuliche Mauer in Berlin wird stückchenweise verkauft, und Ostberlin bestätigt, daß es rechts von Westberlin liegt. In Warschau und Budapest reden die Wirtschaftsminister schon genauso wie *Margaret Thatcher*. In Peking auch, während Panzer die Studenten plattwalzen. Die KP Italiens, die größte im Westen, gibt ihren bevorstehenden Selbstmord bekannt. Die sowjetische Hilfe für Äthiopien wird reduziert, und sogleich entdeckt Oberst *Mengistu*, daß der Kapitalismus gut ist.

Bei den letzten Wahlen in Nicaragua hat die nationale Würde die Schlacht verloren. Sie wurde von Hunger und Krieg besiegt. Aber sie wurde auch besiegt von der internationalen Wetterlage, denn der Wind bläst der Linken stärker als je zuvor ins Gesicht. Ungerechterweise bezahlten Unbescholtene für die Sünder. Die Sandinisten sind weder für den Hunger noch für den Krieg verantwortlich, auch tragen sie kein Quentchen Verantwortung für das, was im Osten passiert ist. Und das größte Paradox: Diese demokratische Revolution, pluralistisch und unabhängig, die weder die Sowjets noch die Chinesen, weder die Kubaner noch sonstwen nachahmte, hat das Porzellan bezahlt, das andere kaputtschlugen — während die KP in Nicaragua *Violeta Chamorro* wählte.

Die Verursacher von Krieg und Hungersnot feiern heute ein Wahlergebnis, das die Opfer bestraft. Bereits am Tag danach gab die US-Regierung bekannt, daß sie das Handelsembargo gegen Nicaragua aufheben würde. Jahre zuvor

war es genauso gewesen, nach dem Putsch in Chile. Am Tag nach dem Tod des Präsidenten *Allende* stieg auf wundersame Weise der internationale Kupferpreis.

Die nicaraguanische Revolution (...) wurde in diesen zehn langen Jahren keine Minute in Frieden gelassen. Sie wurde Tag für Tag von einer ausländischen Macht und ihren besoldeten Kriminellen angegriffen und von den Bankiers und Händlern, die die Herren der Welt sind, einer unaufhörlichen Belagerung ausgesetzt. Dennoch schaffte sie es, zivilisierter zu sein als die Französische Revolution — niemand wurde guillotiniert oder hingerichtet, und sie war toleranter als die nordamerikanische — denn mitten im Krieg gab sie, mit einigen Einschränkungen, den ansässigen Sprechern der Kolonialherren Redefreiheit.

Die Sandinisten alphabetisierten Nicaragua, senkten beträchtlich die Kindersterblichkeit und gaben den Bauern Land. Aber der Krieg blutete das Land aus. Die Kriegsschäden sind anderthalbmal so hoch wie das Bruttoinlandprodukt, was bedeutet, daß Nicaragua eineinhalbmal zerstört wurde. Der internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte die nordamerikanische Aggression. Und es nützte nichts. Und ebenso wenig nützten die Glückwünsche der Vereinten Nationen für die Erfolge in der Bildung, Ernährung und Gesundheit. Applaus kann man nicht essen.

Die Invasoren griffen selten militärische Ziele an. Ihre bevorzugten Ziele waren Agrarkooperativen. Wieviel Nicaraguaner wurden in diesem Jahrzehnt auf Geheiß der Regierung der USA getötet oder verwundet? Proportional (zur Bevölkerung der USA) wären es soviel wie drei Millionen Nordamerikaner. Und dennoch besuchten in all diesen Jahren viele tausend Nordamerikaner Nicaragua und waren immer willkommen. Keinem geschah ein Leid. Außer einem. Er hieß *Ben Linder* und wurde von der Contra getötet.

Und Kuba? Vollzieht sich dort nicht auch, wie im Osten, eine Trennung zwischen der Macht und den Leuten? Haben die Leute dort nicht auch die Einheitspartei, Einheitspresse und Einheitswahrheit satt? *„Wenn ich Stalin bin, dann erfreuen sich meine Toten aber guter Gesundheit"*, hat Castro gesagt, und gewiß ist das nicht der einzige Unterschied. Kuba importierte aus Moskau nicht ein vorgefertigtes Modell vertikaler Machtstrukturen, sondern war gezwungen, sich in eine Festung zu verwandeln, um nicht von seinem allmächtigen Feind mit Messer und Gabel zum Frühstück verspeist zu werden. Und trotz dieser Bedingungen brachte das keine, unterentwickelte Land erstaunliche Heldentaten zustande: Im Moment weist Kuba eine niedrigere Analphabetenrate und weniger Kindersterblichkeit auf als die USA. Außerdem wurde der kubanische Sozialismus, im Unterschied zu verschiedenen Ländern des Ostens nicht von fremder Hand künstlich aufgesetzt, sondern entstand tief im Innern, wuchs von ganz unten heran. Die vielen Kubaner, die für Angola gestorben

sind oder ihr Bestes für Nicaragua gaben, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, sind nicht dort gewesen, weil sie folgsam, aber widerwillig den Befehlen eines Polizeistaates gehorcht hätten.

Heute erlebt Kuba Stunden tragischer Einsamkeit. Gefährliche Stunden: Die Invasion von Panama und das Auseinanderbrechen des sogenannten sozialistischen Lagers beeinflussen Kubas innere Entwicklung auf die, wie ich fürchte, schlechteste Art und Weise, denn so wird der Tendenz zu bürokratischer Abriegelung, ideologischer Strenge und gesellschaftlicher Militarisierung Vorschub geleistet.

Gegenüber Panama, Nicaragua und Kuba beschwor die US-Regierung die Demokratie wie die Regierung des Ostens den Sozialismus: als Alibi. Im Laufe dieses Jahrhunderts ist Lateinamerika über hundertmal von den USA überfallen worden. Immer im Namen der Demokratie und immer, um Militärdiktaturen einzusetzen oder Marionettenregierungen, die das bedrohte Geld in Sicherheit brachten. Das herrschende imperiale System will keine demokratische Länder. Es will erniedrigte Länder.

Für uns ist der Kapitalismus kein noch zu verwirklichender Traum, sondern ein Wirklichkeit gewordener Alptraum. Für uns besteht die Herausforderung nicht darin, den Staat zu privatisieren, sondern ihn zu deprivatisieren. Unsere Staaten und alles andere auch sind zu Schleuderpreisen von Großgrundbesitzern und Banken eingekauft worden. Für uns ist der Markt nichts anderes als ein Piratenschiff: je freier, desto übler (...) Wir leben in einer Region, in der europäische Preise und afrikanische Löhne gelten. Kapitalismus ist in Lateinamerika antidemokratisch, mit oder ohne Wahlen: Die meisten Menschen sind Gefangene der Not, verurteilt zu Einsamkeit und Gewalt. Der Hunger lügt, die Gewalt lügt: Sie sagen, die dort seien Teil der Natur, täuschen vor, sie seien Teil einer natürlichen Ordnung. Sobald diese natürliche Ordnung jedoch in Unordnung gerät, treten die Militärs auf den Plan, mit Kapuzen verhüllt oder mit unverhüllten Gesichtern. *„Die Lebenskosten steigen und steigen, der Wert des Lebens sinkt und sinkt"*, sagen die Kolumbianer. Als ich das Ergebnis (der Wahlen in Nicaragua) erfuhr, fühlte ich mich wie ein Kind, verloren und schutzlos. Ein verlorenes Kind, aber nicht allein. Wir sind viele. Auf der ganzen Welt sind wir viele.

In wenigen Monaten haben wir den krachenden Schiffbruch eines Systems erlebt, das den Sozialismus usurpiert hatte und das Volk wie einen ewig Minderjährigen am Ohr zog. Doch vor drei oder vier Jahrhunderten verleumdeten die Inquisitoren Gott, wenn sie vorgaben, seinen Auftrag zu erfüllen. Ich denke, daß die Inquisition nicht das Christentum ist. In unserer Zeit haben die Bürokraten die Hoffnung herabgewürdigt und das schönste der menschlichen Abenteuer in den Schmutz gezogen, aber ich glaube auch, daß Sozialismus nicht Stalinismus ist.

Jetzt muß man neu anfangen. Schritt für Schritt, ohne einen anderen Schild als den, den unser eigener Körper bildet. (...)

Eduardo Galeano

* Der Artikel Galeanos wurde übersetzt von Helmut Scheben und in der Züricher *Wochenzeitung* (WoZ) erstveröffentlicht.

Postfordismus

„*Daß* die kapitalistische Gesellschaft im Weltmaßstab erheblichen Veränderungen unterworfen ist, und daß sich ihr ‚Gesicht' im Laufe der Jahrhunderte erheblich gewandelt hat, ist unverkennbar. Die Frage ist, was dies für sozialistische Politik ... bedeutet, welches Konzept von revolutionärer Veränderung und Sozialismus daraus folgt." (S. 12) Das neue Buch von Joachim Hirsch hat diesen Problemkomplex zum Gegenstand: Zunächst wird die gegenwärtige historische Umbruchsituation analysiert, der sich anschließende „politische" Teil befaßt sich mit den Möglichkeiten sozialistischer Politik heute. Im folgenden können nur einige Probleme angeschnitten werden, Hirschs Ausführungen zur Staatstheorie und zum Parteiensystem bleiben unberücksichtigt.

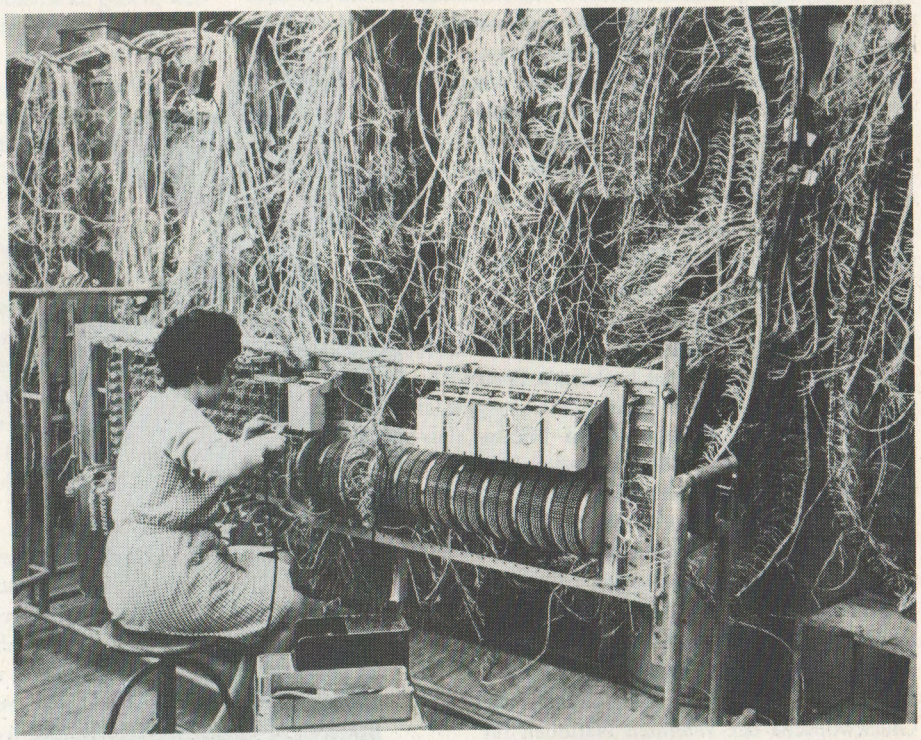


Foto: Abisag Tüllmann

Fordismus und Postfordismus

Für Hirsch ist die historische Entwicklung des Kapitalverhältnisses als Abfolge bestimmter Formationen zu begreifen. Ausgehend von einer kritischen Würdigung der Regulationstheorie werden die verschiedenen kapitalistischen Formationen dahingehend bestimmt, daß sie über je eigne „Akkumulationsregimes, Regulationsweisen und über unterschiedliche Konstellationen auf dem Feld der politisch-sozialen Akteure" (S. 32) verfügen. Gegenwärtig leben wir in einer Phase, die durch den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus gekennzeichnet ist (S. 12). Worin bestehen nun die zentralen Unterschiede zwischen diesen beiden Perioden der kapitalistischen Entwicklung?[1] Die fordistische Ära gründet sich auf „hohe Wachstumsraten, die Ausdehnung des Massenkonsums, eine beschleunigte Durchkapitalisierung der Gesellschaft ... und eine starke Ausdehnung der Lohnarbeit" (S. 102). Die Regulationsweise des Fordismus wird dahingehend bestimmt: „Die Reproduktion der Arbeitskraft und die Regulation der Arbeits- und Lohnverhältnisse wurde mehr und mehr zu einer Angelegenheit des Zusammenspiels von Staatsadministration und gewerkschaftlichen und unternehmerischen Großorganisationen ... Damit veränderten sich die *Klassenbeziehungen* des Staats grundlegend: die Entwicklung reformistisch-massenintegrativer ‚Volks'-Parteien und die Entstehung sozialpartner-korporativer Politikstrukturen bedeuteten einen ‚passiven Einbau' der Arbeiterklasse in den Staat, der den Klassenkonflikt zugleich bürokratisch stillegte *und* in etatistischer Form politisierte" (S. 102). Konstitutiv für die fordistische Ära sei der „keynesianische Wohlfahrtsstaat" (S. 102). Grundlage für die Krise des Fordismus sind für Hirsch in letzter Instanz ökonomische Momente: Die Produktivitäts- und Wachstumsspielräume erwiesen sich als zu eng, „um den staatsreformistischen Klassenkompromiß mit seinen institutionalisierten Kräfteverhältnissen und Interessendynamiken auf Dauer tragen zu können. Der Kapitalverwertungsprozeß geriet in Kollision mit dem institutionellen Regulationssystem" (S. 104).

Das postfordistische Akkumulationsregime zeichnet sich nach Hirsch wesentlich durch eine erneute Welle der Durchkapitalisierung von Produktion und Reproduktion aus (Hyperindustrialisierung). Konkretisiert wird diese These mit dem Verweis auf neue Techniken (Informationstechnologie, Gentechnologie etc.) einerseits und Rationalisierungsschüben in bestimmten Bereichen (Landwirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau etc.) andererseits. Inwieweit die von Hirsch angeführten Tendenzen ein verändertes Akkumulationsregime begründen, erscheint mir nicht zureichend ausgewiesen.[2] Zum einen bleibt offen, in welchem Ausmaß die weitere Durchkapitalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse geschieht — kann hier wirklich von einem *Bruch* gesprochen werden? Erst dann hätte die von Hirsch vorgenommene Periodisierung der kapitalistischen Produktionsweise ihren Sinn. Zum anderen wäre noch zu begründen, ob die Metropolen des Kapitals gegenwärtig in eine Phase beschleunigter Akkumulation eintreten, so daß von einer neuen, stabilen Form des Kapitalismus gesprochen werden könnte (S. 117). Hirschs vorrangiges Interesse gilt in diesem Buch jedoch dem Staat. Der postfordistische Staat zeichne sich zwar erst in Ansätzen ab, indessen könnten bereits einige Tendenzen formuliert werden: Eine neoliberalistische Konzeption (Deregulierung etc.) gehe einher mit einer neuen Form der Durchstaatlichung; Umbau des Sozialstaats und Ausbau der repressiven Staatsfunktionen sind einige Stichworte (vgl. S. 108f.). Auch hier ist meines Erachtens die „neue Qualität" nicht nachzuvollziehen.

Wie sind nun die Klassenstrukturen des Postfordismus beschaffen?

Klassen- und „revolutionäres Subjekt"

Für Hirsch schließt das Kapitalverhältnis zwar bestimmte Klassenverhältnisse ein, indessen erscheinen die Klassenkämpfe „eigentümlich stillgelegt, zersplittert, verdreht und für die Beteiligten fast nicht mehr durchschaubar" (S. 120f.). Zu konstatieren sei eine weitreichende Entkoppelung von objektiver Klassenstruktur und politisch-sozialer Bewegung; der Klassenbegriff als Strukturbegriff erweise sich als nur sehr begrenzt tauglich zur Analyse politischer Prozesse (S. 132). Die zukünftige Entwicklung im postfordistischen Kapitalismus verkompliziere die gesellschaftliche Wirklichkeit noch mehr: „Immer mehr

geht eine wesentliche Klassenspaltung des entwickelten Kapitalismus quer durch die Lohnabhängigen *hindurch*" (S. 135). Das Resultat sei ein „Gemenge rivalisierender Statusgruppen" (S. 136), das Normalarbeitsverhältnis als klassenanalytisches Merkmal trete mehr denn je in den Hintergrund. Die Beantwortung der Frage nach dem Subjekt der Befreiung wird noch schwieriger, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Entwicklung des Kapitalverhältnisses eine „Eindimensionalität der gesellschaftlichen Verhältnisse" produziert, „der gegenüber es kein Entrinnen mehr zu geben scheint" (S. 120). Wirkliche Individualität verschwinde tendenziell: „Die Massengesellschaft produziert die ihr entsprechende kommerzialisierte und atomisierte Form von Individualität" (S. 121). Schließlich seien auch Veränderungen im Wertesystem zu registrieren, die einer sozialrevolutionären Veränderung nicht gerade förderlich sind: „Im Verblassen der fordistischen Werte von Egalität, bürokratischer Sicherheit und kollektiver Emanzipation, an deren Stelle die Betonung individuellen Durchsetzungsvermögens, natürlicher Ungleichheit und Marktleistung tritt" (S. 115), kündige sich eine neue Ära in der Welt des Kapitals an. Wie auf der Basis dieser Situationsbeschreibung die verknöcherten Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden können, ist in der Tat schwierig zu bestimmen — der Autor ist sich dieses Problems bewußt (S. 191f.).

Die entscheidenden Konfliktpotentiale scheint Hirsch zunächst offensichtlich nicht in den sogenannten „Klassenfragen" (traditionalistisch gesprochen) zu sehen, sondern in den Problemen, die bei den „neuen sozialen Bewegungen" eine entscheidende Rolle spielten (Naturzerstörung etc.) (S. 98f., S. 138f.). Zu fragen wäre meines Erachtens indes, ob die mit dem „Postfordismus" einhergehenden Umwälzungen der Klassenstruktur nicht auch Ansatzpunkte für sozialistische Politik bieten. Führt die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Ausdehnung von Teilzeitarbeit etc. notwendigerweise zum Kampf aller gegen alle? (S. 115) Gewiß ist die Vorstellung, daß wir uns auf einen „neuen Zyklus von proletarischen Kämpfen" hinbewegen[3], zu einfach; dennoch bietet der von Hirsch skizzierte Umwälzungsprozeß der Klassenstruktur auch entscheidende Ansatzpunkte und Möglichkeiten zu einer Mobilisierung der subalternen Klassen. Hirsch verstellt sich meines Erachtens den Blick auf dieses Problem, weil er dazu tendiert, die Klassenstruktur in ein „Gemenge rivalisierender Statusgruppen" aufzulösen (S. 136). Bei allen Differenzierungen und Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigen bleiben immer noch Gemeinsamkeiten: Der gut bezahlte Computerspezialist bei Siemens und die teilzeitbeschäftigte Verkäuferin sind gezwungen, ihr Arbeitsvermögen ans Kapital zu veräußern, ihr Arbeitsprozeß ist — bei allen Unterschieden — vom Kapital diktiert. (Es wird sich im folgenden zeigen, daß das „traditionelle Subjekt" bei Hirsch doch noch zu Ehren kommt.)

Den Tiger reiten?

Wie läßt sich nun eine „sozialrevolutionäre und emanzipative" Politik (S. 192) bestimmen? Daß die strategische Option heute nicht mehr der berühmte „Sturm aufs Winterpalais" sein kann, werden nur wenige Marxisten bestreiten; Hirsch grenzt sich darüberhinaus auch von der Konzeption des sogenannten „Stellungskriegs" (Gramsci) ab. Da ein klar definiertes Subjekt der Veränderung nicht mehr existiere, bedürfe es eines „übergreifenden ‚Bewegungs'-Netzwerks" (S. 150); Stärkung der zivilen Gesellschaft, institutionelle Demokratisierung und Dezentralisierung sind die Stichworte (S. 172). Vermittelt über den Staat könnten zwar emanzipatorische Prozesse erleichtert werden, der Staat selbst könne aber nicht Hebel der Veränderung sein: „Wer eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft will, kann nicht auf Partei, Bürokratie, Staat und bürgerliche Institutionen setzen" (S. 147).

Der Angelpunkt zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse liegt für Hirsch indes nach wie vor in der Sphäre der Ökonomie. Das derzeitige Ziel jedoch ist bescheiden: Der Kapitalismus müsse besser sozial und politisch reguliert werden. „Denkbar ist ein Gesellschaftsmodell, das zwar Kapitalverwertung und Profit zuläßt, aber in einer politisch kontrollierten und ‚sozialvertraglich' regulierten Form" (S. 181). In diesem Zusammenhang verweist Hirsch auf die Notwendigkeit starker Gewerkschaften und die Wichtigkeit einer solidarischen Lohn- und Arbeitspolitik für die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (S. 182). Befreiung von der Arbeit könne nicht das Ziel sein, vielmehr gehe es um Inhalt und Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die Frage also, was und wofür produziert wird (S. 183f.). Insofern Hirsch nun das Problem der Herstellung eines Konsenses innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen als eine entscheidende Voraussetzung für eine Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse betont, relativiert er seine bisherigen Ausführungen: Es kann letztlich doch nur um den „Stellungskrieg" gehen.

Unklar bleibt, warum sich Hirsch mit einer bloßen Regulierung des Kapitalverhältnisses zufrieden gibt. Sicherlich sind die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht so beschaffen, daß eine sozialistische Umwälzung auf der Tagesordnung steht. Die jüngsten Entwicklungen in Europa deuten vielmehr eher darauf hin, daß sozialistische Positionen in den kommenden Zeiten eine untergeordnete Rolle spielen werden. Hirschs Einwand ist jedoch prinzipieller: Es fehle an alternativen Modellen zum Kapitalismus (S. 181). So wird formuliert, daß eine entwickelte Ökonomie nicht ohne Marktregulierung auskommt, Vergesellschaftung und Planung stellen sich für Hirsch als gescheiterte Versuche dar (S. 177f.). Andererseits wird jedoch auch wiederum auf die Notwendigkeit von Sozialisierungen verwiesen (S. 188). Aus dem Scheitern der „Kommandoökonomie" läßt sich meines Erachtens indessen nicht begründen, daß eine bewußte Form der Gestaltung des Lebensgewinnungsprozesses per se unmöglich ist. Auch wenn die „Marktwirtschaft" sich gegenwärtig bei der Linken wachsender Popularität erfreut, sollte man sich immer vergegenwärtigen, daß mit dem Markt — um Hirsch selbst zu zitieren — der „Keim für die Entwicklung kapitalistischer Strukturen" (S. 179) gegeben ist.

Die Zielsetzung, den Kapitalismus zunächst einmal zu regulieren, erscheint mir doch etwas zu „realpolitisch" gedacht; warum sollte nicht auch hier „*gegen* objektive Strukturen und Tendenzen gedacht und gehandelt" werden? (S. 192)

Bei allen Mängeln bietet indes Hirschs Buch genug Stoff zum Denken und zur Diskussion — zumal in einer Zeit, wo ein Teil der Linken nach allerlei „Diskursen" über Postmoderne, Posthistoire etc. die Bedeutung der deutschen Nation (wieder-) entdeckt hat.

Joachim Rauscher

Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg 1990

1 Eine ausführlichere Darstellung findet sich in: Joachim Hirsch/Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986

2 Die Periodisierung Fordismus/Postfordismus wurde mit unterschiedlichen Argumenten von verschiedener Seite kritisiert. Vgl. u.a.: W.F. Haug: Nach dem Fordismus: Postfordismus?, in: *Argument* 165; J.B. Foste: Fordismus als Fetisch, in: *Prokla* 76

3 Karl-Heinz Roth: Ganz unten, in: *konkret* 6/89

Initiative Sozialistisches Forum
KRITIK UND KRISE Heft 2/3
Nie wieder Deutschland
64 Seiten, 8,00 DM

Johannes Agnoli
Die Transformation der Demokratie
und andere Schriften zur Kritik der Politik
220 Seiten, DM 25.-

Initiative Sozialistisches Forum
Das Ende des Sozialismus – die Zukunft der Revolution
290 Seiten, 25 DM

Fordern Sie unseren Prospekt an:
ca-ira Verlag
Postfach 273
7800 Freiburg

Es ist halb fünf und wir liegen 2:0 zurück

Die englischen Fußball-Fans gelten hierzulande als saufende, schlägernde Banden, die randalierend durch Städte ziehen. Die Fußball-Rowdies bilden eine kleine Minderheit, die den Fußballsport in seinem Ursprungsland bedrohen, aber die wirkliche Gefahr für das Spiel komme von den Verbänden und den Behörden. Das sagt jedenfalls die vor viereinhalb Jahren gegründete militante Fan-Vereinigung der „Football Supporters Association". Gegen die Arroganz der Clubs und die autoritären Maßnahmen der britischen Regierung mobilisiert inzwischen auch eine Vielzahl unabhängiger Fan-Zeitschriften. In Großbritannien entsteht eine neue Fußballkultur.

Bill Brewster, Mitte zwanzig, spitze schwarze Schuhe, enge Jeans und Pomade im Haar, würde eher in eine Disco passen. Stattdessen sitzt er hier und regt sich mächtig auf, vor allem, wenn er an damals denkt. Ihn habe es regelrecht angeschissen, sich ständig als Fußball-Fan verteidigen zu müssen, sagt er, „du bist dir wie ein Alkoholiker vorgekommen, der öffentlich seine Trunksucht bekennt". Also habe er beschlossen, etwas gegen die Stimmung im Lande zu unternehmen. Und so sitzt er nun im Redaktionsbüro über der Whitecross Road, die sich eine Meile nördlich der Bank of England durch ein ärmliches Viertel zieht. Hier sieht und spürt man nichts von den Wohltaten des Casino-Kapitalismus der Londoner City und der hektischen Nervosität des Finanzplatzes. Während in der Threadneedle Street Yuppie-Banker schon mittags die Champagner-Flaschen entkorken, gibt es in den zwei kleinen, vollgestopften Räumen mit quietschenden Alt-Computern nur schlechten Instant-Kaffee. Neben dem Vertriebschef Bill sitzt der Chefredakteur Andy Lyons, ebenfalls Mitte zwanzig, und erzählt von früher, von den Mittachziger Jahren, als in der musikalischen Subkultur kleine Zeitschriften entstanden, als Punks das Rock-Establishment herausforderten, Mode-Rebellen Plattenfirmen erschreckten und bewußt häßliche Figuren durch Discos zogen, um „ihre" Musik von der Unterhaltungsindustrie zurückzufordern. „Damals begannen wir, ein paar Seiten über Fußball zu schreiben und diese einem Punk-Magazin beizulegen. Wir liebten Musik, sprachen oft über Fußball und dachten, das könnte auch andere interessieren." Der Weg vom Rockschuppen zum Stadion ist nicht sehr weit. Elton John sponserte den Zweitliga-Club Watford, die Merseysider Band „Half Man Half Biscuit" verzichtete bei Heimspielen der drittklassigen Tranmere Rovers auf jeden Gig, und aus den Punk-Zeitschriften entstanden Fußball-Magazine.

Das Musikblatt „Snipe!" verschwand und die Beilage entwickelte sich zu einer eigenständigen Zeitschrift, deren Name „When Saturday Comes" („WSC") — einem Song der Rockgruppe „The Undertones" entnommen — an gemeinsame Wurzeln erinnert. Heute ist „WSC" die größte unabhängige Fußball-Zeitschrift im Lande (Druckauflage 43 000). Das „halbanständige Fußball-Magazin", wie der Untertitel lautet, gehört zu den ältesten Publikationen, ist aber nicht das einzige Blatt, und hat noch nicht mal den originellsten Titel. Da gibt es nämlich noch „Es ist halb fünf und wir liegen 2:0 zurück" (Dundee), „Licht am Ende des Tunnels" (Dartford), „Verdammter Schiri, das war gewiß ein Foul" (Waterlooville), „Mud, Sweat And Beers" (Watford), „Wartren auf den großen Sprung nach vorne" (Motherwell), „Weise Männer reden" (Sunderland), „Hinter euren Zäunen" (Boston) oder „Wenn alle Himmel grau sind" (Everton). Die meisten Fußball-Fanzines — Magazine, die von Fans für Fans geschrieben werden — konzentrieren sich auf einen bestimmten Club, nur wenige beschäftigen sich wie „WSC" mit dem Spiel im allgemeinen. Vor drei Jahren gab es im gesamten Land ein halbes Dutzend Fanzines mit minimaler Auflage; heute sind es über zweihundert, von denen die cluborientierten zwischen sechzig und elftausend Exemplare verkaufen. Die Gesamtauflage, schätzen die beiden „WSC"-Redakteure, erreiche fast eine Million.

In der Londoner Sportbuchhandlung „Sportspages" an der Charing Cross Road werden fast alle Fanzines angeboten — übereinandergeschoben bedecken sie ein gut Teil des Ladenbodens. Da liegen handgestrickte Blätter, deren Texte auf Vaters alter Schreibmaschine getippt wurden (wie „Brian" aus Nottingham) neben Zeitschriften aus dem Laserprinter wie „In Imperfect Match" (Arsenal) — alle etwa zwanzig Seiten dick und fünfzig bis sechzig Pence teuer. „Die Fanzines der kleineren Clubs sind oft besser", sagt Bill Brewster, „sie können nicht auf großartige Spiele oder eine lange Clubgeschichte zurückgreifen und müssen deshalb phantasievoller schreiben." Aber auch sie würde es ohne die Inkompetenz der Veranstalter des Europa-Cup-Finales in Brüssel nicht geben. „Nach der Katastrophe von Heysel 1985 und dem Tribünenbrand in Bradford im selben Jahr waren wir Fußballfans für die Presse nur Bestien", erläutert Andy Lyons. „Wir galten als Schläger, Säufer und Deppen, nur weil wir gern ein Spiel besuchen." Die Fans fühlten sich mißhandelt, die Polizei schlug immer härter zu, die Fußball-Industrie zählte nur ihr Geld — kurz: Es war ein miserables Leben.

Bill Brewster, Andy Lyons, John Duncan und der frühere Chefredakteur Mike Ticher hatten 1986 begonnen, das aufzuschreiben, was ihnen am Herzen lag: Die Punk-Fanzines mögen die Jeans-Mode verändert haben, die alternativen Fußball-Journalisten forderten hingegen eine Revolution. Sie beschrieben den tristen Alltag der Fußball-Fans, die „Durch Wind und Regen" (so der Titel eines Liverpooler Fanzines) ziehen, teures Eintrittsgeld entrichten, auf oft ungeschützten Rängen vom Wetter gebeutelt werden, in überschwemmten Pissoirs anstehen, schale Fast-Food-Kost konsumieren, von der Polizei schikaniert und von den Clubs ignoriert werden. „Wir akzeptieren keine Klischees und keinen faulen Journalismus", schrieb Mike Ticher in der ersten „WSC"-Nummer, „keine Plattheiten, keine Weißwäscherei, keine lahmen Entschuldigungen, keine unsinnigen Statistiken und keine kleinkarierten Rivalitäten."

Dieser redaktionellen Linie ist „When Saturday Comes" bis heute treu geblieben. Der Stoff ging ihnen nie aus; Unverschämtheiten und Kuriositäten gab und gibt es in ausreichendem Maße. Die Geschäftsführung von Tottenham Hotspurs zum Beispiel nahm den Fans ausgerechnet die populärsten Stehränge weg, baute diese zu Tribünen für „Geschäftspartner" um und sagte beispielsweise das erste Match der 88/89er Saison wegen „Baumaßnahmen" erst ab, als die meisten Fans schon auf dem Weg waren. In Liverpool brauchte es öffentliche Proteste, bis der Club-Vorstand die Fan-Kurve schloß und die kollabierte Kanalisation unter den Stehplätzen des „Kop" reparierte. Und die Charlton-Manager entschieden quasi über Nacht, vom alten Stadion The Valley nach Selhurst Park, dem Platz des Lokalrivalen Crystal Palace, umzusiedeln. Die Fans werden nie benachrichtigt, nie konsultiert. Überall entstehen sogenannte „Executive Boxes" für Sponsoren und Wirtschaftspartner; Fußball-Manager rollen in den Empfangsräumen dicke Teppiche aus; die Indu-

strie versorgt ihre Freunde mit „Cabernet Sauvignon", Freitickets und Farbmonitoren in den Club-Bars. Wessen Spiel, fragen sich da die Fans, ist das eigentlich?

Die Kapitalisierung des Fußballs, seine Entwicklung vom Arbeitersport zur Freizeitindustrie, eine wachsende Kluft zwischen den Mannschaften und ihren Zuschauern, die in den Plänen der Clubs nur noch als Ziffern auftauchten — all dies führte zu einer schleichenden Entfremdung der Basis. Dann revoltierten die Fans — die einen blind und wütend, die anderen nüchtern und mit Bedacht. Die einen verprügelten rivalisierende Fans. Die anderen klagten Clubs, Verbände, Polizei und Behörden an. Die einen fanden in der Boulevard-Presse ihr Spiegelbild, wenn nicht gar einen Bündnispartner — hatte diese doch während des Falkland-Krieges von „unseren tapferen Jungs" geschrieben, die den Argentiniern Anstand beibrächten und denen schon „die Scheiße aus dem Leib kicken". Scheinheilig entsetzten sich die Sensationsmedien über die „Tiere", was die Fotografen aber nicht daran hinderte, den Hooligans ab und zu ein paar Pfund in die Hand zu drücken, damit sie bildgerecht ein Ladenfenster eintraten. Die anderen gruppierten sich um die 1985 in Liverpool gegründete „Football Supporters' Association" (FSA), eine militante Mischung aus Verbraucherorganisation und Gewerkschaft, und schufen ihre eigene Presse.

Die FSA (der praktisch alle Fanzine-Journalisten angehören) räumte mit dem gängigen Klischee des passiven, unkritischen, einfältigen Fußball-Fans auf, der sich widerstandslos auf verregnete Ränge stellt. Die Fan-Organisation (mittlerweile 30 000 Mitglieder stark) fordert sei Jahren eine Demokratisierung des Spiels, Mitspracherecht der Fans auf Club-, Verbands- und UEFA-Ebene, ziviles Verhalten der Polizei, Beseitigung aller Zäune und die Beibehaltung der Stehplätze in den Stadien. Mit den Fanzines hat die FSA eine publizistische Front, die vielstimmig verkündet, daß der Fußball nicht etwa dem Fernsehen, den Spieleragenten, den Aktionären oder den Sponsoren gehört — sondern vielmehr den Fans.

Diese wollen jetzt *ihr* Spiel zurück. „Fußball belebt nicht nur Beine und Einbildungskraft, sondern auch Diskussionen", schrieb beispielsweise das Liverpooler Fanzines „He Freund, wie steht's denn?" Und weiter: „Da fließen Tränen, scheitern Ehen, trennen sich Freunde. Ein 0:1-Rückstand löst Selbstmordgedanken aus, der Ausgleich rettet das Team und die Seele, und nach dem Siegestor fühlt man sich einen Tag lang als König der Welt. Unser Spiel hat allerdings auch eine weniger romantische, eine ausgesprochen gefährliche Seite. Der Profi-Fußball ist nicht mehr in der Hand der Leute, die für ihr Spiel leben — der Profi-Fußball ist mittlerweile ein weltweites milliardenschweres Geschäft, bei dem lukrative Werbe- und TV-Verträge an die Stelle unseres schönen Samstagnachmittags getreten sind ... Hillsborough zeigte, daß unser Spiel nicht mehr uns gehört."

Mitte April 1989 kamen in Sheffield 95 Liverpooler Fans ums Leben, als eine sicherheitsbeseelte Polizei trotz aller Video-Überwachung wartende Menschen in „sichere", aber bereits überfüllte Gehege des Hillsborough-Stadions leitete, aus denen es kein Entkommen gab. Die Fußball-Fans, darunter viele Jugendliche und Frauen, wurden zerquetscht — Opfer eines Ordnungssystems, das die turbulenten und leidenschaftlichen Massen um jeden Preis kontrollierten will. Das Kabinett der Margaret Thatcher reagierte damals sofort auf die Katastrophe: Die Überwachung der „Hooligans" müsse verschärft werden, sagte die Regierungschefin. Auch die Boulevard-Zeitungen hatten schnell eine Erklärung zur Hand: Betrunkene Liverpooler Hooligans hätten das Desaster erst heraufbeschworen, titelte die auflagenstarke „Sun" des Medienmagnaten Rupert Murdoch (und handelte sich damit einen Boykott der Liverpooler Bevölkerung ein). Die alternative Fußballpresse berichtete da kompetenter. Viele Fanzines rekapitulierten detailliert die Geschehnis-

Foto: Abisag Tüllmann

se in und um Hillsborough, veröffentlichten teure Sonderausgaben (Überschüsse gingen an den Katastrophen-Fonds) und „WSC" brachte die Schuldfrage in der Juni-Ausgabe aufs Titelblatt: „Einstimmiges Urteil" lautete die Schlagzeile. Darunter waren Portraits von Graham Kelly, Sekretär des Fußballverbands, Peter Wright, Polizeichef von Sheffield, und Regierungschefin Margaret Thatcher abgebildet, alle drei mit der gleichlautenden Distanzierung: „Wir können nichts dafür". Auf einem vierten Bild sind Fußball-Fans zu sehen und der Spruch: „Dann werden's wohl wieder wir gewesen sein".

Witz und Beobachtung, Humor und Fußballbegeisterung sind die Stärken der neuen Fußball-Presse. Anders als die öden Hochglanz-Zeitschriften „Match" oder „Shoot!" interessieren sich die Fanzines nicht für das Privatleben der Stars oder für Gerüchte um Trainerwechsel. Ihre Reporter sitzen nicht auf Pressetribünen, von denen aus zwar das Spiel recht gut, die Mitspieler auf den Rängen aber überhaupt nicht beobachtet werden können; sie schreiben keine Kurzstoffe, die den Tag nicht überleben würden, sondern kramen in Archiven; sie geben sich nicht mit Prominenteninterviews zufrieden, sondern verfolgen die Eigenarten, Geheimnisse und Legenden der populärsten und leidenschaftlichsten Sportart. Und sie sind sachkundig.

Welches etablierte Fußball-Magazin publiziert eine Serie „Große Eigentore unserer Zeit"? Welche Sportzeitung würde so fulminante Hymnen auf längst vergessene Kicker veröffentlichen wie jene auf Tony Green, der Anfang der 70er Jahre in seinem dritten Match für Newcastle United den Ball zuerst gegen das Lattenkreuz knallte, und „Minuten später von derselben Stelle aus zwei Zoll tiefer traf. Sein Schuß versetzte die Menge in ein fortgeschrittenes Delirium und ließ sie noch jubeln, als die Mannschaft zum nächsten Spiel zurückkehrte"? Welche Zeitschrift würde schon eine Artikelreihe über die Frisuren der wichtigsten Spieler mit Berichten über die Zustände in den wichtigsten Stadien kombinieren? Oder darüber räsonieren, weshalb seit den 30er Jahren kein Team mit gestreiften Trikots die Meisterschaft gewonnen hat. In welchem Blatt auch diesseits des Kanals wurde denn der zügige Abstieg des Fußballvereins Neusiedl von der ersten österreichischen Division auf den letzten Platz in der Kreisklasse so sehr gewürdigt wie in „WSC" (mit der Aufforderung an die Leser, dem Verein zum 70. Geburtstag einen Kartengruß zu senden)? „Seriöse" Zeitungen berichten nicht einmal über die kleinen Absteiger im eigenen Land.

Die englischen Clubs erfreuen sich selten solch schön geschriebener Anteilnahme. Deren Manager sehen in der unabhängigen Berichterstattung vielmehr eine lästige Herausforderung. Nur wenige tolerieren den Verkauf der frechen Zeitschriften im Stadion; Handverkäufer, die vor den Kassen stehen, werden manchmal bedroht oder von der Polizei mitgenommen. „Es gibt viele Dinge, die offenkundig sind, aber niemand schreibt darüber", sagt Andy Lyons. „Beispielsweise haben die Clubs immer mehr Zuschauer, als sie angeben. Aus Steuergründen werden die wirklichen Zahlen frisiert. Aber wer kann das schon belegen?" Auch Bestechungen seien keine Seltenheit. „Wir können sie aber nicht beweisen, und die großen Zeitungen haben kein Interesse an solchen Geschichten. Deren Reporter gehen in den Clubs ein und aus, sind auf Interviews angewiesen und tun den Informanten nicht weh."

Die Reporter der neuen Fußballpresse recherchieren da anders. Zuweilen treffen sich Redakteure der Club-Fanzines vor den Spielen, tauschen Informationen über Polizei, Presse, Politik, Programme und Pints aus, diskutieren über die Rolle des Fußballs im subkulturellen, sozialen, politischen Kontext und planen gemeinsame Aktionen. Dieser Sport ist ein Abbild der Gesellschaft, in der er ausgetragen wird. Rassistische und sexistische Sprüche tönen von den Stadionrängen; die Hooligans exportieren die Gewalt wie das früher junge Kolonialsoldaten taten, um Englands Empire zu verteidigen; und den oberen Schichten ist s egal, wie es den unteren geht. Inzwischen kicken einige schwarze Spieler in den vier englischen Profi-Ligen, denen Hooligans immer wieder Bananen vor die Füße werfen — doch die Club-Manager unternehmen nichts dagegen. Jede Thematisierung des Rassismus mache diesen nur noch schlimmer, rechtfertigt beispielsweise Liverpools Generalsekretär Peter Robinson seine Inaktivität. „Ignoranz und Vorurteile werden durch Wegsehen nur bestärkt", betonen dagegen die Fanzine-Redakteure, die gegen den gemeinsamen Feind nicht nur schreiben. „Marching Altogether" heißt beispielsweise die Zeitschrift der „Leeds Fans United Against Racism and Fascism" — und im September 1988 marschierten sie auch tatsächlich gemeinsam, die Fans von Leeds *und* die von Chelsea. Vor dem Spiel, bei dem sich die rivalisierende Schlachtenbummler stets gegenseitig niederpfeifen, verteilten beide Flugblätter gegen die Rassisten von der „National Front".

Natürlich sind nicht alle Fanzines nur in politisch ehrenwerten Kämpfen verwickelt — Lokalpatriotismus, Loyalität und Leidenschaft gehören dafür zu sehr zum Spiel. Für die Fans von Glasgow Rangers wird auch weiterhin Celtic Glasgow einen „athletischen Flügel der IRA" darstellen. Und „City Gent" (Bradford) ließ es sich nicht nehmen, eine Sonderausgabe über einen Rivalen herauszubringen: Nachdem Hooligans aus dem benachbarten Leeds den Fish & Chip-Caravan vor dem Bradforder Stadion angezündet hatten, publizierte „City Gent" eine Spezialnummer mit dem Titel „Die glorreichen Jahre von Leeds United" — sämtliche Seiten waren leer.

Im „WSC"Redaktionsbüro herrscht an diesem Tag große Hektik. Redakteure und Mitarbeiter des nunmehr ältesten britischen Football-Fanzines kontrollieren die Satzfahnen für ihr neues Buch „Offside!" Aus dem Nebenraum schreit einer: „Wie buchstabiert man ‚nouveaux riches'?" und löst damit eine heftige Diskussion aus. „Die Zeitung wird nie so viel Geld einbringen, daß wir davon leben können", sagt Andy Lyons, „sie erreicht im Grunde genommen auch nur die Leute, die ohnehin wissen, daß mit dem Fußball in diesem Land sehr vieles nicht stimmt." Aber wegen des Geldes arbeitet keiner der vier hauptamtlichen Redakteure hier, allesamt leben vom Arbeitsamt — und von der Hoffnung, daß Fußballfans bald wieder in respektabler Manier und ohne schlechtes Gewissen ein Spiel besuchen können. „Wir müssen diejenigen isolieren, denen es einen perversen Spaß bereitet, unser Spiel zu ruinieren", redet Redakteur Lyons von seinem wackligen Holzstuhl aus gegen die Selbstgefälligkeit der Sportmanager an, und fügt hinzu: „Ich meine die Regierung und nicht die Hooligans." Diese vertritt trotz aller Einwände gegen ihre autoritäre Politik — selbst die Polizei gibt sich in diesem Fall kritisch — ein Konzept, nach dem die Gewalt am Rande der Stadien nur mit noch mehr Gewalt beseitigt werden könne. „Alle glauben, daß die ‚anständigen' Fans in Scharen zurückkehren, wenn der Hooliganismus beseitigt ist. Aber es kommt darauf an, wieder mehr und wieder andere Menschen in die Stadien zu bringen, um die Macho-Atmosphäre und den Rassismus zurückzudrängen." Doch dazu sei notwendig, daß die Einschüchterung aufhöre, daß Polizeiaufmärsche und Sicherheitszäune verschwänden und daß die Infrastruktur in den Stadien verbessert werde.

Die Fanzines sind Stimmen der Vernunft in einem Land, wo sozialpolitisches Denken nicht viel galt in den letzten zehn Jahren. Wo staatliche Behörden und Fußballverbände mit einer von Sponsoren finanzierten europäischen Superliga liebäugeln. Wo die fünf großen Clubs (Liverpool, Everton, Manchester, Arsenal und Tottenham) die Sportseiten der bürgerlichen Zeitungen dominieren, und wo Fans nur den kapitalistischen Frieden beim Spiel ums große Geld stören. „Wir wollen unseren Samstag und unser Spiel zurück", sagt Andy Lyons, „einen Fußball, der für die Fans da ist. Denn die finanzieren ja den Sport." Als jetzt im Januar die britische Regierung ihren Plan aufgab, nur noch Fußballfans mit maschinenlesbaren Ausweisen einen Spielbesuch zu gestatten und stattdessen allen Clubs einen Umbau ihrer Stadien (nur noch Sitzplätze, keine Stehränge mehr) verordnete, reagierte „When Saturday Comes" mit einem großformatigen Foto auf der Titelseite der März-Ausgabe. Es zeigt eine Margaret Thatcher, die, ihre Handtasche fest im Griff, lächelnd durch eine Reihe hochgeklappter, numerierter Sitze stampft. Darüber die Schlagzeile zum Foto: „Die Zukunft des Fußballs . . ."

Pit Wuhrer

Von der harten Flohmarktschule

Die multikulturellen Freunde und ihre Gesellschaft

Wer von Multikultur spricht, meint gemeinhin Monokultur. Das hat in Frankreich ein Le Pen sofort begriffen, als er zum Schrecken von SOS-Racisme sich deren Parole vom „droit à la différence" zu eigen machte und damit weit wirkungsvoller als die „Antirassisten" operierte. SOS-Racisme änderte die Parole und sprach fortan von einem „droit à la ressemblance", einem Recht auf Ähnlichkeit, und machte ansonsten weiter wie gehabt.

Wer in der Bundesrepublik über Multikultur spricht, meint Deutschland. Dies findet — in der Form different, im Inhalt aber sehr ähnlich — seinen Ausdruck bei Martin Walser und Günther Gaus, Hans Magnus Enzensberger und Edgar Reitz. Aber nicht um jene Poetenschar soll es hier gehen, die einst über die kubanische Revolution schrieben, dann auf Suche nach Urbanität den Globus bereiste und schließlich die Heimat entdeckte, sondern um jene Prominenz, die im eigentlich politischen Bereich das Gemeinwohl fest im Blick hat. Da sich die Politik aber im kulturalisierten Gewande zu artikulieren pflegt, muß vom Flohmarkt ebenso wie von der Zwillingsforschung, von amerikanischen Kasernen und folkloristischen Festen, von Kant und Beckenbauer berichtet werden. In der Gesamtheit ihrer Vorlieben wollen die Freunde der multikulturellen Gesellschaft beschrieben sein.

Von der konservativen Multikultur ...

„Mit 80 Millionen Einwohnern sind wir das größte Volk in Europa. Ein Potential, aus dem dann der gesamtdeutsche Bundestrainer Berti Vogts eine schlagkräftige Mannschaft zusammenstellen kann. Ich erhoffe mir vor allem aus der DDR Impulse. Die DDR ist in vielen Entwicklungen hinter der Bundesrepublik zurück — was im Fußball durchaus positiv sein kann. Dort drüben blüht noch der Straßenfußball mit unentdeckten und unverdorbenen Talenten. Deshalb glaube ich, daß wir schon bald eine Nationalmannschaft kriegen werden, die Europa beherrscht. Trotz der Italiener."

Franz Beckenbauer

Hat Franz Beckenbauer die Thesen Heiner Geißlers begriffen? Müßte der Nationaltrainer nicht von der größten Nation sprechen, auch wenn er das „größte Volk" meint? Geißler plädierte unlängst im *Spiegel*[1] für eine multikulturelle Gesellschaft. Was er darunter versteht, referierte er über sieben Seiten unter der Überschrift: „Meise zu Meise?". Demnach haben die Deutschen ein Hauptproblem: sie vergreisen und zeugen nicht genug Nachwuchs. Dadurch dürfte demnächst ein akuter Arbeitskräftemangel zu befürchten sein: „Auch die Steigerung der Frauenerwerbsquote, die immer wieder ins Feld geführt wird, kann nicht weiterhelfen ... Die Folge (würde) wahrscheinlich sein, daß noch weniger Kinder auf die Welt kommen."

Gegen die Vergreisung der Bevölkerung, im Geißlerschen Sinne von Bevölkerung als Arbeitskraftreservoir, helfe nur verstärkter Zuzug von Ausländern. Vorbild sei das Einwanderungsland USA: „... die Amerikaner sehen in den Einwanderern vornehmlich die Chance zu einer Regeneration der intellektuellen und ökonomischen Ressourcen ihres Landes." Der ehemals zweitmächtigste Mann der CDU zitiert den Vorstandsvorsitzenden von Daimler Benz, Edzard Reuter (SPD). Dieser erklärte in einem Vortrag vor dem Verein deutscher Lebensversicherer: „Eine Öffnung der Grenzen für unbegrenzte Einwanderung ist gewiß kein Patentrezept. Läßt man sie aber im richtigen Maße zu, kann allein dies auf Dauer die Anpassungslasten erheblich vermindern und dazu führen, daß unerträgliche Folgen des Geburtenrückgangs vermieden werden." Mit Reuter ist sich Geißler einig, daß allein Angebot von und Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft dafür bestimmend seien, ob und in welchem Maße die Bundesrepublik (oder Deutschland) im gegebenen Fall Einwanderungsland ist (oder nicht). Die Zahl der Einwanderer, schreibt Geißler, „ müßte die Bundesregierung von Jahr zu Jahr regeln und nach Bedarf erhöhen. — Dies setzt aber voraus, daß die Asylfrage geklärt wird und der unkontrollierte Zugang verhindert wird." Der frühere CDU-Generalsekretär ist bemüht, die Grundlagen des politisch-ökonomischen Systems zu stabilisieren, da er weiß: „... der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland, ihre starke Stellung in Europa und in der Welt sind nicht das Ergebnis des deutschen Nationalcharakters, sondern die Resultate einer Verfassung, in der die freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Sozialstaatsgedanke in der Sozialen Marktwirtschaft eine allen anderen politischen Ordnungen überlegene Symbiose eingegangen sind." Ausschließlich solche Ausländer, die die Wirtschaft brauchen kann, sollen reingelassen werden. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt soll die Integration in die Gesamtgesellschaft einhergehen. Um sozialen Störungen, etwa einer fortdauernden Fremdenfeindlichkeit gegen die neuen Arbeitskräfte entgegenzuwirken, fordert Geißler für sie die Doppelstaatsbürgerschaft und die rechtliche Gleichstellung im Staat. Voraussetzung dafür wären die Beherrschung der deutschen Sprache und die Loyalität zur Verfassung, sprich zum Staat. Deutschstämmigkeit als das geltende Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation soll abgelöst werden, stattdessen sieht Geißler wie auch Habermas alte und neue Deutsche zu einer Nation von „Verfassungspatrioten" werden.

Hat Franz Beckenbauer also doch nichts begriffen und muß Berti Vogts zukünftig von der größten Nation reden, wenn er das größte Volk meint? Oder sagt Beckenbauer doch, was Geißler meint?

Um diejenigen, die sich als deutsches Volk fühlen, auf den Weg zur Nation zu führen, appelliert Geißler zunächst an die Ängste der Volksseele. Nachdem er mittels Zahlenkolonnen belegt hat, wie sehr das gehegte Kollektiv der Deutschen in seinem Bestand gefährdet sei, schüchtert er seine Leser erst einmal gänzlich ein, indem er donnert:

„Wir werden künftig mehr Ausländer bei uns haben. Es gehört zu einer glaubwürdigen Politik, dies dem deutschen Volk auch zu sagen. Man kann es noch härter sagen: Wir brauchen Ausländer in beiden deutschen Staaten, um die Zukunft Deutschlands zu sichern. Darauf muß sich die deutsche Bevölkerung einstellen."

Die beängstigten Leser brauchen aber nur fünf Zeilen weiterzulesen, um umso beruhigter aufatmen zu können. „In Wirklichkeit aber", meint Geißler, „nehmen Ausländer den Deutschen keinen Arbeitsplatz weg. Sie sind vielmehr, wie Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn feststellt, ‚Lückenbüßer für die Verkrustungen des Arbeitsmarktes, der von sich aus nicht mehr in der Lage ist, Angebot von und Nachfrage nach Arbeit zur Deckung zu bringen'. Die Ausländer sind im eigentlichen Sinne des Wortes Resteverwerter deutscher Wohnungen und deutscher Arbeitsplätze, die von den Deutschen selber mangels Qualität oder mangels finanzieller Ausstattung oder Entlohnung gar nicht mehr genutzt werden."

Mit dem Erfolg jenes Appells an die Raffgier und den Unterdrückermut der Bevölkerung ist zu rechnen. Quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen ist eine westdeutsche Solidargemeinschaft zu mobilisieren, wenn es um die Ausbeutung dritter geht. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: die Bevölkerung in Westdeutschland stellt nur einen besonderen Fall dar, bildet aber im Vergleich zu den Bevölkerungen anderer entwickelter kapitalistischer Gesellschaften keine Ausnahme.

Geißler redet von einer Großmacht Deutschland im wirtschaftlich vereinigten Westeuropa. Er schreibt: „Heute kommt es darauf an, daß die Deutschen, wie Golo Mann sagt, ein europäischer Teilstamm sind." Und schnell jubelt er diesem „Teilstamm" noch all jene Errungenschaften unter, zu dem die Deutschen so gut wie nichts beigetragen haben: „Alles wichtige war das Ergebnis europäischer Arbeit, europäischer Politik, europäischer Kultur: die universale Geltung der Menschenrechte, ebenso wie die Entdeckung Amerikas und der übrigen Welt."

Im Kern plädieren Geißler und seine multikulturellen Freunde in der CDU (Rommel, Süssmuth, Blüm, Weizsäcker) für einen Rassismus nach außen und Gleichheitsbehandlung im Inneren der Festung Europa. Unter Multikultur firmiert ein ideologischer Entwurf zur Sicherung der materiellen Privilegien der Bevölkerung der ersten Welt. Um ökonomisch unrentable Flüchtlinge und Hungerleider aus aller Welt abweisen zu können, müssen sich die bürgerlichen Ideologen diskriminierender Begriffe bedienen („Teilstamm", „große europäische Kultur" etc.), da die real-existierende materielle Ungleichheit der Menschen sich eben nicht durch Begriffe wie Fortschritt, Freiheit und universales Menschenrecht ausreichend legitimieren läßt. Geißler hat keine Schwierigkeiten, von Menschenrechten und einer Verschärfung des Asylrechts gleichzeitig zu reden. Um die notwendige Systemstabilität im Innern zu sichern, werden die unterschiedlichen Gruppen eines Territoriums zu einer abstrakten Gemeinschaft vereint (Teilstamm, Europa, die Nation, die Deutschen), mit einer gemeinsamen projektiven Vergangenheit versehen (große Kulturnation) und wird das gemeinsame Interesse betont, das in der Ausbeutung dritter besteht. Arbeitnehmer und Unternehmer verschmelzen zu einer Volksgemeinschaft, deren Anliegen es ist, den erreichten Besitzstand zu wahren und nach Möglichkeit das Wohlstandsgefälle gegen „die Fremden" aus der zweiten und dritten Welt auszubauen.

Indem Geißler Menschen nur als Wirtschaftssubjekte begreift, steht es um sie im Falle einer Krise schlecht. Auf Gedeih und Verderb ist ihr Wohlergehen an die wirtschaftliche Entwicklung gebunden. Als „Lückenbüßer" geholte Arbeitsimmigranten werden

überflüssig, ist die Lücke einmal geschlossen und der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt.

Ein ideologisches wie materiell verunsichertes Wirtschaftssubjekt, daß sich in seiner Existenz gefährdet fühlt, hat die Neigung, immer gerade die zu Feinden zu erklären, die ihm am ähnlichsten (nächsten) sind. „Das Gerede von den verschiedenen Kulturen", schreibt Wolfgang Pohrt[2], „welches unterstellt, ein Italiener und ein Deutscher hätten miteinander Schwierigkeiten, weil der eine Goethe und Beethoven im Kopf hat und der andere Verdi und Pavese, dient dazu, der Feindschaft gegen Ausländer edle Motive nachzusagen, während es in Wahrheit dafür nur einen niederen Beweggrund gibt, nämlich den blanken Futterneid." Die „Ausländer", die „Fremden" werden demnach nicht gehaßt, weil sie es verdienen, sondern weil sie verdienen.

In Geißlers Plädoyer für eine multikulturelle Gesellschaft ist der Rassismus immanent angelegt. Wie alle, die von Multikultur reden, versteht er sich als Antirassist. Aber sein Denken ist in den bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen verhaftet, die die Menschen das rassistische Denken von klein auf lehren. Da nützt es wenig, wenn die Schattenseiten der kapitalistischen Marktwirtschaft kulturalistisch zugedeckt werden. Für die Zurichtung der Subjekte im Alltag gibt es auf Dauer keinen billigen Ausgleich in der Freizeit. Geißler mag manchen Satz in fortschrittlicher Absicht gesagt haben. Für einen Jesuitenzögling ist zumindest folgender bemerkenswert:

„Mancher sieht es gern, daß Boris Becker nicht mit einer Mulattin, sondern mit einer Hamburgerin befreundet ist. Aber in der multikulturellen Gesellschaft, die inzwischen schon globalen Charakter hat, muß es der Hans nicht länger mit der Grete treiben." Klar, der Hans kann sich sein Thaimädchen schon jetzt am Kiosk kaufen, und gerade deshalb könnte es dem Otto eines Tages einfallen, dem fremden *Ding* eins auf den Kopf zu hauen.

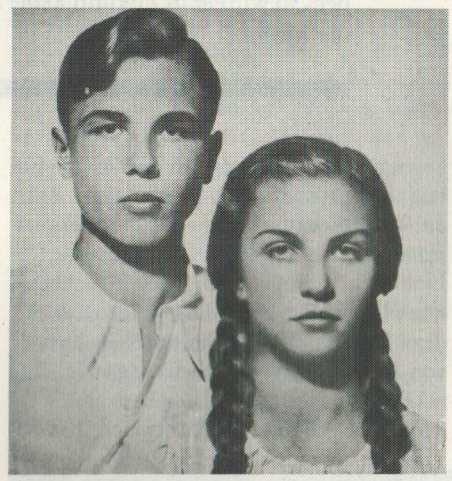
Franz Beckenbauer hat zwar den Heiner Geißler nicht begriffen, doch kommt dasselbe heraus, wenn der eine vom „größten Volk" und der andere von „Verfassungspatrioten" spricht. Schwere Zeiten nur für Berti Vogts, der künftig Golo Mann zitieren muß, wenn er Deutschland im Kopf hat.

... zur alternativen Multikultur

Heiner Geißler möchte mit der Vernunft der ökonomischen Ordnung den Rassismus zügeln, damit dieser für die ökonomisch-politischen Ausbaupläne EG-Deutschlands nicht zum Stolperstein wird.

Die Antirassisten von Grünen und SPD hauen in dieselbe Kerbe, wenn sie kulturelle Unterschiede einmal als eine Bedrohung und dann wieder als die erfrischende Vielfalt herausstellen.

So meint Rosi Wolf-Almanansreh vom Amt für Multikulturelles in Frankfurt, daß „die Ängste vor Überfremdung" der Bevölkerung ernstzunehmen seien. „Die Internationalisierung" Frankfurts erkläre die 6.9% Stimmen für die NPD bei den letzten Kommunalwahlen. Jetzt komme es darauf an, den Leuten ihre Ängste vor den „Fremden" zu nehmen, und sie mit „fremder Kultur" vertraut zu machen.[3] Und Stadtrat Daniel Cohn-Bendit will den FrankfurterInnen ihren „Modernisierungsschock" mit Literaturhaus, Palais Jalta, Moschée, zentralen und dezentralen Folkloreabenden auskurieren. Mit ihrem penetranten Beharren darauf, die Unterschiede der Kulturen stellten das Problem dar, das man nur vorführen müsse, um es zu beheben, machen sie die Leute erst auf eine Differenz von Norm und Abweichung unter den Menschen aufmerksam, die den Projektionen der Rassisten freien Lauf läßt. Warum sollte jemand vor ihm bislang unbekannten Tänzen, Kleidern, Sprachen, Religionen etc. „berechtigte Angst" empfinden? Die Angst, die jemand vor dem „Fremden" verspürt, stammt aus anderen Quellen, die ihm mit multikulturellen



Werbeveranstaltungen nicht zu nehmen sind. Frankfurts Kulturdezernent Hilmar Hoffmann[4] glaubt auf Rassisten mit der Größe fremder Kultur Eindruck machen zu können: „Die Türkei hat Nobelpreisträger, große Philosophen und bedeutende Literaten wie andere Länder auch; die anatolische Kultur ist mindestens ebenso alt und bedeutsam wie unsere eigene." Aber der Rassist mag eben darum keine Türken, weil er mit der Gleichheit in einer ungleichen Gesellschaft schlecht leben kann.

„Multikulturalität in der Kommune", meint Hoffmann, „kann eine Art Übungsfeld werden, ein Laboratorium für Überlebensformen. Diese Utopie gilt es als Chance zu begreifen". Und er schreibt von Freiheit, wenn er Essen meint: „Wir empfinden die Vielfalt der Großstadt als besonderen Reiz, auch die Vielfalt ihrer Menschen als permanente Anregung, als stimulierende Erlebnis-Variante. Wer sich aussuchen kann, aus besonderem Anlaß indisch, chinesisch, vietnamesisch, türkisch, griechisch, französisch oder hessisch essen zu gehen, empfindet auch diese Freiheit ..." Mag sein. Aber wer kann das schon? In solchen Beschreibungen wird erst die Kultur und hernach der Blumen- und Zeitungsverkäufer als Erlebnis-Variante so vielfältig, daß er kaum mehr von einem einfachen Menu in drei Gängen zu unterscheiden ist. Die feierabendländische „Multikultur" schreitet voran. Der pausbäckige Reporter des Europapokalspiels AC Mailand gegen Bayern München brachte sie auf den Punkt, als er in der Halbzeit grinsend von sich gab: „In der Auseinandersetzung zwischen Pizza und Schweinebraten, heute Null-Diät."

In der zentralen Frage liegen die rot-grün Multikulturellen auf einer Linie mit Heiner Geißler. In seiner Antrittsrede vor den Frankfurter Stadtverordneten erklärte Cohn-Bendit[5]: „Wir werden uns natürlich dafür einsetzen, daß Flüchtlinge, die hier angekommen sind, und das sind wenige, würdig behandelt werden." Daß dies energisch geschehen wäre, widerlegen die Szenen am Flughafen. Gemeint sind auch wohl nur diejenigen, die sich bis in die Frankfurter Innenstadt durchschlagen können. Solange die im Bund regierende Rechtskoalition dafür sorgt, daß dort nur wenige ankommen, die würdig zu behandeln wären, brauchen sich die grünen Realpolitiker die Finger nicht schmutzig zu machen.

Daß die Grünen allenfalls auch dazu bereit wären, dokumentierte Cohn-Bendit in einem *Spiegel*-Gespräch[6], indem er befürwortet, die Mauern rund um West-Europa hochzuziehen: „Das ‚allgemeine Bleiberecht' ist doch eine Phrase." Freilich drückte er sich darum, Kriterien für die Einwanderungserlaubnis zu formulieren. Dafür sind die Kollegen von der CDU zuständig:

„*Spiegel*: Also wonach würden Sie denn die Einreisenden auswählen?

Cohn-Bendit: Ich weiß es nicht. Und ich will es nicht ...

Spiegel: Das alte Problem der Grünen: wieder nur ‚Weg mit Parolen'.

Cohn-Bendit: Geduld. Erinnern Sie sich an die Atomdebatte: Erstmal haben die Grünen ‚Weg mit der Atomenergie' gesagt. Und dann wurde Joschka Fischer Umweltminister, und man hat aus einer ‚Weg mit'-Parole eine Strategie des Ausstiegs gemacht."

Die Grünen umschiffen mit ihrer multikulturellen Politik den Rassismus und die soziale Ungleichheit. So sagt Cohn-Bendit den Spiegellesern: „Aber ich hab genau solche Ängste vor dem Fremden. Und ich will keinem seine deutsche Kultur wegnehmen ... Ich bin nicht der liebe Gott. Ich kann nicht gewerkschaftliche Forderungen für jeden Asylbewerber oder jede Asylbewerberin vertreten."

Das Hauptverdienst grün-alternativer Politik in den vergangenen Jahren war die Integration einer radikalen Opposition in den Systemblock der marktkonformen Parteien. Diese Rückführung, die mit der Friedensbewegung[7] ihren ersten Höhepunkt erreicht hatte, setzt sich mit dem Projekt Multikultur

weiter fort.

Wie einst die Friedensbewegung sich händchenhaltend versammelte, um die Bundesrepublik von amerikanischen Raketen, aber nicht vom eigenen Militär und der inländischen Rüstungsindustrie zu befreien, so sammeln sich heute die Tausende beim multikulturellen Fest. 12000 sollen es allein beim Spektakel mit Udo Lindenberg und Miriam Makeba gewesen sein.

Was gefällt an der Musik von Miriam Makeba? Eine scheinbar nebensächliche Frage, denn um die Musik ging es diesen Abend nicht, sondern um die Hautfarbe. Die schwarze Frau war geladen, damit sich ein rosafarbenes Publikum einmal mehr vorduseln konnte, ein geleisteter Obulus fürs Glotzen und Konsumieren eingängiger Musik nebst Farbtupfer genüge, um sich zum moralisch besseren Teil der Gesellschaft zählen zu dürfen. Eine schon manisch zu nennende Obsession, an der ein notorisch verdrängtes und schlechtes Gewissen die treibende Kraft zu sein scheint. Ebenso „rein und lauter" in den Absichten war die Solidarität der aufspielenden D-Rocker, die im Windschatten der Farbigen ihr Schnäppchen machten. Was den einen ihr Gemüt, ist den anderen ihr Kapital.

Im wirklichen Leben plagen die Multikulturellen ganz andere Sorgen. Mit rührender Mimikry tritt dabei auch der alte Antiamerikanismus wieder in Erscheinung. In *taz*, *Pflasterstrand* und *Frankfurter Rundschau* werden mit allergrößter Selbstverständlichkeit die Wohnungen US-amerikanischer Armeeangehöriger verschachert, selbstredend um wieder kein Wort über die Garnisonen des Nato-Partners BRD zu verlieren und ohne zu überlegen, was aus den Angestellten der Armee werden soll. Immerhin befreiten Amerikaner, Engländer und Sowjets dieses Land einmal vom Nationalsozialismus. Wer die fremde Armee ohne die eigene thematisiert, hegt chauvinistische Gefühle. So Klaus-Peter Klingelschmidt[8], der in *taz* und *Pflasterstrand* zusammenschreibt, was die öffentliche Meinung sei. „Wenn", verkündet er, „Neil Mc-Kinney aus Ohio und seine Saufkumpane dann zurück in die Prärie wollen, werden ihnen nicht besonders viele Tränen nachgeweint werden." Großzügig fährt Klingelschmidt fort, daß, „wenn Bob Bradley aus Boston dann hierbleiben und ein Mitglied der multikulturellen ‚community' Frankfurt werden will, auch kaum jemand etwas dagegen haben wird." Bob Bradley wird die Gönnergeste richtig zu deuten wissen und sich — so er kann — schleunigst aus dem Staube machen, auch wenn ihn in den USA weit weniger romantisches als ein Prärie-Leben erwartet.

„Der Flohmarkt war Frankfurts erste echte Multikultur", schreibt Pflasterstrand Chefredakteur Matthias Horx[9], „alte Nazis vertrugen sich leidlich mit Hippies, Sinti verscherbelten ihren Kram Seite an Seite mit Tante Erna aus Bornheim." Mit sentimentalem Kitsch vernebelt die Stadtillustrierte die Hirne ihrer Leser, um die Parole des Survival Of The Fittest nicht gar so hart klingen zu lassen. Es ist die Wiederkehr des harten, aber guten Kapitalismus, der jedem seine Chance läßt. „Der Flohmarkt eröffnete Georg die Möglichkeit", schreibt Horx, „seinen Lebensunterhalt mit dem Dealen von Räucherstäbchen anstelle von Haschisch zu verdienen, er ermöglichte es Dieter und Karla, Gerd und Barbara, via Lederjacken, gefärbten Nachthemden, Jugendstil-Lampen und selbstgestrickten Pullovern, den Gang zum Sozialamt zu umgehen." Und damit nicht genug, Horx setzt noch eins drauf: „Daß Elfie inzwischen einen gutgehenden Blumenladen, Eberhard ein seriöses Computergeschäft und Dieter einen Designer-Kleider-Großhandel betreibt, haben sie nicht zuletzt der harten Flohmarkt-Schule zu verdanken." Das ist der Stoff, aus dem die multikulturellen Träume sind.

Unter der programmatischen Überschrift „Keine Multikultur ohne Rassismus" gab Gerd Koenen[10] im *Pflasterstrand* zum besten: „Die multikulturelle Gesellschaft entsteht auch und gerade dann, wenn die halb entvölkerte DDR sich demnächst in egal welcher Form mit der BRD zusammenschließt. Für polnische Gastarbeiter, italienische Eisverkäufer, persische Teppichhändler und türkische Dönerbudenbesitzer wird sich mit dem Ende der sozialistischen Monokultur östlich der Elbe dann ein neues, großes Pionierland auftun. Genau wie hier, wird die multikulturelle Gesellschaft auch drüben aus haltbaren Ingredienzien gebacken sein: aus Eigennutz, Schweiß und Sex." Koenens Chauvinismus zeichnet sich allerdings dadurch aus, daß er bejahend beim Namen nennt, was andere bestreiten.

Thomas Schmid[11], Kopf der Öko-Libertären in der Grünen Partei, meldete sich ebenfalls multikulturell zu Wort. Ein menschliches Dasein über die bestehenden Staatsgrenzen hinweg, kann er sich gleich gar nicht mehr vorstellen. Im Gegenteil, er will „identitätsstiftende" Bande nach außen und innen verstärken. „Wir brauchen Grenzen", meint der alternative Vordenker, „um nicht formlos zu werden, um nicht zu verfließen." „Die imperiale Kultur der urbanen Zentren" soll zurückgedrängt werden und die „Vielfalt kultureller Initiativen in der Provinz und die noch immer lebendige Tradition von Vereinen", als „der realen kulturellen Vielfalt" gestärkt werden. Die Republikaner möchte er mit deren eigener (noch nicht voll entwickelten) Logik schlagen. Er dürfte, wie SOS-Rassisme in Frankreich mit Le Pen, bald Schwierigkeiten bekommen, sich von deren Parolen zu scheiden. In seinem Text nimmt das kulturalistisch gewendete Ressentiment bereits den heroischen Unterton der Spenglerschen Untergangsstimmung an. „Wir sitzen nicht alle im gleichen Boot", sagt er, „und säßen wir darin, so wäre es nicht die endliche Befreiung der Menschheit, sondern das Ende."

Auch andere prominente Grüne, wie die Real-Politiker Udo Knapp und Winfried Kretschmann[12] überholen die Position Geißlers auf der Rechten und geben unter anderem Standards der Republikaner zum Besten: „Not und Armut gibt es nicht ... offene

Asylrecht

Früher oder später wird das Asylrecht für politische Flüchtlinge in der Praxis abgeschafft. Es paßt nicht in die Gegenwart. Als die bürgerliche Ideologie Freiheit und Gleichheit noch ernst nahm und die ungehemmte Entwicklung aller Individuen noch als Zweck der Politik erschien, mochte auch der politische Flüchtling als unantastbar gelten. Das neuere Asylrecht gehörte zum Kampf des dritten Standes gegen den Absolutismus, es beruhte auf der Solidarität des westeuropäischen Bürgertums und seinesgleichen in zurückgebliebenen Staaten. Heute, wo das in wenigen Händen konzentrierte Kapital zwar in sich gespalten, aber gegen das Proletariat zur solidarischen und reaktionären Weltmacht geworden ist, wird das Asylrecht immer störender. Es ist überholt. Soweit die politischen Grenzen Europas nicht gerade den Interessendifferenzen von gegnerischen, mehrere Nationen umspannenden Wirtschaftsgruppen entsprechen, fungieren sie fast bloß als allgemeines ideologisches Herrschaftsmittel und als Reklamemittel der Rüstungsindustrie. Das Asylrecht wird vor den gemeinsamen Interessen der internationalen Kapitalistenklasse verschwinden, soweit es sich nicht um Emigranten aus Rußland oder um völkische Terroristen handelt. Hat ein Mensch aber die Hand gegen das Ungeheuer des Trustkapitals erhoben, so wird er in Zukunft keine Ruhe mehr finden vor den Krallen der Macht.

Max Horkheimer, Dämmerung

Grenzen befördern den Rassismus ... verständliche Wünsche nach Abgrenzung und Abwehr ... Zwischen dem Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes und dem schiitischen Fundamentalismus gibt es keine dauerhafte Koexistenz" etc.

Ein gestandener Antisemit verfaßte die Titelgeschichte zu „Was heißt Multikulturell?" im *Pflasterstrand* 3/90. Dan Nitescu schreibt: „Daß gesellschaftliche Ächtung den wirtschaftliche Fortschritt einer Gruppe verhindern muß, ist eine Legende. Die Juden waren in ihrer Geschichte immer wieder Diskriminierungen ausgesetzt, trotzdem hat dies sie nicht daran gehindert, wirtschaftlich erfolgreich zu werden. Dasselbe gilt für chinesische, indische und levantinische Immigranten, die in ihrer neuen Heimat die Rolle der Juden spielten ... So wie die natürlichen Bodenschätze nicht gleichmäßig über die Erdoberfläche verteilt sind, differieren auch die menschlichen Fähigkeiten. Schwarze sind im Sport und in der Unterhaltungsbranche überrepräsentiert, während die Juden in den intellektuellen Berufen und in der Geschäftswelt dominieren." Allmählich verschwinden tatsächlich die Grenzen.

Und was sagt der multikulturelle Dezernent und *Pflasterstrand*-Herausgeber dazu? „Dan Nitescu", schreibt Cohn-Bendit im Editorial, „entwirft in diesem Heft die Vision einer faszinierenden, aber auch darwinistischen multikulturellen Gesellschaft. Debatten, wie Dan Nitescu sie mit seinem provokanten Text hervorrufen wird, gehören auch zum multikulturellen Prozeß." Die faszinierende Debatte blieb aus, zwei müde Leserbriefe erreichten die Redaktion, immerhin distanzierte sich Rosi Almanansreh aus dem multikulturellen Amt schriftlich von Nitescus Vision.

Nitescu, der sich selbst als Aufklärer und Antirassist versteht, vertritt in seinem Text die freie Marktwirtschaft: „Wenn wir eine liberale Einwanderungspolitik wollen — und zugleich ein möglichst reibungsloses Miteinander — dann müssen wir einen Preis zahlen: Wir müssen lernen, mit der Armut (der anderen, versteht sich, *A.F.*) zu leben, ohne gleich in Ohmacht zu fallen, wenn wir sie zu Gesicht bekommen ... Für viele Deutsche die sprachbegabt sind und sich nicht scheuen, fremde Denkweisen kennenzulernen, bedeutet ein hoher Ausländeranteil auch die Chance einer vielversprechenden Karriere — sie können als Vorarbeiter eine leitende Funktion übernehmen ... Eine kosmopolitische Gesellschaft ist notwendigerweise konsumorientiert, kommerziell, kapitalistisch ... Die Rassen können nur auf dem Marktplatz friedlich zusammenkommen, dort wo sie kaufen und verkaufen."

Der *Pflasterstrand*-Autor spricht wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Er glaubt, was ihm sein Gefüge nicht durcheinander bringt und ist von der eigenen, von „unserer" Leistungsfähigkeit im übrigen voll überzeugt. Im *Spiegel*[13] konnte Nitescu kürzlich einen Bericht über Zwillingsforschung lesen, den er sicher auch gerne glauben wird. Die Zeitschrift berichtet zustimmend, daß amerikanische Wissenschaftler mit hoher Wahrscheinlichkeit bald belegen könnten, „daß die Neigungen zu Religiosität, politischem Radikalismus oder auch zu Toleranz in hohem Maße angeboren sind." Aus welchem materiellen Interesse heraus Menschen meinen belegen zu müssen, daß es höhere und mindere Rassen der einen Gattung gäbe, ist der anfänglichen Kritik an Heiner Geißlers Denkfigur zu entnehmen.

Die insgeheimen Prämissen des multikulturellen Denkens markieren einen Rückfall weit hinter die Ideale der Aufklärung, auch wenn sich einer mit der Aura eines „aufgeklärten Citoyens" versieht. So zitiert Heiner Geißler Kant, und selbst Kant, der den verhängnisvollen Spruch rechtfertigte, „räsoniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht"[14] ist noch vor Geißler in Schutz zu nehmen. Kant begründet im Jahre 1795 seine Utopie einer befriedeten Welt, mit dem am Ende mächtigen Interesse des Geldes. „Es ist der Handelsgeist", schrieb er in seinem Entwurf zum ewigen Frieden[15], „der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volkes bemächtigt." Und „die Geldmacht", von der Kant meinte, daß sie „wohl die zuverlässigste sein möchte", werde die Regenten der Völker zur Vernunft zwingen, das heißt ihre Herrschsucht überwinden und für Frieden sorgen.

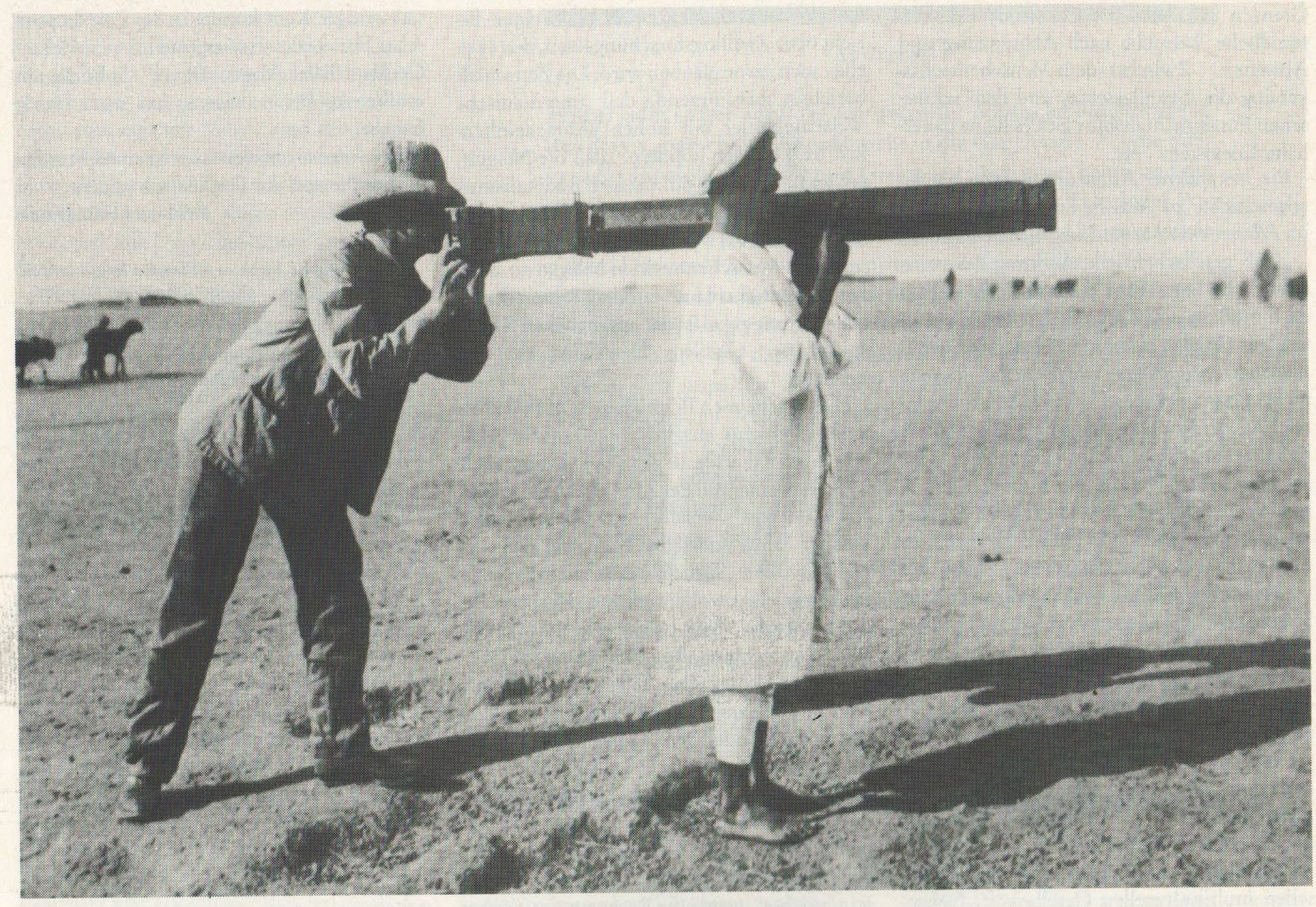
Geschichtlich ist es ein leichtes festzustellen, daß die Entwicklung der Ideen und Kräfte, auf die Kant setzte, entgegengesetzte Resultate zeitigte. Kant konnte in der Zeit despotischer Fürsten noch so argumentieren. Heiner Geißler, Berti Vogts, Daniel Cohn-Bendit müßten es besser wissen, frei nach Horkheimer:

Wer von der sozialen Gleichheit nicht reden will, sollte von der Freiheit schweigen.

Andreas Fanizadeh

1 Heiner Geißler, Meise zu Meise?, *Der Spiegel* 13/1990
2 Wolfgang Pohrt, Zeitgeist Geisterzeit, West-Berlin 1986, S. 48
3 Rosi Wolf-Almanansreh, Das Amt für mulitkulturelle Angelegenheiten, Manuskript
4 Hilmar Hoffmann, Im Laboratorium fürs Überleben, *Süddeutsche Zeitung* vom 3.6.1989
5 Daniel Cohn-Bendit, Rede vor der Stadtverordnetenversammlung am 14.9.1989
6 Daniel Cohn-Bendit, *Spiegel*-Gespräch, *Der Spiegel* 22/1989
7 Immer noch lesenswert: Krise — Krieg und Friedensbewegung, Revolutionäre Zellen/Rote Zora, Januar 1984
8 *Pflasterstrand* 4/1990
9 *Pflasterstrand* 4/1990
10 *Pflasterstrand* 3/1990
11 Thomas Schmid, Multikulturelle Gesellschaft ..., in: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Juni 1989, S. 541-546
12 Knapp/Kretschmann, Die Republikaner rechts liegen lassen, Bonn 1989
13 Zweites Ich, in: *Der Spiegel* 16/1990
14 Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?
15 Ders., Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf

Foto: Abisag Tüllmann



Rassismus und die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus

In der vergangenen Dekade hat sich ein Rassismus aufgebaut, der scheinbar der Vergangenheit angehörte. Das erneut mächtige Auftreten dieses Rassismus der 80er Jahre hat ganz Europa in einem autoritär-populistischen Netzwerk, bestehend aus den sich neuformierenden faschistischen Parteien, den Intellektuellenzirkeln der sog. Neuen Rechten, den neo-konservativen Regierungen samt politisch-juristischen Bürokratien bis hin zu den starken Worten am familiären Wohnzimmertisch, anscheinend schneller geeint, als dies im „europäischen Jahrzehnt" der Binnenmarkt vermöchte. Die Artikulation fremden- und ausländerfeindlicher Politik in Gestalt des expliziten und impliziten Rassismus (vgl. Hall 1989, 156) hat als Gegenreaktion die Karriere einer antirassistischen Politik befördert, die auf „multikulturelles Zusammenleben" setzt. Getragen ist diese Politik von der soziologischen Einschätzung: „Westeuropäer haben nicht mehr die Wahl, ob sie in einer multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft leben wollen. Sie tun es längst. Es bleibt nur noch zu entscheiden, ob die ethnischen Minderheiten durch Rassismus und Diskriminierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, oder ob sie ihren Kampf um Gleichberechtigung ohne Identitätsverlust erfolgreich beenden können" (Castles 1987, 212). Im Spektrum sozialkonservativer (hierbei handelt es sich z.B. in der BRD um den CDU-Modernisierungsflügel, dessen jesuitisch-sozialethische Orientierung bisher kaum analysiert ist), liberaler und sozialdemokratischer Parteifraktionen, kirchlicher und gewerkschaftlicher Gruppierungen sowie liberaler und sozialreformerischer Sedimente der „Neuen sozialen Bewegungen" aus den 70er Jahre ist die „multikulturelle Gesellschaft" als soziales Faktum und ethisches Ziel weitgehend anerkannt. Doch wie zum Trotz angesichts dieser sozialen Faktizität schallte es 1988 aus dem Bundesinnenministerium zurück: „Verzicht auf Homogenität der Gesellschaft" — „Die gemeinsame deutsche Geschichte, Tradition, Sprache und Kultur verlöre ihre einigende und prägende Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland würde sich nach und nach zu einem multinationalen und multikulturellen Gemeinwesen entwickeln, das auf Dauer mit den entsprechenden Minderheitenproblemen belastet wäre. Schon im Interesse der Bewahrung des inneren Friedens, vornehmlich aber im nationalen Interesse muß einer solchen Entwicklung bereits im Ansatz begegnet werden."(Kommentar zum Entwurf für ein Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts. Stand: 1.2.1988; zit.n. Micksch 1989, 5f.).

Ein „multinationales und multikulturelles Gemeinwesen" ist im autoritär-populistischen Diskurs allemal eine contradictio in adjecto, denn wo sollte die „Gemeinschaft", geschweige denn das „Wesen", herrühren in einer „*multi*-nationalen und -kulturellen Gesellschaft"? Die Verwendung des Konjunktiv suggeriert eine ‚offene Situation', die Raum für einen dynamischen Dezisionismus gibt, durch den die statische „Gemeinschaft" bewahrt werden soll. Was sich im obigen Kommentar jedoch noch wie hölzerner Deutschnationalismus anhört, hat sich in dem Konzept des „Ethnopluralismus"[1] der Neuen Rechten unter der Parole „Mut zu Identität" zum Europa-Nationalismus transformiert: „Im Kampf gegen die universale Mischkultur muß man die nationalen europäischen Identi-

täten vereinigen, sie als einander ergänzend betrachten und sie nicht gegenüberstellen. Es gilt, die nationale Identität von oben (Europa) zu ergänzen und von unten (die Region) zu verankern. Mut zur Identität verficht das Modell einer heterogenen Welt homogener Völker, und nicht umgekehrt!" (Krebs (Hrsg.) 1988, 7). Auch hier verbindet sich eine dynamische Politik der „Homogenisierung" mit einer statischen Vorstellung von Identität.

Im Multikulturalismus ist das Verhältnis von Statik und Dynamik der Politik genau umgekehrt: die „Gesellschaft" soll sich dynamisch entwickeln und dazu bedarf es der statischen Anerkennung der sozialen Faktizität. Die multikulturalistische Ethik trägt so unverkennbar die Züge einer sozialen Apologetik, die beruhigt darauf hofft, gesellschaftliche Modernisierung werde das einigende Band um die „Vielfalt der kulturellen Identitäten" knüpfen, das sie in den Sog der kulturindustriellen Imitationen hineinzieht.

Genau diese Apologetik hat eine Kritik auf den Plan gerufen, die an den Werten der universalistischen Kultur in der europäischen Aufklärung festhält. Diese Kritik weiß darum, daß der industrielle und pädagogische Multikulturalismus den „Fremdenhaß" nicht verhindert, aber sie äußert sich vor allem als Kulturkritik, die die Zerstörung der „Idee der Bildung, Weltoffenheit und Seelsorge" (Finkielkraut 1989, 130) in der intellektuellen Kultur beklagt und diagnostiziert: „Früher war das Denken *für* den Totalitarismus blind, jetzt ist es *durch* ihn geblendet. Die Verbrechen des kolonisatorischen Westens haben lange die im Namen der Revolution begangenen Monstrositäten verdeckt; nun dient *Big Brother* als Alibi und Vorwand für das Verschwinden der Kultur im Abendland. (...) Im Vergleich zum gewaltsamen Eindringen der Macht in das Privatleben läßt sich die fröhliche Belästigung durch stimmungsvolle Musik und Werbung gut rechtfertigen; die Zwangszuweisung der Massen läßt das Dilemma des Individuums, das im Disneyland der Kultur von allem und nichts gefesselt ist, als eine souveräne Ausübung der Autonomie erscheinen. Folglich kommt uns die Welt der Fernbedienung als die beste aller möglichen Welten vor." (Finkielkraut 1989, 131) Die universalistische Ethik bestimmt auch die neuere Theorie-Diskussion über Neorassismus und Antirassismus in Frankreich (vgl. Höhn 1989). Freilich, die universalistische Strategie, den Rassismus ideologisch zu bekämpfen, ist so neu wiederum nicht (vgl. Memmi 1987, 135ff.), und auch in der BRD kommt ein Historiker der ‚Universalgeschichte' des Rassismus zu dem Schluß: „Der Rassismus leugnet die Einheit der Menschheit in der Fülle ihrer unendlichen Varianten. Eine den Rassismus überwindende Haltung und Politik muß dagegen die Vielfalt der Menschheit in ihrer grundsätzlichen Einheit anerkennen. Das erfordert Toleranz und Relativierung der eigenen als absolut gesetzten Werte und Maßstäbe." (Geiss 1988, 323f.)

Die Forderung nach Toleranz gegen die „Macht" des rassistischen „Vorurteils" in konkrete Politik umzumünzen, muß wohl das Dilemma einer universalistischen Ethik bleiben, wenn die Menschen nicht willens oder fähig sind, in der Relativierung durch die „Fremden", die „Anderen" zu leben. Im Zuge der ideologischen Renationalisierung Deutschlands in den vergangenen Monaten schwante immerhin doch einigen, wie machtvoll nationale Identifikationen und konsumistische Projektionen, wie schwach dagegen der Abglanz universalistischer Wertorientierungen und die Ansätze zu einer „postnationalen Identität" (Habermas 1987, 161ff.) sind. Der Verweis allein auf konsumistische Projektionen, etwa nach dem sozialdemokratischen Muster, in der DDR sei schlicht die D-Mark gewählt worden, reicht auch nicht hin. Wer nicht an die pazifizierende Macht des Geldes und des Marktes glaubt, wird unschwer in jener die ideologische Renationalisierung begleitenden Äußerung von DDR-Bürgern, man wolle nicht der „deutsche Türke" sein, die Aggression aus Angst erkennen, die das Opfer des rassistischen Nationalismus bereits ins Visier genommen hat, hüben wie drüben. Ein psychologisches Phänomen, das in der Auseinandersetzung mit dem Rassismus nur zu gut bekannt ist, und von Memmi beschrieben wird: „Der Rassist ist ein Mensch, der Angst hat; er hat Angst, weil er der Angreifer ist, und er greift an, weil er Angst hat; ein Mensch, der Angst vor einem potentiellen Angriff hat oder glaubt, man greife ihn tatsächlich an; der schließlich angreift, um seine Angst zu bannen."(Memmi 1987, 100).

Doch um eine Psychologie des Rassismus geht es mir nicht, sondern um die Zusammenhänge von Kultur, menschlichem Körper, Nation, Staat und Ökonomie im Rassismus.

Die Debatten um die multikulturalistische oder universalistische Ethik im Angesicht der rassistischen Tendenzen sind nicht einfach Spiegelfechterei; sie offenbart die Fallstricke des gewöhnlichen Antirassismus. Es ist notwendig, einige Gedanken zu der Bedeutungskonstitution von ‚Rasse' und den Wirkungsweisen des Rassismus zu formulieren, um sich in diesen Fallstricken nicht zu verheddern.

Ideologische Rassenkonstruktion

In neueren theoretischen Ansätzen zur Erklärung des sozialen Phänomens Rassismus wird in weitgehender Übereinstimmung festgestellt, daß sich die Bedeutung von ‚Rasse' in der Spaltung eines ‚Selbst' von den ‚Anderen' konstituiert (vgl. Miles 1989a; Kristeva 1988; Taguieff 1986). Bei der Bedeutungskonstitution von ‚Rasse' handelt es sich diesen Ansätzen folgend um einen Ein- und Ausschlußmodus, der gesellschaftlich koexistierende Gruppen von Individuen betrifft. Diese formale Bestimmung ist eine Abstraktion von den vielfältigen Artikulationen des Rassismus in Europa seit dem 18. Jahrhundert, die freilich dazu verleitet, ihre transhistorische Gültigkeit — zumindest für die sog. europäische Zivilisation oder abendländische Welt — anzunehmen. Hilfreich sind diese Ansätze vor allem, um sowohl den wohlfeilen, journalistischen Ökonomismus, der den Rassismus als Erscheinungsform von Wirtschaftskrise, Wohnungsnot, Modernisierungsdruck usw. deutet, als völlig unzulängliches Erklärungsmuster auszuweisen, als auch den teureren, akademischen Ökonomismus zurückzuweisen, der jede ideologische Konstruktion innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformationen auf die Warenform als sozialer Kernstruktur reduzieren zu können glaubt. Es vermag allerdings weder theoretisch (Miles) noch historiographisch (Kristeva) zu überzeugen, etwa die Trennung der griechisch-römischen Welt von den „Barbaren" oder die christliche von der islamischen oder jüdischen Religionsgesellschaft nach dem gleichen Modus zu beschreiben, der dem Rassismus zugrunde liegt und sein Auftreten erst ermöglicht. Die Bedeutungskonstitution von ‚Rasse' setzt vielmehr einen Typus von Subjektivität voraus, der sich der Bindungen an mythische und religiöse Gemeinwesen entkleidet und sich historisch im Zuge der Etablierung der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise verallgemeinert hat. Zu denken ist hierbei vor allem an die „Trennung des unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln" (Marx), die sich in drei Dimensionen vollzieht: nämlich ökonomisch als Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, politisch als Durchsetzung und Behauptung des staatlichen Gewaltmonopols und ideologisch als Konstitution freier Subjektivität. Das in diesem Sinne „freie Subjekt" lebt in der Ideologie, die das „imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen" repräsentiert (Althusser 1977, 133). In Anlehnung an Althusser lassen sich zwei wesentliche Merkmale der ideologischen Konstruktion der ‚Rassen' bestimmen: zum einen das strukturelle Merkmal der imaginären Form, zum anderen das funktionelle Merkmal, daß die Individuen als Subjekte in gesellschaftlich koexistierenden ‚Gruppen' (Familie, Nation usw.) leben. Unter Bezug auf das strukturelle Merkmal läßt sich abstrakt der Ein- und Ausschlußmodus der Rassenkonstruktion als imaginäre Form der Identifikation eines ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen' definieren. Das Imaginäre knüpft sich dabei an Kennzeichen, die nach „zwei Aspekten" (Poliakov u.a. 1984, 10), dem biologistischen und dem kulturalistischen Aspekt, zu unterscheiden sind, aber meist amalgamisiert auftreten. Die Bedeutung von ‚Rasse' repräsentiert „ein spezifisches Profil biologischer und kultureller Eigenschaften" (Miles 1989b, 354), das jedoch keineswegs eindeutig fixierbar ist. Das imaginäre ‚Selbst' kann sich nur in der Spaltung von den ‚Anderen' fixieren, d.h. alle Zuschreibungen des ei-

genen ‚Selbst' fungieren als negative Identifikationen der ‚Anderen', die im Prozeß der Bedeutungskonstitution erst zusammengebracht werden müssen. Wenn aber das imaginäre ‚Selbst' und die imaginären ‚Anderen' sich in der Rassenkonstruktion derart bedingen und aneinander gekettet sind, dann kann der Rassismus nicht als einfacher „Selbstbetrug" gefaßt werden, der den Rassisten „über sich selbst wie über die anderen" täuscht, „um an die eigene vollkommene Überlegenheit und die vollkommene Rechtmäßigkeit des eigenen Tuns zu glauben" (Memmi 1987, 109). Die ideologische Konstruktion der ‚Rassen' erfüllt vielmehr die „zentrale Funktion der Verkennung" (Balibar 1989, 371; allgemein zum Begriff der Verkennung: Althusser 1977) des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, der ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse der gesellschaftlichen Klassen(fraktionen) und der internationalen imperialistischen Unterordnungsverhältnisse, indem sie die Individuen als Subjekte einer ‚Rasse' oder ‚Ethnie' zuschreibt und so „rassisch" transponiert. Die Wieder- und Anerkennung der körperlichen (z.B. Hautfarbe) und kulturellen (z.B. Name, Sprache, Kleidung oder auch vermeintliche ‚Bildung') Stigmata bildet den primären Vorgang der Bedeutungskonstitution von ‚Rasse', in der die sozialen Verhältnisse als „rassisch" fundiert artikuliert sind. Sekundär schreiben sich in die imaginäre Form der Identifikation des ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen' psychologistische, ästhetizistische und sexistische Elemente ein, die ihrerseits die Rassenkonstruktion dynamisieren und auf hygienische, ästhetische und sexuelle Normierungen der Alltagspraxis verschieben (vgl. dazu historisch: Mosse 1987, 1978; systematisch: Elfferding 1989). Die primären und sekundären Elemente der Bedeutung von ‚Rasse' erweisen die ideologische Konstruktion der ‚Rassen' als gekennzeichnet durch eine ausgesprochene Fluidität. Auch wenn die bisher vorgenommene abstrakte Bestimmung der Rassenkonstruktion zwar keinerlei Aussagen über konkrete Bedeutungen von ‚Rasse' und konkrete Artikulationen des Rassismus im Ökonomischen, Politischen und Ideologischen zuläßt, kann dennoch bereits an dieser Stelle die Macht erahnt werden, die etwa die Blut-Metaphorik — in den Diskursen über Rassen von Gobineau (1853/1854) bis zu den Nationalsozialisten im „arischen Mythos" (Poliakov 1977) verdichtet — im Imaginären besitzt. Und es ist zu bedenken, daß diese Metaphorik — auf die körperlichen Befindlichkeiten der Subjekte verschoben — in brutale Gewalt umgeschlagen ist und umschlagen kann.

Ungeklärt bleibt aber auf der Grundlage der abstrakten Bestimmung der Bedeutungskonstitution von ‚Rasse', wie die ideologische Konstruktion der ‚Rassen' im politischen und ökonomischen Raum *präsent* ist. Um den Zusammenhang von Rassismus einerseits und Ökonomie und Staat andererseits aufzuzeigen, ist zunächst die Frage zu beantworten, ob der Rassismus eine Ideologie ist und ob der Ideologietheorie Althussers folgend von „rassistischen Subjekten" gesprochen werden kann?

Rassismus als Interdiskurs: Biologismus und Kulturalismus

Um den Rassismus in seinen vielfältigen Artikulationen zu bestimmen, möchte ich das theoretische Modell des „Interdiskurses" des französischen Philosophen Michel Pêcheux heranziehen (Pêcheux 1983; vgl. auch Pêcheux 1975). Interdiskurs ist bei Pêcheux als das soziohistorisch geprägte, diskursive Gedächtnis der Subjekte aufgefaßt, in das sich einerseits das „Vor-Konstruierte" (préconstruit), d.h. das Bereits-Gesagte als evidente Referenz der aktuellen Aussagen, und andererseits der „Quer-Diskurs" (discours-transvers), d.h. das Anderswo-Gesagte als eine Art Bedeutungsaxiom der aktuellen Aussagen einschreiben. Der Rassismus stellt im soziohistorischen Gedächtnis der Subjekte, die vorkonstruierten und querlaufenden Elemente zur Verfügung, die sich explizit oder implizit, ausgesprochen oder unausgesprochen, in der ideologischen Konstruktion der ‚Rassen' aktualisieren. Allein die Bestimmung des strukturellen Merkmals der Identifikation des ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen', also der imaginären Form der Rassenkonstruktion, ist keine hinreichende Begründung, von rassistischer Ideologie oder Rassenideologie zu sprechen. Zwischen der ideologischen Konstruktion der ‚Rassen' und dem Rassismus ist logisch zu unterscheiden. Diese Unterscheidung meint nicht eine Wesen-Erscheinung-Relation, in der die Rassenkonstruktion den Wesenskern jeder historischen Artikulation des Rassismus bedeutet, sondern die Unterscheidung zwischen Abstraktion und Konkretion. Rassismus realisiert die Rassenkonstruktion, indem er sie konkretisiert. Anders ausgedrückt: die ideologische Konstruktion der ‚Rassen', die als abstrakte Formbestimmung dem Rassismus logisch vorausgeht, existiert nur in den historisch-konkreten Artikulationen des Rassismus. Die „rassische" Transposition der Subjekte ist bestimmt durch die jeweiligen Artikulationen des Rassismus, seiner evidenten und axiomatischen Konstitution der Bedeutung von ‚Rasse'; mithin sind die Zuschreibungen und Kennzeichen, in denen sich das imaginäre ‚Selbst' von den imaginären ‚Anderen' spaltet, diskursiv produziert. Im Gegensatz zu der Verwendung des Rassismus-Begriffes in der sozialwissenschaftlichen Literatur bezeichne ich also die Konstruktion der ‚Rassen' als ideologisch, nicht jedoch den Rassismus als eine Ideologie. Die logische Unterscheidung zwischen Struktur und Funktion stützt meines Erachtens diese Differenzierung. Funktionelles Merkmal des Rassismus ist die fehlende Eigenständigkeit im Ensemble ideologischer Praxisformen. Wo und wann immer ‚Rasse' artikuliert wird, ob im Parlament, in den Medien, der Schule, den Gewerkschaften, der Kirche oder der Familie, ist die imaginäre Form der Identifikation des ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen' eingelassen in die jeweils spezifischen Rituale, Handlungen und Aussagen, in denen sich verschiedene Ideologien materialisieren. Die Artikulationen des Rassismus reichen vom Spielverbot für die Kinder über die Erdkundebücher in der Schule und die sonntägliche Kollekte für die „Hungernden in der Dritten Welt" bis zu politischen Aussagen im autoritär-populistischen Diskurs, wie „Some people have felt swamped by immigrants. (...) Of course people can feel that they are being swamped." (Thatcher) oder der wortschöpferischen Rede von der „durchmischten und durchrassten" westdeutschen Gesellschaft (Stoiber). In der Vielzahl der familiären, schulischen, religiösen, politischen, juristischen, kulturellen usw. Apparate sind die Artikulationen des Rassismus präsent, ohne daß die ideologische Konstruktion der ‚Rassen' als deren ‚Zentrum' anzusehen wäre. Das „rassistische Subjekt" ist eine Art Phantom; es tritt immer als Subjekt der ‚Familie', der ‚Nation', der ‚Bildung', des ‚Eigentums' und vor allem der ‚Kultur' auf, die es als ‚Eigenes' zu behaupten und vor den ‚Anderen' zu schützen hat. Mit Pêcheux kann hinzugefügt werden, daß der Rassismus eine spezifische Verkettung der in den unterschiedlichen Kontexten produzierten Diskurse über Rassen herstellt, die die Bedeutungskonstitution von ‚Rasse' im einen Diskurs durch die in den anderen stabilisiert. Diese quer-diskursive Verkettung ist deutlich in den Diskursen über die „eigene" und die „fremde" Kultur; in diesen Diskursen verschiebt sich der bedeutungsaxiomatische Akzent permanent zwischen dem Biologismus und dem Kulturalismus; die Aussagen über Kultur spielen teils wörtlich, teils ohne sie wörtlich zu reproduzieren, auf körperliche Stigmata an, die sich im soziohistorischen Gedächtnis an das Wort ‚Rasse' knüpfen.[2] Umgekehrt aber ermöglicht diese quer-diskursive Verkettung auch die Übersetzung des biologistischen in einen kulturalistischen Rassismus. Die Diskurse über Rassen sind ohne diese Übersetzung in ‚Kultur' kaum denkbar, da sie sich so in die sozialen Praxisformen einschreiben. Mehr noch: die Verknüpfung von ‚Rasse' und ‚Kultur' ist in allen Artikulationen des Rassismus der dominante interdiskursive Effekt. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß seit dem Aufkommen des Begriffs ‚Rasse' in der politisch-sozialen Sprache des 18. Jahrhunderts immer wieder die biologische Lexikondefinition in Aussagen über menschliche Kultur(en) umgesetzt wird (vgl. Conze 1984). Ein aktuelles Beispiel dieser Übersetzungstätigkeit zeigte sich Anfang 1982 in der vergleichenden Dokumentation der biologistischen Unterzeichner- und der kulturalistischen Öffentlichkeitsfassung des rassistischen „Heidelberger Manifests" (vom 17. Juni 1981) deut-

scher Professoren (vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 4.3.1982). Neben diesen quer-laufenden Elementen, die den Rassismus im Ensemble der ideologischen Apparate, Rituale und Handlungen verankern, existieren im soziohistorischen Gedächtnis die vor-konstruierten Elemente des Rassismus, die für die Bedeutungskonstitution von ‚Rasse' als referentielle Evidenz funktionieren. Im Hinblick auf das „Vor-Konstruierte" hält die Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts in Europa, gleichgültig ob wissenschaftlich, poetisch oder essayistisch, einen schier unerschöpflichen Fundus an rassistischen Artikulationen bereit. Das Spektrum erstreckt sich von der pseudowissenschaftlichen Physiognomik und Phrenologie, der sozialbiologischen Ausschöpfung von Darwins „struggle for existence" und „survival of the fittest", der alten und neuen Rassenhygiene bzw. Eugenik, der neueren IQ-Forschung über die Anthropologie und Ethnologie bis zu dem ästhetizistischen Rassismus eines Nietzsche oder Benn, um Beispiele aus dem Bereich der Philosophie und Literatur in Deutschland zu nennen; das Spektrum läßt sich im Rahmen dieser Thesen auch nicht annähernd umreißen. Es muß genügen, auf diesen historischen Fundus zu verweisen und ihn nicht aus den Augen zu verlieren; denn wenn von rassistischen Ideologien oder Rassenideologien die Rede ist, handelt es sich in den meisten Fällen um Verkürzungen auf den Biologismus (vgl. exemplarisch Lukács 1974, 577ff.). Vor allem aber muß im Blick behalten werden, daß der Rassismus als Interdiskurs dem Ideologen explizit rassistischer Artikulationen eine flexible Strategie erlaubt, die seine theoretischen Konstruktionen in Alltagswissen überführt und tatsächlich „einer imaginären Überwindung des Grabens, der die Intellektuellen von den Massen trennt" (Balibar 1989, 372), gleichzukommen scheint. Dieser Effekt des expliziten Rassismus ist jedoch weniger dem Biologismus geschuldet, als seiner Verbindung mit dem Kulturalismus: die Evidenz der Identität von ‚Körper' und ‚Kultur' (in äquivoker Bedeutung von ‚Kultur': deskriptiv in der Bedeutung von ‚Kultur der Völker' und hierarchisierend in der Bedeutung von ‚ein Mensch von Kultur') läßt die Diskurse über Rassen zwischen Alltagswissen und Wissenschaft gleiten, ohne die sozialen Distinktions- und Distributionsmechanismen des Wissens außer Kraft zu setzen, die die Intellektuellen von den Massen abheben. Der Kulturalismus knüpft ein Band zwischen Familie, Religion und Nation, in dem er sie jener Identität von ‚Körper' und ‚Kultur' unterordnet. Der Rassismus als Interdiskurs bewegt sich auf diesem kulturalistischen Terrain quasi multifunktional, was aber auch den Kampf gegen ihn so äußerst schwierig macht.

Typen der historischen Formation des Rassismus.

Historisch hat der Rassismus jedoch nicht nur vielfältige Artikulationen erfahren, sondern sich auch grundlegend transformiert. In der neueren Literatur wird meist zwischen dem biologistisch fundierten historischen Rassismus vor allem des 19. Jahrhunderts und dem kulturalistisch fundierten „Neo-Rassismus" unterschieden — einem „Rassismus ohne Rassen", „dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist" (Balibar 1989, 373). In diesem Zusammenhang wird auch von „differentialistischem Rassismus" (Taguieff 1984 u. 1986) gesprochen, ein Begriff, den ich für besser geeignet halte, die historische Transformation des Rassismus nach 1945, in der Epoche der „Entkolonialisierung", zu fassen, da ich den Kulturalismus als dominanten Effekt aller Artikulationen des Rassismus bestimmt habe. Der Begriff ‚differentialistisch' verweist dagegen auf die Logik des Ein- und Ausschlußmodus, die den neuen Rassismus von den anderen historischen Formationen unterscheidet und mit dem Modus des gegenwärtigen Kulturalismus verbindet. Nach den Modi des herrschenden Kulturalismus lassen sich drei Typen der historischen Formationen des Rassismus unterscheiden:

— der *universelle Rassismus* des 18. Jahrhunderts, der von der Vorstellung des universellen, sich in Stufen vollziehenden Fortschritts der menschlichen Kultur als Ganzes geprägt ist, wobei die aus den Reiseberichten, größtenteils nur fragmentarisch bekannten Vergesellschaftungsformen in anderen Teilen des Globus als historische Vorstufen, „primitive" oder „barbarische" Vorformen des Zusammenlebens im „kultivierten" und „zivilisierten" Europa betrachtet werden (vgl. Melber 1989; Melber/Hauck 1989);

— der *superiore Rassismus* des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der eine ursprüngliche Hierarchie der „kulturschöpferischen" Superiorität Europas und der Inferiorität der „Völker aller anderen Kontinente" konstruierte, die teils verfallsgeschichtlich, teils nach dem Muster der Darwinschen Evolutionstheorie aufstiegsgeschichtlich gedeutet wurde, wobei im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildung sich dieser Rassismus auch auf die Grenzziehungen in Europa übertragen und ausdifferenziert hat (vgl. z.B. Mosse 1978);

— der *differentielle Rassismus*, der sich nach 1945 im Zuge der „Entkolonialisierung" gebildet und seit der säkularen Krise des kapitalistischen Weltsystems Anfang der 70er Jahre um die Migrationsprozesse in Europa sozial dynamisiert hat; es handelt sich hierbei, um einen Rassismus, der weniger die Überlegenheit, sondern die Unvereinbarkeit der „eigenen" mit den „anderen", „fremden" Kulturen behauptet und im Namen der „Erhaltung" aller kulturellen „Identitäten" und ihrer Differenzen für eine territoriale Trennung auftritt, wobei die „eigene", nämlich die deutsche, französische, britische usw. oder gesamt-europäische Kultur in der Regel als die eigentlich bedrohte, daher zu schützende vorgestellt wird.

Es liegt auf der Hand, daß das gemeinsame Kennzeichen dieser drei Typen des Rassismus der *Eurozentrismus* (einschließlich des Rassismus in Nordamerika, Südafrika und Australien) ist; Rassismus produziert und reproduziert immer die kulturalistische Ideologie der Herrschenden, die eine „Vermischung" mit der „Kultur" der Beherrschten als Verfall und Zersetzung darstellt. In besonderer Weise gilt dies für den Antisemitismus, dessen Artikulationen immer stärker auf den Kulturalismus, also die kulturelle „Andersartigkeit", denn auf den Biologismus abgestellt sind. Die antisemitische Darstellung der Zersetzung perpetuiert sich praktisch selbst in immer subtileren Formen: je weniger nämlich die Differenz körperlich und kulturell zu stigmatisieren ist, desto intensiver fahndet der Antisemit nach Indizien des Verfalls und der Zersetzung, die er den „Juden" zuschreibt. Der Antisemitismus folgt der differentialistischen Logik des Rassismus und ist in diesem Sinne „also differentialistisch par exellence" (Balibar 1989, 376). Im nationalsozialistischen Antisemitismus allerdings verbindet sich diese differen-

MATERIALISCHE NOVITÄTEN

NAMIBIA

„Menschenrechtsverletzungen der SWAPO – Eine Auseinandersetzung."
Von Helga & Ludwig Helbig.
Inhalt: Ablauf & Hintergrund der Ereignisse. Plus: Dokuteil über die harte Kontroverse zu diesem Thema in der BRD. Ein entscheidender Beitrag zur Frage der politischen Moral in der Arbeit für die „Dritte-Welt".
Ca. 40 S. – DM 7,00.

+

MEDICO REPORT 9:

„Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?"
Der inhaltliche medico Beitrag zu: Rassismus, Ausländerfeindlichkeit & neuem Chauvinismus. Nicht der übliche Reader, sondern eine folgenreiche Argumentation, die methodisch-praktisch neuen Blick & Bild & Zugang zu dem vermittelt, was sich als antidemokratisches Potential in der Alltagswirklichkeit ausmachen läßt.
Ein Muß für alle, die daran arbeiten.
Ca. 50 Seiten – DM 5,00

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069/499041/2

tialistische Logik mit der Behauptung „arischer" Superiorität und „jüdischer" Inferiorität; es handelt sich also um eine Misch- und Übergangsform von superiorem und differentiellem Rassismus, die einer doppelten Artikulation der ‚Rasse', einer Verdopplung des Ein- und Ausschlußmodus gleichkommt. Letzteres ist mit der Vokabel „irrationalistisch" nur völlig unzureichend erfaßt. Die technisch brutalisierten Fahndungs- und Vernichtungspraktiken im Nationalsozialismus sind ohne diesen Hintergrund einer superioren *und* differentiellen Artikulation der Identifikation des ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen' keiner Beschreibung zugänglich.

Die imaginäre Form der Identifikation des ‚Selbst' und der Spaltung von den ‚Anderen' kennt prinzipiell keine Grenze der Gewalt, weil sie die Verkennung des eigenen ‚Körpers' und der eigenen ‚Kultur' sowie die der ‚Anderen' bedeutet. Dies ist der eine wichtige Aspekt; aber die nationalsozialistischen Vernichtungslager bleiben einer Beschreibung auch dann unzugänglich, wenn die Funktion des Rassismus in der kapitalistischen Ökonomie und im kapitalistischen Staat ungeklärt ist. Der nationalsozialistische Antisemitismus und Rassismus hat die ökonomische und politische Funktion des Rassismus in den kapitalistischen Gesellschaftsformationen auf die Spitze getrieben und deren Konsequenzen in den Ausrottungspraktiken für die ‚Nachgeborenen' zugleich unvorstellbar gemacht.

Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik

Rassismus ist kein ‚universalgeschichtliches Phänomen'; sein Auftreten ist an die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformationen gebunden. Dies ist in zweifacher Hinsicht zu verstehen: Zum einen lassen sich die spezifischen Artikulationen des Rassismus nicht umstandslos von einer nationalen Gesellschaftsformation auf andere nationale Gesellschaftsformationen übertragen, d.h. sie besitzen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den USA usw. zu differenzierende Gestalten. Es ist davon auszugehen, daß die historisch konkrete Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik sowie ihre Veränderungen ohne Berücksichtigung der jeweils verschiedenen nationalen Klassenkräfteverhältnisse, ihrer jeweils besonderen Verdichtung im strukturellen und institutionellen Aufbau des Staates und der jeweils unterschiedlichen Allokation der Arbeitskräfte und Segmentierung des nationalen Arbeitsmarktes nicht bestimmt werden kann (vgl. Omi, Winant 1986; Solomos 1989). So etablierte sich beispielsweise in der BRD seit Mitte der 50er Jahre ein spezifisches „Gastarbeitersystem", das durch eine „hochorganisierte offizielle Anwerbemaschinerie" (Castles 1987, 71) mit Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit und Anwerbeverträgen mit Staaten des Mittelmeerraumes gestützt war. Anfang der 70er Jahre im Zusammenhang mit der ersten großen Wirtschaftskrise in der BRD konnte diese „Maschinerie" schnell gestoppt und für Maßnahmen der Arbeitskräfte-„Rückführung" umfunktioniert werden. Dieses „Gastarbeitersystem" ist im Unterschied zur Anwerbepolitik in Großbritannien, Frankreich oder den Niederlanden als Vorkehrung gegen den Status eines „Einwanderungslandes" errichtet worden. Der wichtige Aspekt ist, daß diese institutionelle Vorkehrung in der BRD die Artikulation des Rassismus eng mit den staatlich-administrativen Maßnahmen zur „Ausländerrückführung" und Abschiebung von politischen Flüchtlingen verklammert hat, so daß der gegen die zentrale Administration gerichtete Effekt des Rassismus in Großbritannien, Frankreich und vor allem in den USA hier nicht zum Tragen kommt. Rassistische Politik in der BRD ist auf spezifische Weise (auch an die juristischen und bevölkerungspolitischen Kontinuitäten des NS-Systems ist in diesem Zusammenhang zu denken) staatlich-administrativ artikuliert, nämlich als Appell an die administrative Machbarkeit und Durchsetzung der rassistischen Imperative.

Zum anderen läßt sich die Funktion des Rassismus in Ökonomie und Politik nach den drei von mir angeführten Typen seiner historischen Formation in groben Zügen skizzieren. Im Ökonomischen kann die funktionelle Eingliederung des Rassismus allgemein als „Ethnisierung der Weltarbeitskraft" (Wallerstein 1984, 67) aufgefaßt werden. ‚Ethnie' oder ‚Rasse' bezeichnet im ökonomischen Raum die unterschiedlichen Varianten, in denen die Reproduktion der Arbeitskraft getrennt nach verschiedenen „Kulturen" und deren besonderen, nationalen und religiösen Formen der Alltagspraxis reguliert wird. Die Ethnisierung der Arbeitskräfte ist konstitutives Moment der nationalen und internationalen Arbeitsteilung innerhalb des kapitalistischen Weltsystems. Der universelle Rassismus bereitet in der abstrakten Menschenrechtsformel zwar einesteils die Abschaffung der Sklaverei als dominante Produktionsweise im Verhältnis von „Mutterland" und Kolonien mit vor, anderenteils befördert er sie jedoch wieder, indem (Sklaven-)Arbeit zur „Kultivierung der Wilden" hypostasiert wird. Der superiore Rassismus nimmt diese rassistische Artikulation des kolonialen Ausbeutungsverhältnisses auf und verstärkt sie durch die Behauptung einer „stammesgeschichtlichen Ungleichwertigkeit der fremden Kulturen", mehr noch: der polygenetistische und -phyletistische Ursprungsmythos des superioren Rassismus trachtet sie zu verewigen. Zugleich besitzt der superiore Rassismus im Innern der ‚Mutterländer" die ökonomische Funktion, den expandierenden Arbeitsmarkt durch rassistische Artikulationen, in denen sich Elemente der nationalen, religiösen und kulturellen Stigmatisierung verschmelzen, zu regulieren und so auf die Hierarchisierung des Lohnsystems und die Segregation der vom Rassismus unterdrückten Arbeitskräfte zu wirken. Der differentielle Rassismus schließlich verbindet sich mit der etablierten Lohnhierarchie und fördert die gegenwärtig auseinandertriftende Tendenz des durch die Artikulation von ‚Ethnie' oder ‚Rasse' gespaltenen Lohnsystems (deutlich und drastischer als in der BRD ist dies Ergebnis von „Thatcherismus" und „Reaganomics"). Ins Auge zu fassen ist außerdem die Tendenz zur „ökonomische Gettoisierung", die neue Formen der Subsistenzproduktion hervorbringt und sich sowohl in den Städten der Metropolen als auch in großen Teilen der drei Kontinente Asien, Afrika und Südamerika als quasi abgekoppelte Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt etabliert. In diese ökonomische Tendenz ist der neue Rassismus als differentialistische Logik der gleichzeitigen Abkopplung und Abhängigkeit eingelassen.

Im Politischen ist der Rassismus funktionell in den kapitalistischen Staat eingegliedert: die ideologische Konstruktion der ‚Rassen', die imaginäre Form der biologischen und kulturellen Stigmatisierung, in der sich das ‚Selbst' identifiziert und von den ‚Anderen' spaltet, ist in die Grenzziehung eingeschrieben, innerhalb derer der kapitalistische Staat die Einheit des ‚Volks-als-Nation' homogenisiert. Im Nationalstaat materialisiert sich die nationale Einheit in raum-zeitlicher Ausdehnung „zur Historizität eines Territoriums und zur Territorialisierung einer Geschichte" (Poulantzas 1978, 107), die den „fremden" Körper und die „fremde" Kultur ausschließt. Die rassistischen Aus- und Einschließungspraktiken, die die sozialen Beziehungen zwischen den ‚Rassen' oder ‚Ethnien' regeln, sind dem kapitalistischen Staat inhärent, d.h. sie verdichten sich im institutionellen System des Staates und werden von den staatlichen Institutionen ausgearbeitet (vgl. den „racial state"-Ansatz von Omi/Winant 1986, 70ff.) Die Gettos, die Konzentrationslager und die Völkermorde sind die schrecklichen Manifestationen des totalitären Charakters des modernen Staates und der modernen Nation, in denen diese Praktiken nicht zuletzt aufgrund der Artikulationen des Rassismus herrschen. Die enge Verzahnung des Nationalismus mit den Artikulationen des Rassismus ist jener nationalstaatlichen Beziehung von Geschichte und Territorium geschuldet, die die Tendenz hat, die Tradition und Kultur der vom Rassismus Beherrschten auszulöschen. Im universellen Rassismus ist die nationalstaatliche Beziehung zwischen Geschichte und Territorium zunächst kaum sichtbar; doch indem er die räumliche Verteilung der Menschen nach ‚Rassen' klassifiziert und in eine zeitliche Abfolge transformiert, produziert er ein Dispositiv aus Raum und Zeit, in dem die Artikulation der ‚Rassen' immer schon präsent ist. Der superiore Rassismus differenziert dieses Dispositiv aus, und im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildung verschafft es ihm eine

historische Geltung, die über den Prozeß der Umwandlung der Kolonien in Nationalstaaten und schließlich die Re-Nationalisierung in den Territorien der staatskapitalistischen Regimes bis heute weiterwirkt. Doch gibt es gegenwärtig auch Tendenzen, die in Richtung einer neuen Formierung der Beziehung von Geschichte und Territorium weisen. Gemeint ist nicht nur die Bildung supranationaler Staaten, wie sie etwa in der staatlichen Vereinheitlichung Europas angestrebt ist, sondern auch die ‚innere' Territorialisierung des nationalen Raums, die sich in der Politik der 80er Jahre als Tendenz zur verstärkten „politischen Gettoisierung" in den Metropolen manifestierte. In diesem Zusammenhang erhielt der differentielle Rassismus eine wichtige Funktion in der Rechts- und Bevölkerungspolitik. Um den Komplex der Migrationsprozesse kristallisierte sich ein „institutioneller Rassismus" (vgl. Miles 1989a, 50ff., 84ff.; Miles 1989b, 362ff.), der von der Politik der „ethnisch-rassischen Quotierung der Immigration" über die Initiativen zur „Ausländerrückkehrförderung" bis zur gewaltsamen Abschiebung und Schließung der Grenzen für Flüchtlinge aus den drei Kontinenten Afrika, Asien und Südamerika reicht. Die implizit-institutionalisierte Form des differentiellen Rassismus, wie sie gegenwärtig in Gesetzestexten kodifiziert und in staatlichen Maßnahmen verdichtet ist, könnte allerdings in Zukunft in die explizit-dynamisierte Form im Sinne der Neuen Rechten übergehen, die eine Politik der Vertreibung, der gewaltsamen Umkehrung der Migrationsprozesse der vergangenen 40 Jahre bedeuten würde.

Kulturalisierung der Politik.

An einer Stelle in seinen „Quaderni del carcere" hat Antonio Gramsci den Typus der totalitären Partei durch die Prädominanz der kulturellen Funktionen gegenüber der Politik gekennzeichnet, wonach alle politischen Fragen sich in kulturelle Formen kleiden, so daß sie als solche unlösbar werden (vgl. Gramsci 1975, 1939). Was Gramsci im Blick auf die faschistische Partei als typologisches Kennzeichen notiert, setzt einen Prozeß voraus, der als Kulturalisierung der Politik zu beschreiben ist. Die kulturelle Strategie der Neuen Rechten treibt diesen Prozeß voran. Sie hat die Artikulation des differentiellen Rassismus seit Mitte der 70er Jahre mit Erfolg forciert, indem sie alle Fragen, die die Veränderungen der nationalen Gesellschaftsformationen in Europa infolge der Migrationsprozesse aufwerfen, in der katastrophistischen Alternative von Verfall oder Erneuerung der europäischen, der deutschen, der britischen, der französischen, der italienischen usw. usw. Kultur zugespitzt hat. Im Zentrum dieser Verschiebung auf die kulturalistische Ideologie des Eurozentrismus steht die „Retorsion" (Taguieff 1986, 97), durch die Begriffe, Themen und Argumentationsstränge der Antirassisten gegen diese selbst gewendet werden, um den Gegner auf dem ihm eigenen ideologischen und diskursiven Terrain zu bekämpfen. Die Wiederaufnahme (reprise), Wandlung (retournement) und Aneignung-Enteignung (appropriation-dépossession) der Argumente, die der antirassistische Diskurs hervorbringt, im Diskurs des differentiellen Rassismus betrifft vor allem die Termini ‚Rassismus' und ‚Recht auf Differenz'.

Der differentielle Rassismus der Neuen Rechten ist eurozentristisch nicht allein dadurch, daß er die ‚Anderen' als Bedrohung der Identität des europäischen ‚Selbst' darstellt, sondern auch, weil er die eigene europäische „Ethnizität" gegen den angeblichen Rassismus der ‚Anderen' zu schützen hat. Dies geschieht durch die Denunziation des „Antirassismus als Träger des Rassismus" (vgl. z.B. die Argumentation des Neuen Rechten Faye 1988). Rassismus wird als Wirkung des Hinweises auf seine vielfältige Existenz und des antirassistischen Widerstandes der Unterdrückten umgedeutet, wobei die Behauptung der kulturellen Identität Europas zum „eigentlichen Antirassismus" umformuliert wird. Man mag diese rhetorische Figur der Umkehrung von Ursache und Wirkung für absurd und demagogisch halten; zu bedenken ist allerdings, daß sie sich als höchst effektives Mittel zur Legitimation der Herrschaft des Eurozentrismus erweist. Inzwischen hat sich diese Retorsion des Terminus ‚Rassismus' massenmedial verbreitet. Der Verweis auf den angeblichen Rassismus der ‚Anderen', etwa in Südafrika oder in den USA, auch in Frankreich und Großbritannien, reproduziert sie nahezu tagtäglich. Nicht weniger in der BRD, wenn man sich die massenmediale Berichterstattung über die ‚riots' in den „schwarzen ‚town-ships' des südafrikanischen Apartheidsregimes", in den us-amerikanischen Städten oder kürzlich im Zusammenhang der Einführung der Gemeinde-Kopf-Steuer in Großbritannien vergegenwärtigt. Sicherlich gibt es im Widerstand gegen den herrschenden Rassismus auf Seiten der Beherrschten eine Art Gegenidentifikation der ‚Anderen' zur Macht der eurozentristischen Identifikation des ‚Selbst', die in den unterschiedlichen Gestalten des ‚kulturellen Nationalismus' das ‚umgekehrte Selbst' darstellt. Die Dokumente von „Black Power" Ende der 60er Jahre in den USA sprechen diese Sprache (vgl. z.B. Carmichael/Hamilton 1967); und Fanon hat sie am Typus des „kolonisierten Intellektuellen" aufgezeichnet: „Man wird den Kolonialismus niemals beschämen, indem man verkannte kulturelle Schätze vor ihm ausbreitet. Der kolonisierte Intellektuelle macht sich nicht bewußt, daß er genau in dem Moment, da er sich bemüht, eine Kultur zu schaffen, Techniken und eine Sprache benutzt, die dem Okkupanten entliehen sind. Er begnügt sich damit, diese Instrumente mit einem Siegel zu versehen, das national sein soll, jedoch merkwürdig an Exotismus erinnert." (Fanon 1981, 189). Das ‚umgekehrte Selbst' ist aber kein Rassismus

272 Seiten, 20 Mark

Die Radikale Linke liefert Zündstoff für die politische Debatte: Die Spanne reicht von kommunistischen Gesellschaftsentwürfen über feministisch orientierte Theorien bis hin zu Legitimationsfragen klandestiner Aktionen

Der Reader ist gegen Vorkasse (20 Mark zzgl. 2 Mark Porto) zu bestellen bei:

Kongreßbüro Radikale Linke
c/o M. Psyk
Postlagernummer 59387
2000 Hamburg 50.

Dort können auch Informationen über den Kongreß eingeholt werden, der vom 1. bis 3. Juni 1990 in Köln stattfinden wird.

Kto.-Nummer 13 17 930 28,
BLZ 370 501 98
Stadtsparkasse Köln
W. Wolf

Konkret Literatur Verlag
Osterstr. 124, 2000 Hamburg 20

der ‚Anderen', sondern die „Unterwerfung" unter die eurozentristische Rassenkonstruktion, „die ‚Unterwerfung' der Opfer des Rassismus unter die Mystifikationen" des Eurozentrismus, die „sie fesseln und definieren" (Hall 1989, 90f.). Identifikation und Gegenidentifikation gehorchen der kulturalistischen Ideologie der Herrschenden; die Retorsion spielt auf diesen ideologischen Mechanismus an und vertauscht die Positionen in der „Opfer- Täter"-Metaphorik.

Der Terminus ‚Recht auf Differenz', der in den 60er und 70er Jahren im Diskurs der Linken über politische Selbstbestimmung fest verankert schien, hat durch die Strategie der Neuen Rechten in den 80er Jahren eine signifikante Verschiebung auf den Kulturalismus erfahren, die diesen Terminus im Kontext des differentiellen Rassismus installierte. Die politische Artikulation des ‚Rechts auf Differenz' mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Südamerika einerseits und mit den separatistischen und minoritären Bewegungen in Europa und Nordamerika andererseits stellte vor allem das Recht der Menschen heraus, gegen den „Nationalstaat", die „Hegemonie der Supermächte" und das „international operierende Kapital" über sich selbst zu verfügen. Der Diskurs der Neuen Rechten über nationale Kultur nimmt den Terminus ‚Recht auf Differenz' auf und verknüpft ihn mit einer statischen Fassung ‚kultureller Identität'. In dieser Artikulation geht das ‚Recht auf Differenz' in die ‚Pflicht zur Differenz' über, d.h. den Menschen zu verfügen, so zu bleiben, wie sie waren, und da zu bleiben, wo sie herkommen. Innerhalb der diskursiven Verschiebung von ‚Recht' auf ‚Pflicht' substantialisiert sich der Begriff der Differenz zur kulturalistischen Aufteilung der menschlichen Gattung, die eine unveränderliche und unüberwindliche Schranke errichtet. Der Effekt dieser Retorsion ist eine Kulturalisierung der Politik: die Pflicht zur Erhaltung der nationalen Kultur absorbiert alle Fragen der politischen Selbstbestimmung — wie immer sie gestellt sind, die Neue Rechte skandiert die ‚kulturelle Identität' als Antwort.

Hier finden sich die „geheimen" Korrespondenzen zwischen dem differentiellen Rassismus der Neuen Rechten und dem durch die multikulturalistische Ethik fundierten Antirassismus. Im multikulturalistischen Antirassismus scheint ein Konzept gefunden, das gerade in der „Begegnung der Vielfalt der Kulturen" den Rassismus abzulösen und historisch zu überwinden sucht. Allerdings verdeckt die multikulturalistische Ethik, daß die „multikulturelle Gesellschaft" nicht auf der horizontalen, das hieße, der gleichgültigen, sondern auf der vertikalen, das heißt, der dominierten, Koexistenz der verschiedenen „Kulturen" beruht. Das Dominanzverhältnis besteht darin, daß die sozialen Bedingungen und Orte festgelegt und zugewiesen sind, die den verschiedenen „Kulturen" das Koexistieren erst ermöglichen. Die Artikulation des differentiellen Rassismus im Ökonomischen und Politischen produziert und reproduziert das Dominanzverhältnis, indem sie das Dispositiv aus Raum und Zeit zur Verfügung stellt, in dem die ‚eigene' Kultur von den ‚fremden' Kulturen und diese in Bezug auf die Nähe und Ferne zur ‚eigenen' voneinander getrennt werden. Die multikulturalistische Strategie — gerade indem sie die Bewahrung der „kulturellen Identitäten" betont — bewegt sich innerhalb dieses Dispositiv; sie stellt die Differenz zwischen der ‚eigenen' und den ‚fremden' Kulturen immer wieder neu heraus und zementiert sie so. Die ideologische Konstruktion der ‚Rassen', wie ich sie auffasse, bleibt ebenso unangetastet, wie die kulturalistische Ideologie, in der der Rassismus artikuliert wird. Mehr noch: die multikulturalistische Ethik transformiert die ökonomischen und politischen Spaltungen gleichfalls in kulturelle Differenzen!

Die Strategie des universalistischen Antirassismus kann dagegen immerhin die ideologiekritische Abwehr des „Rassenwahns" setzen; sie negiert die Aufteilung der menschlichen Gattung in dem allgemeingültigen und wahren Prinzip einer universalen Kultur. Allerdings formuliert sie so lediglich das Projekt einer von der Rassentrennung befreiten Kultur kosmopolitischer Individuen. Auch die neueren Ansätzen zum sozialen Phänomen des Rassismus in Frankreich, seien sie durch die Kantsche Philosophie (Taguieff) oder die Freudsche Psychoanalyse (Kristeva) motiviert, stimmen in diese Perspektive ein. Die universalistische Ethik fordert ihren politischen Tribut, sie bleibt zu allgemein, um die soziohistorischen Bedingungen der Artikulation des differentiellen Rassismus in Ökonomie und Politik zu bestimmen. So fällt sie zurück in die Ambivalenz, die die historische Aufklärung kennzeichnet: die kritische Formulierung der imperativen Gültigkeit der Menschenrechte und die eurozentristische Sicht der Persönlichkeitsbildung. Die Alternative kosmopolitischer Universalismus oder differentieller Rassismus, universale Kultur oder rassistische Barbarei, die der universalistische Antirassismus hervorruft, fördert schließlich ebenfalls eine Verschiebung auf den Kulturalismus.

Die Antworten des gewöhnlichen Antirassismus auf das verstärkte Auftreten des differentiellen Rassismus ‚entkleiden' die politischen Fragen nicht ihrer kulturellen Formen, die sie in dem Diskurs der Neuen Rechten annehmen, sondern suchen die Lösung auch in der Kultur. Multikulturalistische und universalistische Ethik sind in den Prozeß der Kulturalisierung der Politik so eingegliedert, daß sie als oppositionelle Positionen gegeneinander und gegen den herrschenden differentiellen Rassismus stehen, aber doch der kulturalistischen Ideologie unterworfen sind.

Der Widerstand gegen den Rassismus kennt jedoch auch andere Formen, die sich dieser Kulturalisierung entziehen. So bedienen sich beispielsweise die vom Rassismus unterdrückten Amerikaner der Rhetorik der ‚Afrika-Amerikaner' und nutzen sie als Waffe in ihrem antiimperialistischen Befreiungskampf in den USA. Hierdurch aber wird zugleich die Linie der Hegemonie der ‚Europa-Amerikaner' und die des gegenidentifizierten kulturellen Panafrika-Nationalismus von „Black Power" durchbrochen.[3] Auch Fanon hat vor etwa 30 Jahren darauf hingewiesen, daß im politischen Kampf gegen den Kolonialismus „die Tradition ihre Bedeutung" ändert, der Befreiungskampf „weder die Formen noch die Inhalte der Kultur unberührt" läßt (Fanon 1981, 190 u. 207). So lautet Fanons Kritik des Kulturalismus, der auf Traditionen sich versteift, die der politischen Praxis entgegenstehen. Fanon definiert ‚Kultur', indem er ihre Bedeutung aus den Bedingungen des Kampfes gegen den Kolonialismus bestimmt. Wenn gleiches auch für den Kampf gegen den Rassismus in den Metropolen gelten soll, so kann es nicht Sache der weißen EuropäerInnen (sozusagen der Europa-EuropäerInnen) sein, den ‚Anderen' eine ‚kulturelle Identität' zuzuschreiben. Jede antirassistische Strategie, die

UNI-BUCH
der linke Buchladen
Jügelstraße 1
Neben dem KOZ
6000 Frankfurt
Tel.:069/77 50 82

den vom Rassismus Unterdrückten die Bestimmung der Bedeutung von ‚Kultur' für ihren Widerstand aus der Hand schlägt, bleibt unverhohlen eurozentristisch.

Eine Antwort der radikalen, antitotalitären Linken auf den differentiellen Rassismus fehlt bisher. Wenn es richtig ist, daß die Zerstörung des Rassismus nicht nur die Revolte der von ihm Unterdrückten voraussetzt, sondern auch die „Zersetzung der rassistischen Gemeinschaft von innen her" (Balibar 1989, 370) erforderlich macht, so kommt es also auch darauf an, die Evidenzen der Identifikation des ‚Selbst' zu unterminieren. Das eurozentristische ‚Selbst' als durchzogen von jener Differenz darzustellen, die Walter Benjamin in der Einsicht ausgedrückt hat, daß „niemals ein Dokument der Kultur (ist), ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein" (Benjamin 1980, 696). Der herrschende Kulturalismus setzt dagegen die ‚Barbarei' immer aus sich heraus und schreibt sie den ‚Anderen' zu. Bezogen auf die konkreten Artikulationen des differentiellen Rassismus könnte Antirassismus bedeuten, die Spaltungen zwischen Herrschenden und Beherrschten, die die ‚kulturelle Identität' des Eurozentrismus raum-zeitlich als eine bestimmte Geschichte und ein bestimmtes Territorium homogenisiert, politisch in Funktion zu setzen. Erst wenn die Auflösung des herrschenden Kulturalismus einsetzt, wird der Prozeß der Kulturalisierung der Politik durchbrochen, ist der Prozeß tatsächlich offen, in dem die Artikulation von sozialer Ungerechtigkeit und sozialem Leid möglich werden kann.

Jost Müller

1 Der Terminus „Ethnopluralismus" bezeichnet im Diskurs der Neuen Rechten die Aufteilung der Menschen in durch die ‚Ethnie' oder ‚Rasse' bestimmte „Völker", die in strikt getrennter Entwicklung und abgegrenzten Territorien „nebeneinanderleben" sollen. In ihm werden biologistische und kulturalistische Zuschreibungen gebündelt, die aus der IQ-Forschung (Jensenismus), Eugenik, Verhaltensforschung, Kultur- und Völkerpsychologie zusammengezogen sind. Bei dem Konzept des „Ethnopluralismus" handelt es sich um ein (Neu-) Ordnungsmodell gegen die „multirassische und gemischtrassische Gesellschaft", das das Muster der südafrikanischen „Homelands" globalisiert. Vgl. bereits Bartsch 1975, 45ff.

2 Es wäre zum Beispiel lohnend, so explizit antirassistische Texte wie „Rasse und Zivilisation" des Ethnologen Michel Leiris von 1951 (Leiris 1985, 72ff.) oder „Rasse und Geschichte" des Anthropologen Claude Levi-Strauss von 1952 (Levi-Strauss 1975, 363ff.) unter diesem diskursanalytischen Aspekt zu untersuchen, da sich in ihnen das weltweit hegemoniale Verständnis der Differenzen zwischen den Kulturen nach dem zweiten Weltkrieg exemplarisch ausspricht.

3 Vgl. hierzu die sozialgeschichtliche Darstellung des Lebens der Asien-Amerikaner bei Takaki 1983 u. 1989. Den Hinweis auf diesen Autor ebenso wie das Argument der durchbrochenen Linie verdanke ich den Diskussionen über Rassismus mit Roger Keil, der die usamerikanischen Verhältnisse viel besser kennt und mir unwissentlich den Anstoß gegeben hat, diese Thesen zu Rassismus und Antirassismus zu formulieren.

LITERATUR:

Althusser, Louis 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg, Berlin.

Balibar, Etienne 1989: Gibt es einen „neuen Rassismus"?. In: *Das Argument* 175. 31.Jg., H.3, S. 369ff.

Bartsch, Günter 1975: Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten. Freiburg, Basel, Wien.

Benjamin, Walter 1980: Über den Begriff der Geschichte. In: Ders.: Gesammelte Schriften Bd.I,2 (wa 2). Frankfurt/M., S. 691ff.

Castles, Stephen 1987: Migration und Rassismus in Westeuropa. Berlin.

Carmichael, Stokely/Hamilton, Charles V. 1967: Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika. Frankfurt/M., Hamburg.

Conze, Werner 1984: Art. ‚Rasse'. In: Brunner, Otto u.a. (Hrsg): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 5. Stuttgart, S. 135ff.

Ellferding, Wieland 1989: Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze. In: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Hamburg, S. 101ff.

Fanon, Frantz 1981: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.

Faye, Guillaume 1988: Die neuen ideologischen Herausforderungen. In: Krebs, Pierre (Hrsg.): Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit. Veröffentlichungen des Thule-Seminars e.V.; Bd. 2. Struckum, S. 185ff.

Finkielkraut, Alain 1989: Die Niederlage des Denkens. Reinbek.

Geiss, Imanuel 1988: Geschichte des Rassismus. Frankfurt/M.

Gramsci, Antonio 1975: Quaderni del carcere. Edizione critica dell' Instituto Gramsci. Torino.

Habermas, Jürgen 1987: Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik. In: Ders.: Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften VI. Frankfurt/M, S. 161ff.

Hall, Stuart 1989: Ausgewählte Schriften. Hamburg, Berlin.

Höhn, Gerhard 1989: Neorassismus und Antirassismus. ±Rezension[.In: *Frankfurter Rundschau* vom 29.8.1989.

Krebs, Pierre (Hrsg.) 1988: Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit. Veröffentlichungen des Thule-Seminars e.V.; Bd. 2. Struckum.

Kristeva, Julia 1988: Etrangers à nous-m&ezrmes. Paris.

Leiris, Michel 1985: Rasse und Zivilisation. In: Ders.: Die eigene und die fremde Kultur. Ethnologische Schriften, Bd.1. Frankfurt/M., S. 72ff.

Lévi-Strauss, Claude 1975: Rasse und Geschichte. In: Ders.: Strukturale Anthropologie II. Frankfurt/M., S. 363ff.

Lukács, Georg 1974: Die Zerstörung der Vernunft. Werke Bd.9. Darmstadt, Neuwied.

Melber, Henning 1989: Rassismus und eurozentristisches Zivilisationsmodell: Zur Entwicklungsgeschichte des kolonialen Blicks. In: Autrata, Otger u.a. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe. Hamburg 1989, S. 29ff.

Melber, Henning/Hauck, Gerhard 1989: Kolonialer Blick und Rationalität der Aufklärung. In: *Peripherie*. 9.Jg., Nr.37, S. 6ff.

Memmi, Albert 1987: Rassismus. Frankfurt/M.

Micksch, Jürgen 1989: Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfalt. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus. Frankfurt/M.

Miles, Robert 1989a: Racism. London.

Miles, Robert 1989b: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: *Das Argument* 175. 31.Jg., H.3, S. 353ff.

Mosse, George L. 1978: Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Königstein/Ts.

Mosse, George L. 1987: Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen. Reinbek.

Omi, Michael/Winant, Howard 1986: Racial Formation in the United States. From the 1960s to the 1980s. New York, London.

Pêcheux, Michel 1975: Les vérités de La Palice. Linguistique, sémantique, philosophie. Paris.

Pêcheux, Michel 1983: Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. Ein Forschungsprojekt im Rahmen der Diskursanalyse und Archivlektüre. In: Geier, Manfred/Woetzel, Herold (Hrsg.): Das Subjekt des Diskurses. Beiträge zur sprachlichen Bildung von Subjektivität und Intersubjektivität. Berlin, S. 50ff.

Poliakov, Léon 1977: Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus. München.

Poliakov, Léon u.a. 1984: Über Rassismus. Sechzehn Kapitel zur Anatomie, Geschichte und Deutung des Rassenwahns. Frankfurt/M., Berlin, Wien.

Poulantzas, Nicos 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.

Taguieff, Pierre-André 1984: Les présuppositions définitionelles d'un indéfinissable: „le racisme". In: *Mots*. Nr.8, S. 71ff.

Taguieff, Pierre-André 1986: L'identité nationale saisie par les logiques de racisation. Aspects, figures et proplèmes du racisme différentialiste. In: *Mots*. Nr.12, S. 91ff.

Takaki, Ronald 1983: Pau Hana. Plantation Life and Labor in Hawaii 1835-1920. Honolulu.

Takaki, Ronald 1989: Strangers from a Different Shore. Boston.

Solomos, John 1989: Race and Racism in Contemporary Britain. London.

Wallerstein, Immanuel 1984: Der historische Kapitalismus. Berlin.

Perspektiven

Nummer 4 Juni 1990

Südafrika
Rassischer Kapitalismus

Guatemala
Die älteste Diktatur Lateinamerikas

Emancipación e Identidad en América Latina
Die "3.Welt" und das Ende des Sozialismus

zu beziehen bei:
J.W.G.-Uni AStA
Internationalismus-Referat
Mertonstraße 26-28
6000 Frankfurt 1

Die Räuber vom Liang Schan Moor

Maos Lieblingsbuch

Fünf Monate hatte Lu Ta als Störer der Klosterordnung auf dem Fünftafelberg verbracht, da regte sich in ihm die Unrast. Allzulange schon hatte er stille sitzen müssen. Das schöne klare Herbstwetter reizte ihn eines Tages zu einem Ausflug. Er warf sich in eine dunkle, abgetragene Wanderkutte, gürtete sie mit einer blauschwarzen Hüftschnur, vertauschte die weichen Klosterpantoffeln mit seinen früher gewohnten derben Lederschuhen und stapfte mit langen Schritten zum Tempel hinaus. Das Rasthäuschen auf halber Bergeshöhe war sein Ziel. Hier setzte er sich auf die mit Schwanenhalslehnen versehene Ruhebank und überließ sich seinen Betrachtungen.

‚Da habe ich mich ja ganz schön hineingelegt! Früher hatte ich jeden Tag meinen guten Schluck und ein saftiges Stück Braten. Jetzt, seit sie mich zum Pfaffen gemacht haben, fühle ich mich vor Entbehrungen schon ganz verdorrt und eingeschrumpft. Mein Gönner hat mir auch schon lange keine Fressalien mehr zukommen lassen. Bloß mal wieder einen Schluck Wein! Ich halte es nicht mehr aus vor Brand!'

So weit war er mit seiner Betrachtung gekommen, als er von weitem einen Burschen den Berg heraufsteigen sah. Er trug an einer Tragstange zwei Fäßchen, in der Hand hielt er einen Zinnkrug; so kam er, ein Liedchen trällernd, langsam näher. Vor dem Rasthäuschen machte er halt und setzte seine Last ab.

„He, Bursche, was hast du denn in deinem Fäßchen?" sprach ihn Tiefgeist an.

„Guten Wein", kam die Antwort.

„Was kostet so ein Fäßchen?"

„Ihr fragt doch wohl nur zum Scherz, Herr Pfaffe?"

„Fällt mir nicht ein. Ich möchte eins kaufen."

„Geht nicht. Der Wein ist für das Laiengesinde droben im Tempel, die Handwerker und Wäscher und Köche und Tempeldiener und Sänftenträger, bestimmt. Ein Verkauf an die Mönche ist uns vom Abt streng verboten. Wir sind Hintersassen des Klosters, wohnen in Häusern, die dem Kloster gehören, und betreiben unseren Handel mit Klosterkapital. Wenn wir das Verbot des Abtes übertreten, laufen wir Gefahr, daß er uns die Handelserlaubnis entzieht und uns aus unseren Wohnstätten jagt."

„Willst du mir wirklich keinen Wein verkaufen?"

„Und wenn Ihr mich totschlagt, ich darf es nicht."

„Wer spricht denn von totschlagen? Ich möchte bloß kaufen."

Der Bursche ahnte nichts Gutes, hob seine Tragstange über und trabte geschwind davon. Aber Tiefgeist hatte ihn mit einigen Sätzen eingeholt, riß ihm mit beiden Händen die Traglast von der Schulter und beförderte ihn selbst mit einem kräftigen Fußtritt wie ein Heubündel auf

die Erde. Während der Bursche sich mühsam hochrappelte, hatte Tiefgeist seine Beute mitsamt dem Zinnkrug bereits ins Rasthäuschen geschafft. Dort hob er den Deckel des einen Fäßchens ab, schöpfte den Inhalt, ungewärmt wie er war, in den Krug und soff und schöpfte, bis er das ganze eine Fäßchen leer gesoffen hatte.

„So! Das Geld kannst du dir morgen bei mir im Tempel holen", sagte er befriedigt zu dem Burschen, der gänzlich verdattert dabeistand und nicht zu mucksen wagte. Der Bursche goß den Inhalt des zweiten Fäßchens zur Hälfte in das geleerte ab, um das Gleichgewicht an den Tragstangen herzustellen, raffte seine Last auf und stolperte, so geschwind ihn seine schmerzenden Knochen trugen, bergabwärts davon. Wie hätte er gewagt, sich in seinen von dem Fall beschmutzten und zerrissenen Sachen oben im Tempel zu zeigen? Außerdem befürchtete er, daß die Geschichte herauskommen und ihm den Zorn des Abtes zuziehen würde.

Inzwischen begann der kalt genossene Wein Tiefgeist in den Kopf zu steigen und seine Wirkung zu tun. Zunächst fand er, daß es sich draußen im Freien auf einer knorrigen Kiefernwurzel behaglicher sitzen lasse als drinnen im Rasthäuschen auf der Bank. Dann wurde ihm die dicke wollene Kutte lästig. Er streifte sie kurzerhand halb herab, so daß der vorn und hinten tätowierte Oberkörper bloßlag, und knotete die Ärmel um die Lenden, damit sie nicht vollends herunterrutschten. Nachdem er sich in der milden Herbstsonne eine Weile gesonnt hatte, erhob er sich und stapfte, bedenklich schwankend und bald rechts, bald links das Gebüsch zu seiten des schmalen Pfades streifend, wieder bergan. Angestrengt äugend, fand er sich glücklich zur Tempelpforte zurecht.

Er wollte eintreten, aber die beiden Torhüter sperrten ihm mit ihren langen Bambusstöcken den Weg.

„Pfui! So etwas will Jünger Buddhas sein und säuft sich einen gemeinen Rausch an! Bist du etwa blind, daß du den Anschlag an der Kanzlei nicht gelesen hast? Groß und breit steht da geschrieben: Ein Klosterbruder, der das Trinkverbot verletzt, wird mit vierzig Stockhieben bestraft. Torhüter, die betrunkene Klosterbrüder einlassen, erhalten zehn Streiche. Also mach schnell, daß du wieder fortkommst, sonst setzt es Hiebe!"

Nun, Tiefgang war noch nicht lange Novize und aus seiner alten Haut noch längst nicht heraus. In seinen Augen funkelte es böse.

„Verdammte Memmen! Ihr wollt wohl gar Kampf? Mir recht, ich nehme es mit euch auf!" gab er drohend zurück.

Nichts Gutes ahnend, lief der eine schleunigst hinein, um dem Tempelaufseher Meldung zu erstatten, der andere fuchtelte immer noch mit seinem Stock in der Luft herum und wollte Tiefgeist den Eintritt verwehren. Mit einer raschen Armbewegung hatte er den Stock beiseite geschlagen, gleich darauf stieß er seinem Gegner die gespreizten fünf Finger seiner Rechten so derb ins Gesicht, daß er ins Torkeln geriet. Ehe er das Gleichgewicht wiedererlangt hatte, war ein kräftiger Fausthieb nachgefolgt, der ihn mitten im Torweg lang hinschlagen ließ.

„ Den Rest will ich dir schenken!" brummte Tiefgeist den kläglich um Hilfe Schreienden an und torkelte an ihm vorüber in den Tempel hinein.

Der Tempelaufseher hatte inzwischen zwei Dutzend Leute vom Laiengesinde aufgeboten. Mit Knüppeln versehen, kam diese Garde aus den Wirtschaftsräumen im westlichen Seitenflügel herausgestürmt und wollte Tiefgeist den Weg verlegen. Die Leute wußten nicht, daß sie es mit einem früheren rauhen Kriegsmann zu tun hatten.

Als Tiefgeist der Horde ansichtig wurde, da zuckte es wie Wetterleuchten um seine Mundwinkel, und mit tigerähnlichem Gebrüll rannte er in wilden Sätzen gegen die Horde an. Sein bloßer Anblick bewirkte, daß die Knüppelträger entsetzt davonstoben und sich in einen Magazinkeller verkrochen. Sie hatten kaum Zeit, das durchbrochene Holzgatter abzuriegeln, als er schon die Kellerstufen hinabgestürmt kam. Ein Faustschlag, ein Fußtritt, und das schöne rotlackierte Gatter barst in Trümmer. Er brach sich eine Latte heraus und prügelte die ganze Gesellschaft der Reihe nach zum Keller hinaus. Inzwischen war der Abt auf dem Kampfschauplatz erschienen.

„Tiefgeist, was ist das für ein Benehmen!" sagte er streng.

Tiefgeist besaß trotz seines Rausches immerhin noch so viel Klarheit, um den Abt zu erkennen. Er warf geschwind seinen Prügel weg und verbeugte sich artig.

„Ich habe zwei Becher Wein getrunken, aber den anderen nichts getan. Sie haben mich überfallen", entschuldigte er sich, auf seine Widersacher weisend.

„Schon gut. Wir sprechen morgen darüber. Jetzt schau auf mein Gesicht und gehe friedlich in deine Zelle!"

„Wenn ich nicht auf Euer Gesicht schaute, hätte ich schnell noch ein paar von denen da die kahlen Eselsköpfe eingeschlagen", brummte Tiefgeist und ließ sich widerstandslos nach seiner Zelle bringen. Und bald darauf zeugten die wohlbekannten rasselnden Schnarchtöne von der heiligen Versenkung, wie er sie zu üben pflegte.

(...)

Nachdem so der Zwischenfall glücklich beigelegt war, verhielt sich Tiefgeist drei bis vier Monate lang ruhig und wagte während dieser Zeit auch nicht einen Schritt außerhalb des Tempels zu tun. Aber eines schönen Tages kam es plötzlich wieder über ihn. Das warme Frühlingswetter trieb ihn ins Freie.

Während er draußen vor dem Tor stand und sich an der schönen Aussicht weidete, trug ein Windhauch von drunten, vom Dorfe her, abgerissene Klänge fernen Straßenlärms an sein Ohr. Augenblicklich erwachte in ihm das Verlangen nach dem Leben, nach der Welt des roten Staubs. Er lief flugs noch einmal in seine Zelle zurück, steckte etwas Bargeld zu sich, und dann ging es hopp, hopp! im Eilschritt den Berg hinunter in der Richtung nach dem Lärm zu.

Er durchschritt einen hohen Steinbogen, der die Grenze zwischen dem geweihten Berggelände und der profanen Welt bezeichnete, und befand sich gleich darauf mitten im Trubel der Hauptstraße eines betriebsamen, lebhaften Marktfleckens von etwa sechshundert Wohnhäusern. Nach langer Zeit bekam er wieder einmal Geschäfte und Läden mit allerhand appetitlichen, verlockenden Dingen in den Auslagen zu Gesicht. Sogar an einladenden Weinschenken fehlte es nicht.

‚Ich dummer Kerl!', dachte er bei sich. ‚Wenn ich den Ort früher gekannt hätte, dann hätte ich damals den armen Schelm nicht um sein Weinfäßchen zu prellen brauchen. Aber nun schnell einen guten Tropfen! Ich habe meine Kehle lange genug mit dünnem Wasser spülen müssen.'

Während er nach einer Wirtschaft ausguckte, tönte im Vorübergehen das Stampfen von Schmiedehämmern an sein Ohr. Er trat in die Werkstatt ein und fand einen Schmied mit zwei Gesellen bei der Arbeit.

„Meister, habt Ihr guten, brauchbaren Stahl vorrätig?", erkundigte er sich. Der Schmied setzte seinen Hammer nieder, besah sich verdutzt den fremden großen Mönch, zu dessen starker Gestalt und kantigem, von frischen Bartstoppeln umwuchertem Antlitz die friedliche Kutte so gar nicht zu passen schien, und fragte ihn nach seinem Begehr.

„Ich brauche einen Pilgerstab und ein Weiheschwert."

„Wie schwer wünscht Ihr den Pilgerstab, Ehrwürden?"

„Hundert kleine Pfund meinetwegen."

„Das wäre wohl etwas zu reichlich", meinte der Schmied lächelnd. „Damit will ich nicht sagen, daß ich einen Stab von solchem Gewicht nicht anfertigen könnte. Aber Ihr würdet das Ding schwerlich handhaben können. Denn selbst der Kampfstecken des Kriegsgottes Kwan ti hat nur achtzig Pfund gewogen. Vierzig- bis fünfzigpfündige Pilgerstäbe gelten im allgemeinen schon als reichlich schwer."

„Dann macht mir einen achtzigpfündigen, damit ich vor dem alten Kwan ti nichts voraushabe!" brummte Tiefgeist ungeduldig.

„Er würde viel zu plump ausfallen. Ich schlage allenfalls einen sechzigpfündigen vor, aber Ihr dürft mir keine Vorwürfe machen, wenn er sich als zu wenig handlich erweisen sollte."

„Also meinetwegen einen sechzigpfündigen. Und der Preis?"

„Fünf Silberbatzen für beide Stücke. Das ist ein fester Preis, abhandeln kann ich nichts."

„Einverstanden. Hier habt Ihr Eure fünf Batzen. Wenn ich mit der Arbeit zufrieden bin, lege ich noch etwas zu. Und nun wollen wir das Geschäft begießen. Ich lade Euch ein."

„Danke, sehr gütig. Aber ich stecke zu sehr in der Arbeit und kann Euch leider nicht Gesellschaft leisten."

Tiefgeist machte sich also allein auf die Suche nach einer Schenke. Schon nach wenigen Schritten sah er vom Dachrand eines Hauses ein Aushängeschild baumeln, das Trinklustige zur Einkehr einlud. Er hob den Türvorhang und ließ sich im Schankraum nieder. Niemand erschien, ihn zu bedienen.

„He, Wein her!" rief er, ungeduldig auf die Tischplatte pochend.

„Ehrwürden, ich bitte um Nachsicht", sagte der Wirt verlegen. „Dieses Haus, das ich bewohne, ist Eigentum des Klosters vom Fünftafelberg, und ich betreibe meinen Ausschank auf Rechnung des Klosters. Laut ausdrücklichen Verbots des Abtes dürfen wir hiesigen Wirte keinen Wein an Klosterbrüder ausschenken, sonst wird uns die Wohn- und Handelserlaubnis entzogen."

„Unsinn. Auf eine kleine Ausnahme wird es wohl nicht ankommen. Ich werde Euch schon nicht verpetzen."

„Bedauere. Ich darf keine Ausnahme machen."

„Na, dann trinke ich eben anderswo. Aber seht Euch vor, daß ich nicht nachträglich noch ein Wörtchen mit Euch rede", brummte Tiefgeist verdrießlich und stapfte wieder fort. Vier-, fünfmal versuchte er es in gleicher Weise in anderen Schankstätten, aber überall mit gleichem Mißerfolg.

‚Ich muß es mit List versuchen', nahm sich Tiefgeist vor, als er die Ortschaft hinter sich hatte und jetzt im freien Gelände, zwischen blühenden Aprikosenbäumen versteckt, eine allerliebste kleine Weinschenke entdeckte. Er schritt hinein, wählte sich ein Plätzchen am offenen Fenster mit der Aussicht auf die blühenden Aprikosenbäume und bestellte Wein.

Auf Befragen des Wirts gab er sich als ortsfremder Pilger aus, der auf seiner Wanderschaft zufällig hier vorübergekommen sei.

„Ei, da Ihr ein fremder Pilger seid, darf ich Euch schon einen Becher ausschenken. Wenn Ihr zu unserem Tempel auf dem Fünftafelberg gehörtet, dürfte ich es freilich nicht tun", beschied ihn zu seiner heimlichen Genugtuung der Wirt. Und nun tat sich Tiefgeist ein Gütchen und goß an die zehn Becher wie in einem Zug hinunter.

„Habt Ihr nichts Gebratenes oder Gesottenes im Hause?" fragte er jetzt.

Der Wirt verneinte. Aber Tiefgeist ließ sich nicht beirren. Er hatte deutlich von ferne Bratenduft geschnuppert. Er beschloß, der Spur nachzugehen, und richtig, im Hof neben der Mauer sah er in einem Lehmherd ein lustiges Feuer prasseln, und in dem Kessel über dem Feuer schmorte eine mächtige Hirschkeule.

„Ei, was habt Ihr denn da Leckeres? Und das habt Ihr mir verschwiegen?" wandte er sich an den Wirt.

„Ich dachte, daß doch ein frommer Buddhajünger kein Fleisch essen darf, und deshalb . . ."

„Schon gut! Her damit! Hier, ich zahle Euch mit gutem Geld", drängte Tiefgeist und war rasch mit dem Wirt einig geworden. Und dann saß er wieder am Tisch und hielt die mächtige Hirschkeule mit beiden Händen und bearbeitete sie mit Ungestüm, kauend und schmatzend, daß ihm der Saft und die Knoblauchbrühe nur so aus den Mundwinkeln troff. Und während des Essens goß er wieder an die zehn Becher hinunter.

„Ei, nun sieh mal einer an!" entfuhr es dem biederen Wirt, der glotzend dabeistand und aus dem Staunen gar nicht herauskam. So etwas von gefräßigem, fleischwütigem Buddhajünger war ihm sein Lebtag noch nicht begegnet. Tiefgeist blickte ihn böse an.

„Was gehts Euch an, wenn ich es mir schmecken lasse? Ich werde doch wohl für mein gutes Geld fressen und saufen dürfen!" wies er ihn zurecht.

„Ganz zu Euren Diensten! Sonst noch Wünsche?" dienerte eifrig der Wirt.

„Noch einen Krug her!"

Der Wirt eilte und füllte den Krug zum dritten Male. In einem Zug goß Tiefgeist den Krug zum Abschluß des Mahles hinunter. Er war gesättigt. Um nichts umkommen zu lassen, schob er die zu drei Vierteln abgegessene Keule in den Brustbausch unter der Kutte. Sie würde später im Kloster auch kalt munden. Dann zog er los. Mit Schrecken gewahrte der Wirt, daß er von der Landstraße abbog und den Pfad zum Fünftafelberg einschlug. Da hatte er in seiner Gutmütigkeit ja etwas Schönes angerichtet!

Tiefgeist war glücklich bis zum Rasthäuschen auf halber Bergeshöhe gelangt. Er trat ein und plumpste mit weinschweren Gliedmaßen auf die Ruhebank nieder.

‚Ich habe meine Muskeln schon lange nicht mehr geübt. Ganz schlapp und steif wird man bei dem faulen Klosterleben. Ich muß mich mal wieder in Schwung bringen', ging es ihm durch den Sinn.

Er stand auf, trat vor den Eingang und übte mit gestrafften Muskeln ein Weilchen: Arme hebt! Arme senkt! Arme streckt! Arme beugt! Dabei geriet er ins Schwanken und prallte unversehens mit der gewaltigen Last seines Körpers seitlich an den Eingangsposten. Schon gab es ein Splittern und Krachen, und das ganze leichte Gebäude kippte mit lautem Gepolter schief nach vorn über. Ein Windhauch trug den Schall des berstenden Gebälkes bis hinauf zur Aussichtswarte am Tempeltor, wo die beiden Türhüter Ausguck hielten. In der Richtung des Schalls spähend, sahen sie nach einiger Zeit Bruder Tiefgeist bedenklich schwankend herangestolpert kommen.

„Br! . . . Der Unmensch ist schon wieder besoffen!" entfuhr es ihnen entrüstet, und in aller Eile schlossen und verrammelten sie die Tempelpforte. Durch einen Türritz lugend, warteten sie ängstlich ab, was nun weiter geschehen würde. Bald darauf trommelten Tiefgeists Fäuste mit ungestümem Pochen ans Tor. Als ihm nicht geöffnet wurde, wandte sich Tiefgeist ärgerlich an den Götzen, der zur Linken vor dem Tempeleingang Wacht hielt.

„He, du alter Isegrim, warum drohst du mir mit deinen Fäusten, anstatt mir pochen zu helfen? Aber ich habe keine Angst vor dir! Warte!"

Er kletterte auf den Sockel, riß von dem Lattengitter so leicht, als ob er Zwiebeln pflückte, eine Latte nach der anderen heraus und begann mit einer wütend auf den Unterteil der Figur loszudreschen, so daß Putz und Mörtel in lustigen Klumpen herunterprasselten und von den Füßen des Götzen nur noch ein klägliches Skelett übrigblieb. Nach einer Weile hielt er inne und wandte sich dem anderen Tempelwächter zur Rechten zu.

„Was sperrst du dein Maul auf? Du machst dich wohl gar über mich lustig? Na warte, das Lachen soll dir vergehen!"

Mit diesen Worten erklomm er den Sockel und drosch so lange auf das Untergestell des armen Götzen ein, bis dieser den Halt verlor und mit lautem Donnergepolter von seinem Sitz herabkollerte, was sein Bezwinger mit freudigem Triumphgeschrei begrüßte.

Unterdessen war der eine Türhüter unter lautem Alarmgeschrei zum Abt gerannt und hatte ihm Meldung erstattet. Gleichzeitig fanden sich die aufgescheuchten Tempeloberen bei ihm ein und bestürmten ihn von neuem mit Beschwerden über die Bestie, die Wildkatze, die man nicht länger im Kloster dulden dürfe.

„Laßt ihn in Ruhe, nur nicht reizen! Selbst der Himmelssohn soll nach alter Hofetikette einen Trunkenen überhaupt nicht beachten, um wieviel mehr gilt das für uns Klosterbrüder. Über den Schaden, den er angerichtet hat, braucht ihr euch im übrigen keine Gedanken zu machen. Sein Patron wird für ein neues Rasthäuschen sorgen und uns neue Wächterfiguren stiften", versuchte der Abt sie zu besänftigen.

Den Kopf schüttelnd ob so viel unbegreiflicher Nachsicht, zogen die Oberen ab.

„Daß ihr ihn ja nicht einlaßt!" schärften sie den Türhütern ein.

Tiefgeist hatte es von draußen vernommen.

„Ihr elenden Memmen! Ihr kahlen Eselsköpfe! Ihr wollt mich nicht einlassen? Wartet, ich werde euch die ganze Bude über dem Kopf anstecken!" schrie er erbost hinein.

Die Oberen ließen sich einschüchtern. Dem Wüterich war alles zuzutrauen. Die Türhüter erhielten leise Anweisung, den Sperrbalken möglichst geräuschlos zurückzuschieben und sich dann schleunigst davonzumachen. Sie selbst brachten sich vorher in fliegender Hast in Sicherheit.

Tiefgeist wähnte das Tor noch immer verrammelt. Als er sich jetzt in voller Wucht dagegenwarf, gab es wider Erwarten nach, und bauz! lag

er der Länge nach auf dem Boden. Er rappelte sich auf und rieb sich eine Weile den brummenden Schädel. Dann lief er weiter, zu seiner Lagerstatt in der Halle der Versenkung.

Die Mönche, die dort gerade in frommer Betrachtung saßen, befiel bei seinem Erscheinen kein geringer Schreck. Geschwind senkten sie die Köpfe, so tief es ging, um seinem unheiligen Anblick zu entgehen. Als sie dann aber anhören mußten, wie er sich krachend auf sein Lager warf und mit lautem Rülpsen dem Inhalt seines Magens freien Lauf gab, da war es um ihre Andacht vollends geschehen. Einer nach dem anderen mußten sie sich die Nase zuhalten, murmelten verzweifelt ängstliche Beschwörungsformeln und hatten Mühe, Haltung zu bewahren. Den Rest aber gab es ihnen, als sie sahen, wie er jetzt eine mächtige Hirschkeule unter der Kutte zum Vorschein brachte und sich in aller Gemütsruhe darüber hermachte. Schamhaft hielten sie die Ärmel vor die Augen, um solchen Greuel nicht mit anzusehen, und seine beiden Nachbarn zur Rechten und Linken rückten ihre Andachtspolster so weit wie möglich von seiner unheiligen Nähe ab.

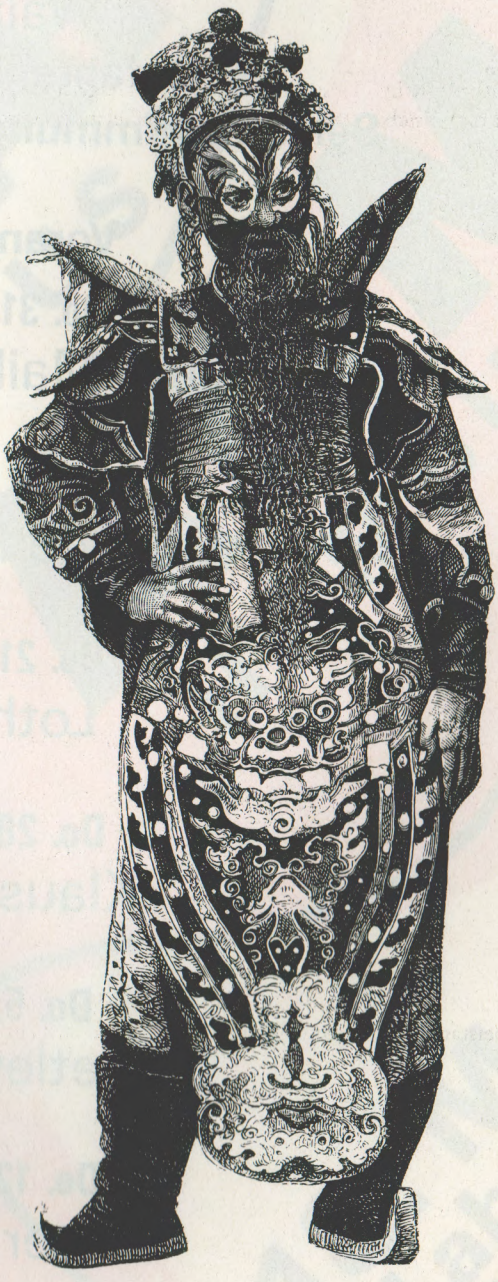
Solches Verhalten reizte ihn nun gerade. Er riß ein Stück Fleisch von der Keule ab und reichte es mit den Worten: „Hier, iß mit!" seinem Nachbarn zur Linken hin. Aber der hielt sein Gesicht krampfhaft mit beiden Ärmeln fest zugedeckt. Darauf wandte er sich rasch zum Nachbarn zur Rechten und wollte ihm ohne Umstände das Fleischstück in den Mund stopfen. Und als der Mönch Miene machte, davonzulaufen, packte er ihn beim Ohr und ließ nicht eher los, als bis er die verbotene Kost hinuntergewürgt hatte. Vier, fünf andere Mönche der Nachbarschaft sprangen nun auf, traten an sein Lager und machten ihrer Entrüstung Luft. Das reizte ihn noch mehr. Er warf seine Hirschkeule weg und begann mit seinen Fäusten auf die ihn umdrängenden Glatzen klatschende Hiebe auszuteilen. Darob allgemeiner Aufruhr im ganzen Saal. Alles rannte zu den Kleiderschränken, raffte seine Sachen zusammen und stürzte mit lautem Geschrei dem Ausgang zu; Tiefgeist half mit Schubsen und Stößen nach. So hatte er den Meditationssaal schon fast ‚aufgerollt', als sich seiner Kampflust ein neues Angriffsziel bot.

Die Oberen hatten nämlich inzwischen die Leute vom Laiengesinde aufgeboten, die sich truppweise, mit Knüppeln, Heugabeln und anderem Gerät bewaffnet, in dem benachbarten Gemeinschaftssaal einfanden. Als Tiefgeist den feindlichen Haufen bemerkte, stürzte er mit wildem Kampfgeheul in den Gemeinschaftssaal, warf den Opfertisch vor dem Buddhabildnis um, brach sich zwei Tischbeine heraus und drang nun, nach rechts und links, vorn und hinten mit den beiden Tischbeinen als Waffen um sich schlagend, auf die feindlichen Haufen ein. Wer hätte gewagt, sich dem Rasenden entgegenzustellen? Im Nu hatte er die ganze, von Entsetzen gepackte Gesellschaft aus dem Gemeinschaftssaal hinausgeprügelt und trieb sie nun in Richtung auf die große Andachtshalle wie eine Hammelherde vor sich her. Unterwegs bekam gar mancher die Kraft seiner Streiche zu fühlen, wobei er sich aber hütete, die Oberen anzutasten.

Endlich, bei der großen Andachtshalle, stellte sich ihm der Abt in den Weg und gebot ihm Halt.

(...)

Die Räuber vom Liang Schan Moor ist eines der ältesten klassischen Werke chinesischer Prosadichtung. Der Roman ist aus mündlicher Überlieferung der Geschichtenerzähler hervorgegangen. Erzählt wird vom 12. Jahrhundert, vom Räuber Sung Kiang und seiner Bande, die in den wilden Sumpf- und Dschungelgebieten des Flusses Liang schan po eine uneinnehmbare Festung errichtet hatten. Die Rebellen kontrollierten weite Gebiete des chinesischen Reiches und mußten, da unbezwingbar, schließlich amnestiert werden.



Wächst jetzt zusammen was zusammengehört?
Zur Problematik der Wiedereinigung

Do. 10.5. 20.30 Uhr

Bernd Wagner:

Blitzschlag, Angst und Vaterlandsliebe:
Letzte Rede an die Kreuzberger Sperlinge

Do. 17.5. 20.30 Uhr

Walter Grab:

Gefahren des nationalen
Selbstbestimmungsrechts der Deutschen

Vorankündigung:

Do. 31.5. 20.30 Uhr

Andrea Maihofer (angefragt)

Do. 7.6. 20.30 Uhr

Barbara Holland- Cunz

Do. 21.6. 20.30 Uhr

Lothar Maier

Do. 28.6. 20.30 Uhr

Klaus Theweleit

Do. 5.7. 20.30 Uhr

Detlev Claussen

Do. 12.7. 20.30 Uhr

Peter Schneider

CAMERA, Gräfstr. 79, Frankfurt, U-Bockenheimer Warte
Eine Veranstaltungsreihe der Pupille und Schöne Neue Welt e.V., mit Unterstützung von:
ASTA Uni Ffm./LINKE LISTE

KONZERT

NOMEANSNO

USA

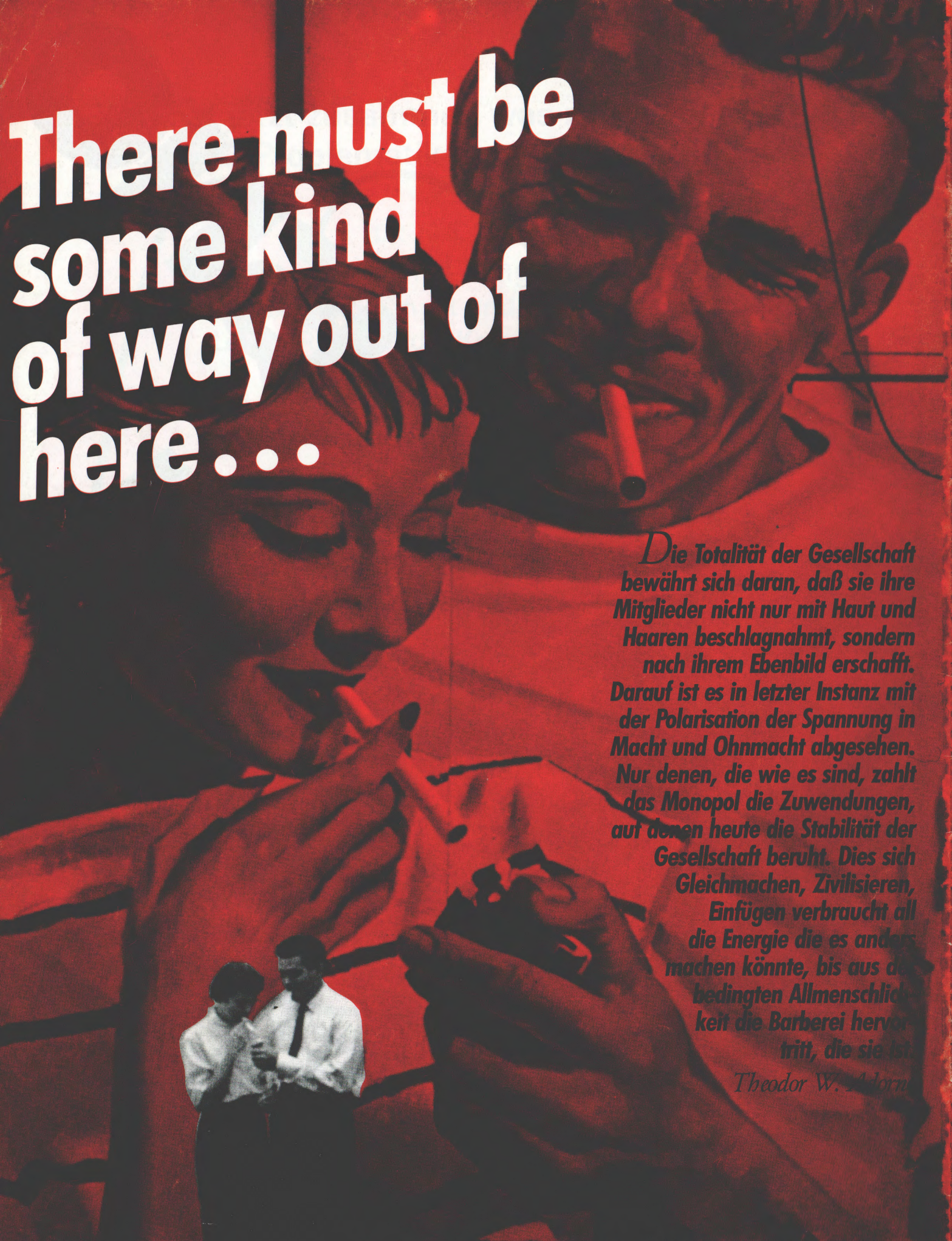
ARM

HAMBURG

Fr 18. Mai
Uni/Labsaal
20 Uhr

ASTA/Linke Liste, Au

Schauder Society Concerts



There must be some kind of way out of here...

Die Totalität der Gesellschaft bewährt sich daran, daß sie ihre Mitglieder nicht nur mit Haut und Haaren beschlagnahmt, sondern nach ihrem Ebenbild erschafft. Darauf ist es in letzter Instanz mit der Polarisation der Spannung in Macht und Ohnmacht abgesehen. Nur denen, die wie es sind, zahlt das Monopol die Zuwendungen, auf denen heute die Stabilität der Gesellschaft beruht. Dies sich Gleichmachen, Zivilisieren, Einfügen verbraucht all die Energie die es anders machen könnte, bis aus der bedingten Allmenschlichkeit die Barberei hervortritt, die sie ist.

Theodor W. Adorno

12. Mai 1990
Frankfurt/Main
11 Uhr/Alte Oper

Demo: »NIE WIEDER DEUTSCHLAND«
Internationalistischer Block gegen das teutsche Gemüth
Abends Fest an der Uni/Ffm · ASTA/Linke Liste